



Politische Berichte

Nummer 5 / 12. Jahrgang

1. März 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Golfkrieg: Ein Platz auf den Schlachtfeldern weltweit? * Euskadi: Gewerkschafter in der BRD * Haushaltsberatungen in Freiburg * Müllbegehren in Bayern knapp gescheitert * ÖTV: Materialien des a.o. Gewerkschaftstags

Steuern und Abgaben als Lohnraub

Mit den Regierungsbeschlüssen werden die Reallohne ab 1. Juli um 5 Prozent gekürzt!

Die Anhebung der Lohn- und Einkommenssteuern ab 1. Juli, Mineralölsteuern um 25 Pfg. je Liter mehr, für 1993 die Mehrwertsteuererhöhung schon angekündigt: Mit ihren Steuerbeschlüssen geht die Koalition direkt gegen den Lohnstandard los. Zusammen mit der Anhebung der Versi-

cherungsbeiträge bedeuten diese Beschlüsse für eine allein-stehende Verkäuferin mit 2400 DM brutto eine Nettolohn-kürzung um 70 bis 80 DM im Monat. Lohnabschlüsse von 6-7 % würden bei der gegenwärtigen Teuerungsrate so den Nettolohn vermutlich gerade noch verteidigen.

Allein die Anhebung der Steuern würde bei der Verkäuferin (2400 DM brutto, Steuerklasse I) zu über 22 DM mehr Lohnsteuerabzügen führen. Hinzu kommen die höheren Versicherungsbeiträge zur Arbeitslosenversicherung: minus ca. 48 DM. Angenommen, die Verkäuferin fahre täglich mit ihrem Fahrzeug zur Arbeit. Dann hätte sie bei einer angenommenen Wegstrecke von 10 km täglich (hin und zurück) noch einmal einen Reallohnabzug wegen steigender Mineralölsteuer von ca. 5 DM im Monat. Macht zusammen eine Nettolohn-kürzung von 75 DM, d. h. fast 5 Prozent weniger Nettolohn! Bei 3300 DM brutto ist die Nettolohnsenkung entsprechend: Etwa 40 DM mehr Lohnsteuer in Steuer-klasse I plus 66 DM mehr Versiche-rungsabzüge plus 5 DM mehr Benzin-steuern macht 111 DM weniger, vergli-

chen mit dem bisherigen Nettolohn ebenfalls eine Lohnkürzung von ca. 5 %. Die gleichzeitig verkündete Anhebung der Kilometerpauschale wird nur solchen Lohnabhängigen Entlastung bringen, die schon ziemlich große Fahr-strecken mit dem Auto zurücklegen müssen. Denn seit der letzten Steuerre-form ist der Werbungskosten-Pauschal-betrag, mit dem das Kilometergeld ver-rechnet wird, auf 2000 DM im Jahr er-höhrt. Das bedeutet: wer etwa 15 km täg-lich zurücklegt, bekommt bei 200 Ar-beitstagen im Jahr: 3000 km mal 65 Pfg. Kilometergeld je km gleich 1900 DM Kilometergeld erstattet — abzüglich 2000 DM Werbungskostenpauschale al-so gar nichts. Die Mehrkosten — in die-sem Fall 75 DM mehr für Benzin im Jahr allein für die Fahrt zum Betrieb — schla-gen also voll auf den Reallohn durch.

Erst bei deutlich größeren täglichen Fahrtstrecken mindert die Kilometer-pauschale die Mehrbelastung.

Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel werden die Freibetragsgrenze von 2000 DM ohnehin kaum erreichen, so daß bei ihnen unter dem Strich nur die Preiser-höhungen im Nahverkehr bleiben.

Bei den hohen Gehältern — zu ver-steuernde Einkommen von jährlich 60000 DM und mehr für Alleinstehende bzw. 120000 DM und mehr für Verhei-ratete — wirken die Beschlüsse der Ko-alition dagegen deutlich degressiv — un-ter anderem deshalb, weil die Anhebung der Versicherungsbeiträge bei Einkom-men über der Versicherungshöchstgren-ze (4875 DM bei der Krankenversiche-rung, 6500 DM bei der Renten- und Ar-beitslosenversicherung) in diesen Ge-haltszonen deutlich geringer ausfällt. Hinzukommt, daß für solche Einkom-menszonen im nächsten Jahr ein be-trächtlicher Steuerabzug für Kinderbe-treuung angekündigt ist, Fahrtkosten zum erheblichen Teil von der Firma ge-tragen werden usw. usf. Für die Kapita-listen schließlich und die ganz Reichen bleibt die Aufhebung der Vermögens-und der Gewerbesteuer als erster Einstieg in die angekündigte „Unterneh-menssteuerreform“.

Die soziale Differenzierung der Löh-ne und Einkommen soll also weiter zu-nehmen, während der enorme Druck auf die Lohnabhängigen insbesondere in der Ex-DDR diese zur Annahme von schlechtestbezahlten und schwersten Arbeiten, oft verbunden mit extrem lan-gen Anfahrtswegen, zwingt. Die seit 1980 verfolgte Strategie der Anhebung der indirekten Steuern — also der Steu-ern, die vor allem Leute mit geringen Einkommen treffen, Rentner, Arbeitslo-se u. a. — bei gleichzeitiger Senkung der direkten Steuern, vor allem in den höhe-ren Einkommensbereichen, wird nur vorübergehend verlassen: Bereits im nächsten Jahr soll an die Stelle der Lohn-und Einkommenssteueranhebung eine Anhebung der Mehrwertsteuer treten.

Für die Gewerkschaften steht damit für die Tarifaufeinanderersetzung fest: Lohnanhebungen von 6-7 % brutto wür-den bei den jetzt gefaßten Regierungsbe-schlüssen und der gegenwärtigen Teu-erungsrate den Nettolohnstandard höchs-tens beibehalten — von der dringend notwendigen Anhebung der unteren Löhne bliebe keine Spur. — (rül)



Abgeordnete der CDU/CSU erwägen eine Klage vor dem Verfassungsgericht für den Fall, daß der von der FDP angekündigte Gesetzentwurf zur Strafverfolgung bei Ab-treibungen Gesetz werde. Das hat der Thüringer CDU-Abgeordnete Nolte angekün-digt. Die FDP gibt an, eine Fristenregelung anzustreben, und will diese auch gegen Unionsabgeordnete im Bundestag verabschieden lassen. — (rül; Bild: af/mz)

Schäubles Angebot bringt Verlust

Großdeutscher „Pakt der Vernunft“ schwächt ÖTV

Auf 4,1 % mehr Lohn, Gehalt und Aus-bildungsvergütung will Bundesinnenmi-nister Schäuble die Einkommenserhö-hung 1991 für die Beschäftigten des öf-fentlichen Dienstes in den westlichen Bundesländern begrenzen. Sein „zu-sätzliches Angebot“ von Strukturver-besserungen für Arbeiterinnen und Ar-beiter, Pflegepersonal, technische An-gestellte und Angestellte der Versor-gungsbetriebe ist an Dreistigkeit kaum zu übertreffen. Diese Verbesserungen wurden bereits 1990 bzw. im Januar 1991 vereinbart! Jetzt will Schäuble sie nicht nur auf die gewerkschaftliche For-derung anrechnen, sondern sie auch erst zum 1. 4. in Kraft treten lassen. Für gar nicht so wenige würde dies Einkom-mensverluste von mehreren hundert Mark im 1. Quartal 1991 bedeuten.

Schäuble macht sich damit die kata-strophale Tarifpolitik des ÖTV-Tarif-sekretariats zunutze, das die Struktur-verbesserungen zwar vereinbart, den Zeitpunkt des Inkrafttretens aber nicht tarifiert hat.

Unmißverständlich griff Schäuble auch das Angebot der ÖTV-Vorsitzen-den Dr. Wulf-Mathies von einem „Pakt der sozialen Verantwortung“ auf, das diese im Zusammenhang mit der Einver-leibung der ehemaligen DDR auf dem a.o. ÖTV-Gewerkschaftstag unterbrei-tet hatte. Die Sozialminister aus Sachsen und Thüringen fordern bereits, daß nur ein Einfrieren der Löhne in West-deutschland auf lange Sicht ein ausgegli-chenes Lohnverhältnis in ganz Deutsch-land gewährleisten könnte (1). Schäub-

les penetranter Hinweis auf die parallel laufenden Tarifverhandlungen im An-schlußgebiet zielt in diese Richtung. Die Zusage von Dr. Wulf-Mathies, die in der ÖTV organisierten Beamten würden sich aus dieser Solidarität (sie meint, ei-nen Arbeitsmarktbeitrag zu zahlen) nicht ausklinken (2), muß in diesem Zu-sammenhang verheerende Folgen ha-ben.

Gewerkschaftliche Solidarität ist et-was anderes! Je besser es der Tarifbewe-gung im Westen gelingt, sich durchzu-setzen, umso besser sind auch die Er-folgsaussichten für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Anschlußgebie-tes und umgekehrt. Dem entspricht die Position der Gewerkschaft der Polizei (GdP), noch in diesem Frühjahr Ein-kommenserhöhungen auf Zweidrittel-Niveau der vergleichbaren Westgehälter durchzusetzen und dafür die Tarifver-handlungsrechte zu nutzen, solange es in den ostdeutschen Ländern noch kein Beamtenrecht gibt. Dem entspricht auch der Beschluß des a.o. ÖTV-Gewerk-schaftstages, die Voraussetzungen für den Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung der Tariffor-derungen sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern unverzüglich zu schaffen. Demgegenüber weiß aber die Presse zu berichten, daß Dr. Wulf-Mathies in einem Gespräch mit Journali-sten 7 Prozent als „verhandlungsfähiges Angebot“ bezeichnete (3).

(1) Die Welt v. 15. 2. 1991, (2) Handelsblatt v. 15./16. 2. 1991, (3) Neue Osnabrücker Zeitung v. 19. 2. 1991 — (kar)

Protest gegen Golf-Krieg im Maghreb



Mit dem Beginn des Bodenangriffs der westlichen Truppenstreitkräfte gegen den Irak verstärkten sich auch in allen Maghreb-Staaten die Demonstrationen gegen diesen Krieg und für die Unterstützung des Irak. In Algerien demonstrierten am 24. 2. mehrere 10000 Leute, vor allem von den islamischen Fundamentalisten. Über 50 Freiwillige brachen in den Irak auf, um die irakischen Truppen zu unterstützen. Bild: Marokko. Präsident Bendjedid bezeichnete den Angriff als „unsittliche Attacke“. — (uld)

CSFR ein nächstes Opfer? Revanchisten erheben Anspruch

Der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Franz Neubauer, er-klärte zum Abschluß der Bundesver-sammlung laut „Stuttgarter Zeitung“ vom 25. 2., seine Organisation beharre „nach wie vor darauf, daß die Vertrei-bung nach 1945 und die Konfiszierung des Eigentums ehemaliger Deutscher in der Tschechoslowakei völkerrechtswid-rig sind und aufgehoben werden müs-sen. Den Sudetendeutschen solle ein Rückkehrrecht eingeräumt werden.“ Bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen der BRD und der CSFR dürfe nichts an den Sudetendeutschen vorbei entschieden werden. — (alk)

Niedrigere Agrarpreise und Landschaftspflegerprämien

Die baden-württembergische Landesre-gierung hat ein neues Agrarkonzept vo-gelegt und wirbt jetzt dafür bei der Bun-desregierung und der EG. Mit einem Kulturlandschaftsausgleich sollen „be-sondere landschaftspflegerische und ökologische Leistungen der Bauern be-lohnt werden“. Derjenige Landwirt, der z. B. Grünland extensiv nutzt (nur zwei

Nutzungen jährlich), bekommt sieben Punkte pro Hektar, pro Punkt erhält er am Jahresende zehn Mark. Das Ministe-rium rechnet mit Ausgaben von 74 Mil-lionen Mark jährlich; das wären nicht einmal 700 Mark pro Betrieb. Der ba-den-württembergische Landwirtschafts-minister Weiser verknüpft das Konzept ausdrücklich mit dem Ziel einer „Marktentlastung“. Die Bauern müßten dieses Jahr mit Einkommenseinbußen von 20-25 % rechnen. — (alk)

EKD-„Anschluß“: Kritik der DDR-Kirchen an Staatskirche

Am 23./24. 2. haben sich die EKD (West) und der Bund Evangelischer Kir-chen aus der früheren DDR zu einem Verband zusammengeschlossen. Aus Kreisen der DDR-Kirchen war bis zu-letzt Kritik an diesem „Anschluß“ laut geworden. Drei Kritikpunkte wurden von Vertretern des Kirchenbunds bis zu-letzt vertreten: Erstens wandte man sich gegen die Übernahme der BRD-Militär-seelsorge. Die damit verbundene funk-tionsrechtliche Unterordnung der Pfar-ter unter die BRD-Militärhierarchie — 1969 ein wichtiger Grund der Spaltung der EKD — wurde weiter abgelehnt — mit Erfolg: Die Übernahme der BRD-

Regelung ist drei Jahre lang zurückge-stellt. Auch die Kritik am staatlichen Re-ligionsunterricht und an der staatlichen Kirchensteuereinzahlung wurde von Vertretern des Kirchenbunds aufrecht-erhalten, bekam aber keine Mehrheit. — (rül)

WEU-„Schnelle Eingreiftruppe“ mit BRD-Beteiligung angestrebt

Der Generalsekretär der WEU hat eine Unterstellung der WEU unter den Euro-päischen Rat der Staats- und Regie-rungschefs propagiert. Der frühere nie-derländische Verteidigungsminister und jetzige WEU-Generalsekretär van Eeke-len brachte diesen Vorschlag in einem Gespräch mit EG-Kommissionsprä-sident Delors vor. Der Vorstoß des Ge-ne-ralsekretärs dürfte mit den großen WEU-Mächten — BRD, Frankreich, Italien und Großbritannien — abge-stimmt sein. CDU-Generalsekretär Rühl schlug noch am gleichen Tag vor, die WEU solle eine „Schnelle Eingrei-fttruppe“ bilden, der auch BRD-Verbän-de angehören sollten. Erst vor wenigen Tagen hatten Außenminister Genscher und der französische Außenminister eine Verstärkung der militärischen Zu-sammenarbeit der EG gefordert. — (rül)

Bundesweite Schülerkonferenz gegen den Krieg am 2./3. März

Das SchülerInnen-Aktionskomitee ge-gen den Golfkrieg und der Antifa-AK der SchülerInnenkammer Hamburg la-den nach Hamburg zu der Konferenz ein. Der Aufruf, der erfreulich antiim-perialistisch argumentiert und von der SchülerInnenkammer unterstützt wird, wurde von der Hamburger Schulbehör-de zensiert, d. h. nicht über die Behörde verschickt. Deswegen und wegen der kurzen Vorlaufzeit von rund zwei Wo-chen wird mit einer eher geringen Teil-nehmerzahl und eher regionalem Cha-rakter gerechnet. Trotzdem ist die Kon-ferenz sehr wichtig, weil sie in AG's ne-ben Themen wie Kurdistan, Rolle der BRD, Medien, Aktionen vor Ort usw. auch Perspektiven weiteren Schülerpro-tests gegen den Krieg, u. a. für geplante bundesweite Schüleraktionstage, erar-beiten soll. Evtl. kann sie damit auch Entscheidungen der Sitzung der Bundes-schülervertretung am nächsten Wochen-ende inhaltlich vorbereiten. Die Konfe-renz beginnt am Samstag um 9 Uhr in der Jahn-Schule, Lehmweg 14, Ham-burg 13. Kontakt: über SchülerInnen-kammer Hamburg, Telefonnummer: (040) 2984-2634. — (uga)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

Bundeswehr-Einsatz im Ausland

Der Deutsche Bundeswehrverband hat sich gegen einen kriegerischen Einsatz der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets ausgesprochen, auch wenn diese, wie jetzt der Krieg am Golf, durch UN-Beschlüsse eingeleitet seien. Der stellvertretende Verbandsvorsitzende Grodski: „Wir wollen nicht an Kampfhandlungen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes teilnehmen... Wir sehen uns nach den geschichtlichen Erfahrungen nicht als Welpolizisten.“ Der Verband sei aber bereit, an Friedenseinsätzen der UN-Blauhelme teilzunehmen. Auch der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine hat sich gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr im Rahmen z.B. einer „Schnellen Eingreiftruppe der UNO“ ausgesprochen. Für eine solche Verfassungsänderung werde es in der SPD keine Mehrheit geben.

Öko-Rambo Töpfer

Für ein sogenanntes Aktionsprogramm „ökologischer Aufbau Ost“ sieht Umweltminister Töpfer (CDU) 17 Milliarden Mark Förder- und Kreditmittel vor. Neben einer Kohlendioxidausgabe soll auch eine Abfallabgabe erhoben werden. Ende März soll hierzu eine Gesetzesinitiative vorliegen. War früher nur von einer Sondermüllabgabe zu Lasten der Industrie die Rede, sollen auch die privaten Haushalte für den Hausmüll zur Kasse gebeten werden. Beim Thema der brennenden Ölfelder dient Töpfer „Ökologie“ dem Willen, im EG-Rahmen als Welpolizist mitzumischen: „Wir müssen schnellsten eine Öko-Eingreiftruppe bilden, ... eine Art Umwelt-GSG 9. (Ich habe) mich mit einer entsprechenden Bitte an die EG gewandt. Denn an dieser Eingreiftruppe müssen sich alle Staaten beteiligen“, sagte Töpfer der „Bild“-Zeitung.

Rüstungskontrolle

Die SPD-regierten Bundesländer NRW, Schleswig-Holstein und Saarland haben am 17.2. im Bundesrat eine Initiative zum Rüstungsexport eingebracht. Demnach soll im Grundgesetz ein Verbot atomarer, chemischer und biologischer Waffen verankert, die Exportkontrollpraxis verschärft und die Kontrolle dem Wirtschaftsministerium entzogen werden. Betriebliche Informanten über illegale Rüstungsgeschäfte sollen arbeitsrechtlich wirksamen Schutz erhalten, die Umstellung auf zivile Produktion staatlich gefördert werden. Am 22.2. kündigte Wirtschaftsminister Möllemann eine „Verschärfung“ des bisherigen Gesetzentwurfs der Koalition an. Die angekündigten Änderungen beziehen sich auf das Strafmaß bei illegalen Waffengeschäften und erweiterte Kompetenzen des Zollkriminalamtes.

Verfassungspläne des Bundesrats

Der Bundesrat will auf seiner Sitzung am 1. März eine Kommission einsetzen,

die die Vorstellungen des Bundesrats für Verfassungsänderungen formulieren soll. Der Kommission sollen die Regierungschefs und je ein weiterer Vertreter jedes Landes angehören. Beschlüsse, bei denen jedes Land eine Stimme haben soll, sollen mit Zweidrittelmehrheit gefasst werden. Die Arbeitsgruppe solle sich für eine Stärkung des Föderalismus einsetzen, heißt es.

Wiedergutmachung!

Bundesjustizminister Klaus Kinkel erklärte am 21.2. im Bundestag, daß die in der damaligen sowjetischen Besatzungszone 1945-49 vorgenommenen Enteignungen leider nicht zurückgenommen werden könnten, daß jedoch Entschädigungszahlungen zu leisten seien. Eine Kette von „Unrecht“ habe nämlich schon zwischen 1945 und 1949 vorgelegen: „Allein in der Zeit von 1945 bis 1949 seien zahllose Landeigentümer um 3,3 Mio. ha land- und forstwirtschaftlichen Besitz und rund 7000 Unternehmer und Mittelständler um ihr Eigentum gebracht worden, und das nur, weil sie einer Gesellschaftsschicht angehörten, der die kommunistische Ideologie die Existenzberechtigung abgesprochen hat.“

Schulzeit kürzer?

Die Kultusminister der Länder haben sich auf ihrer 2. „gesamtdeutschen“ Konferenz am 22.2. in Stuttgart-Hohenheim noch nicht auf die von reaktionärer Seite geforderte Verkürzung der Schulzeit geeinigt. Eine Amtschef-Kommission soll nun Vorschläge ausarbeiten, nach der Sommerpause soll dann eine Entscheidung gefällt werden.

Mieten schnell rauf

Das Bundesbauministerium hat am 20.2. die Fertigstellung von Entwürfen für eine Verordnung zur Anhebung der Grundmieten und für eine Änderung des Wohngeldgesetzes für die ex-DDR mitgeteilt. Nach bisherigen Koalitionsvereinbarungen sollte die Umlage der Betriebskosten auf die Mieter ab 1.4., die Anhebung der Mieten zum 1.10.1991 erfolgen. Nun soll ein einheitlicher Termin für alle einschlägigen Änderungen im Sommer (evtl. August) gefunden werden. Die frühere Anhebung der Grundmieten soll „wohnungswirtschaftliche Investitionen rascher in Gang“ bringen.

Was kommt demnächst?

Am 1. März findet die nächste Tagung des Bundesrats statt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Einsetzung einer Kommission, die die Ländervorschläge zur Verfassungsreform ausarbeiten soll. Bis zum 8. März will die Koalition ihre Steuererhöhungspläne endgültig beschlossen haben. Nächste Bundesratssitzung, auf der diese Pläne dann von den Ländern gebilligt werden müßten, ist am 22. März.

Lohnbewegung in der Metallindustrie

Widerstand gegen Flexibilisierung und Differenzierung formiert sich

Die Entwicklung der Forderungslage der IG Metall und anderer Gewerkschaften ist aufschlußreich und ermutigend. Die Tarifkommissionen der IG Metall haben mit der 10%-Forderung die Lohnfrage in den Mittelpunkt gerückt. Erstmals haben alle Tarifkommissionen die Forderung mit einem Mindestbetrag, zumeist 270/280 DM, versehen. Der Vorstand, der zunächst erklärtermaßen keine zusätzliche „Belastung“ der Tarifbewegung mit Sockel- oder Mindestforderungen wollte, hat die Forderungen der Tarifkommissionen beschlossen. Die Textildienstleistungen, die traditionell an einer Niedriglohnfront kämpft, hat mit 10%, mindestens 240 DM, nachgezogen. Trotz früherer Niederlagen bei Mindestforderungen — zu mehr als Einmalzahlungen ohne dauerhafte Wirkung auf die Lohnstruktur hat es nie gereicht — rücken die Tarifkommissionen den Mindestbetrag fast durchweg in den Mittelpunkt und setzen ihn so hoch an, daß mehr Beschäftigte als früher davon erfaßt sind.

Mit den Mindestforderungen wird ein Herzstück der Ideologie und praktischen Politik der Unternehmen und ihrer Verbände angegriffen: daß wer gut verdient, eben mehr leiste und deswegen bei Lohn- und Gehaltserhöhungen besser zu stellen sei als der Teil der Belegschaften, der schlecht verdient, angeblich wenig leiste und deshalb durch niedrige Abschlüsse zu mehr Leistung anzuhalten sei. Die Einschätzung des Stuttgarter Bezirksleiters Riester dürfte stimmen, daß Mindestforderungen nicht am Verhandlungstisch, sondern nur mit Kampfmaßnahmen durchzusetzen sind.

Woher rührt die breite und entschiedene Meinung, zum Beispiel in der NRW-Tarifkommission: „Ohne Mindestbetrag keinen Tarifabschluß“? (1) Offenbar verstärkt sich eine Tendenz, die schon im letzten Jahr zu spüren war, als die Forderung nach der 35-Stunden-Woche erstmals mit Forderungen gegen die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse gekoppelt war: Eine Gegenbewegung gegen Flexibilisierung und Differenzierung formiert sich. Inzwischen kennen viele aus eigener Anschauung, aus der Familie oder aus dem Bekanntenkreis flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, Arbeit zu ungünstigen Zeiten, in Teilzeit, befristet, in Leiharbeit usw. Die Verausgabung von Arbeitskraft ist groß und häufig ruinös, trotzdem und gerade deshalb reichen die Einkommen für die Lebenshaltung nicht aus. Die Zahl der Verlierer in der sozialen Differenzierung entpuppt sich als größer, als früher vielfach erwartet worden war.

Vor zehn Jahren wurde „neue Armut“ registriert und mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, mit Dauerarbeitslosigkeit, Krankheit usw. in Verbindung gebracht. Inzwischen erweist sich, wie auch die IG Metall berichtet hat, daß Armut weit in den Kreis der Menschen in Beschäftigungsverhältnissen hineinreicht. (2) Das betrifft vor allem die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen, aber nicht nur sie. Besonders in den großen Städten reicht vielfach auch der Facharbeiterlohn nicht mehr aus, die Lebenshaltung zu decken. Die hohe Mindestforderung, die weit in den Facharbeiterbereich hinein wirkt, ist offensichtlich eine Antwort darauf.

Die Bundesregierung verschärft die Entwicklung noch. In den ersten Monaten nach der Annexion der DDR hat sie kaum verhüllt die Bereicherung im Westen auf Kosten des Ostens angestrichelt und vielen dabei Begünstigung in Aussicht gestellt. Das ist jetzt vorbei. Sie erhöht Massensteuern, möglicherweise mehrere und in großem Ausmaß. Zu den höheren Steuern kommt die Teuerung, die sie auslöst. Die Regierung sorgt dafür, daß nur die großen Profiteure der Annexion unter dem Strich glänzend herauskommen, während viele Menschen auch im Westen für die Expansionspolitik bezahlen müssen.

Kann sich die Lohnbewegung behaupten angesichts konjunktureller Abschwächungstendenzen, angesichts der krassen West-Ost-Spaltung von Konjunktur und Arbeitsmarkt innerhalb der BRD, angesichts der verstärkten Großmacht- und Kriegspolitik des bürgerlichen Lagers, das mit der Unterdrückung von Arbeitskämpfen liebäugelt? Ein Streik für eine hohe Lohnforderung und für hohe Mindestbeträge ist dennoch möglich. Die betriebliche Unterstützung dafür ist stark, und die aktuellen betrieblichen Bestrebungen für Lohnverbesserungen können in einer Tarifbewegung zusammenfließen. Zugleich sind die Kapazitäten der Unternehmen über weite Strecken extrem ausgelastet. Die Konzerne der BRD versuchen, die stärkeren Rezessionserscheinungen in anderen Ländern für eigene Markterweiterungen auszunutzen. Sie sind gegen Arbeitskampfmassnahmen deshalb nach wie vor empfänglich.

Auch die großen Probleme in den östlichen Bundesländern müssen die Tarifbewegung West nicht unmöglich machen. Die gewerkschaftlichen Forderungen im Osten werden in diesem und in den nächsten Jahren vielfach an die Westtarife gekoppelt sein (1991 in der Metallindustrie: 65 % der Westlohnstufe). Eine erfolgreiche Lohnbewegung West erleichtert die Anhebung der unteren Lohnmarke im Osten.

Und die Lage in der IG Metall selber? Der Vorstand hatte die Tarifbewegung 1991 wohl nur als einen Zwischenschritt vorgesehen nach der abgeschlossenen Kampagne für die 35-Stunden-Woche und vor einer für die kommenden Jahre geplanten Kampagne für einen gemeinsamen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte. Monatlang hat er in der gewerkschaftlichen Diskussion Forderungen nach Festgeld-, Sockel- und Mindestbeträgen mit dem Hinweis auf einen künftigen Entgeltvertrag vertröstet. Die Tarifkommissionen sind ihm nicht gefolgt, sondern bestehen auf der Veränderung der Lohnstrukturen jetzt. Die Arbeiterbewegung hat eine Chance, sich wieder Gehör zu verschaffen.

Quellen: (1) metall Nachrichten NRW Nr. 1. (2) metall Nr. 19/90 — (rok)



300 DM Pauschalzahlung ab 1. Oktober war der Abschluß der Tarifbewegung 1990 in der Metallindustrie der damaligen DDR (Bild). Der Präsident des Unternehmerverbandes Gesamtmetall, Stumpe, befand: „Der erste freie Tarifabschluß der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie kann auf keinen Fall Vorbild für die nachfolgenden sein“. Hohe Mindestforderungen im Westen können mithelfen, daß er sich irrt.

6000 Beschäftigte gingen in Leipzig auf die Straße

Bei der Treuhand geht in den neuen Bundesländern jetzt scheinbar planieren vor sanieren

Trotz klirrender Kälte marschierten Mitte Februar die Beschäftigten der beiden Leipziger Betriebe VTA und Kirow in die Innenstadt, um ihren Protest gegen die permanente

Konzeptionslosigkeit des Vorstandes der TAKRAF-AG, ehemals Kombinat TAKRAF (Tagebauausrüstungen, Krane und Förderanlagen), Nachdruck zu verleihen.

Bis Ende 1991 will Treuhandchef Rohwedder die Ex-DDR „besenrein“ haben. Wie das aussieht, haben in den letzten Tagen die Werktätigen der Neptun-Werft, der Interflug, des Automobilwerkes Eisenach, des Zeiss-Werkes und vieler anderer deutlich zu spüren bekommen. Arbeitslosenquoten von 50 % und mehr sind in vielen Gegenden der Ex-DDR schon Realität. Immer deutlicher wird der Protest gegen diese Entwicklung. Nur schwer ist einzusehen, daß sich die Herren aus dem Westen am einstigen Volkseigentum gesundstoßen, sich damit gleich die Konkurrenz in einigen Bereichen vom Halse schaffen und für die ehemaligen Besitzer nur der Weg zum Arbeitsamt bleibt.

Auch in Leipzig zeigte sich, die Hoffnungslosigkeit von mindestens 23000 Beschäftigten im ehemaligen Kombinat TAKRAF, am 1. Juli nur noch den Weg zum Arbeitsamt zu haben, erzeugt ein explosives Gemisch. (An diesem Tag endet der von der IG Metall 1990 ausgehandelte Kündigungsschutz.) Ein Sprecher der IG Metall brachte den Willen der Demonstranten zum Ausdruck:

„Wir wehren uns entschieden gegen einen radikalen Arbeitsplatzabbau in der TAKRAF-AG ohne vorherige Konzepte und Sozialpläne.“

Gerade das Beispiel der TAKRAF-AG zeigt, wie die Wirtschaft der Ex-DDR systematisch zerstört wird. Die Erzeugnisse dieses Kombines, zum Beispiel Eisenbahndrehkrane, waren bisher durchaus weltmarktfähig.

Das Strickmuster ist überall das gleiche. Ist das Erzeugnis in Ordnung, muß die in der bisherigen Mangelwirtschaft begründete Produktionstiefe erhalten. Das heißt der Umstand, daß ein Kombinat bisher vom Rohmaterial bis zum Endprodukt alles allein gemacht hat, um nicht von störanfälligen Zulieferungen abhängig zu sein, wird genutzt, um mit der Begründung der notwendigen Wirtschaftlichkeit einen Teil der Betriebe oder Betriebsteile aus dem Verbund herauszutrennen. Diese sind dann allein nicht lebensfähig, die Konkursmasse wird zu entsprechend günstigen Bedingungen verkauft. Diese Zukunft droht auch einem Teil der TAKRAF-Betriebe. Von bisher 30000 Beschäftigten sollen

nur noch 7000 Beschäftigte ihre Arbeit behalten. Die zweite Möglichkeit besteht darin, durch schnell wechselnde Konzepte (oder überhaupt keine) die Marktfähigkeit der Produkte zu hemmen, so bei VTA, dessen Gabelstapler mal zur Messe sollten, eine Woche später wieder nicht usw. Oder man denkt sehr lange und intensiv darüber nach, ob, so bei TAKRAF, die gefragten Krane in Leipzig, oder lieber in Eberswalde oder in Köthen gebaut werden. Wenn man lange genug gedacht hat, ist keiner der Betriebe mehr in der Lage, überhaupt noch zu produzieren.

Wenn dies alles nicht hilft, gibt es ja immer noch die unklaren Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden, mit denen man potentielle Käufer abschrecken kann. Die Zeit arbeitet allenfalls für die Treuhand.

Auf der Leipziger Demo der TAKRAF-Beschäftigten hieß es auch, daß die Treuhand bisher 2,5 Milliarden DM kassiert hat. Keiner kann sagen, wo bisher nur 1 DM von diesem Geld für die Sanierung der ostdeutschen Betriebe aufgewendet wurde. — (sta)

Saisonarbeit von Nicht-EG-Bürgern

Kurzzeitbeschäftigung im Hotel- und Gaststättengewerbe

Ab Januar 1991 können im Hotel- und Gaststättengewerbe Arbeitsverträge über drei Monate mit ausländischen Arbeitskräften aus Nicht-EG-Staaten abgeschlossen werden.

Diese Saisonarbeitsverträge waren bisher nur in der Landwirtschaft erlaubt. Z.B. wurden in 1990 in Baden-Württemberg zur Spargel-, Erdbeer- und Obsternte sowie zur Weinlese rund 50000 Saisonarbeitsverträge genehmigt. Hauptsächlich wurden Leute aus Polen und aus Jugoslawien als Saisonarbeitskräfte angeheuert. Die übliche Entlohnung bei der Weinlese: 40 bis 50 Mark am Tag und warmes Essen. Asylbewerber, die illegal als Saisonkräfte beschäftigt werden, bekommen in Rast bei der Erdbeerernte vier Mark in der Stunde, die Hin- und Rückfahrt mit dem Bus des Bauern kostet sie vier Mark.

Von Seiten der Bundesregierung finden z. Zt. Verhandlungen mit der polnischen Regierung über ein Kontingent von Saisonarbeitern für die Landwirtschaft und das Hotel- und Gaststättengewerbe statt. Im Gespräch sind 70000 polnische Saisonarbeiter. Weiter soll ohne feste Kontingente die Arbeit von polnischen Studenten in den Semesterferien freigegeben werden. Weitere Ver-

handlungen finden mit Ungarn, Jugoslawien und der CSFR statt. Die Arbeitsämter werden die Vermittlung der Arbeitskräfte übernehmen.

Mit der Regelung von Saisonarbeitsverträgen für Nicht-EG-Bürger werden die bestehenden Tarifverträge im Hotel- und Gaststättengewerbe erstmals per Rechtsverordnung ausgehebelt. Die Tarifverträge sind für Hotels und Gaststätten allgemeinverbindlich. Sie erstrecken sich u. a. auch über Arbeitszeiten und deren Ausgleichszeiträume. Im Hotel- und Gaststättengewerbe ist bekanntlich ein hoher Arbeitsanfall am Abend, in der Nacht sowie an den Wochenenden. Auch ist die Arbeitszeit tagsüber oft geteilt, d. h. Arbeit bis mittags, dann erst weiter am späten Nachmittag bis in die Nacht hinein. Dafür müssen bestimmte Zuschläge gezahlt, bestimmte Ausgleichszeiten zur Erholung gewährt werden. Es gelten auch tarifliche Kündigungsfristen usw., von den Tariflösen und -gehaltem ganz zu schweigen. Der ganze Rechtsschutz, den diese Tarifverträge geben, ist durch den Saisonarbeitsstatus hinfällig, für diese nicht durchsetzbar.

Quellenhinweis: IHK Nachrichten Nordbade 11/90; Allg. Hotel- und Gaststätten-Zeitung 26.1. und 23.2.91 — (rub)

Ein Platz auf den Schlachtfeldern weltweit?

Kampf um Verfassungsänderung / Die neue Großmacht will Deutsche an jeder Front / In Kurdistan sind sie schon

Die Informationsnetzwerke der westlichen Welt werden vom Kriegszweck regiert. Gezielte Lügen, Falschmeldungen, Informationsunterdrückung und einseitige Auswahl bestimmen das Bild.

Dennoch treten mit der Entwicklung des Geschehens die Ziele der beteiligten Parteien immer deutlicher hervor. Die BRD ist in diesem Krieg ein Nebenschauplatz, allerdings ein Schauplatz, auf

dem wir handeln müssen. Dazu ist es dann auch nötig, den schwer faßbaren Frontverlauf in diesem Konflikt so gut es geht nachzuzeichnen. — (maf, sec)

In einem Interview, in der Zeit vom 22.2.191 veröffentlicht, antwortet der türkische Präsident Özal auf die Frage: „Sie werden also unter keinen Umständen in einen Landkrieg eintreten?“ „Es gibt gewisse Umstände. Einer wäre ein Angriff seitens des Irak. Zweite Möglichkeit: wenn jemand versucht, einen Kurdenstaat zu bilden. Dann werden wir intervenieren.“

Daß der Irak Verteidigungsmaßnahmen gegen die Türkei ergreift, von deren Gebiet US-Flugzeuge Angriffe fliegen, ist nach Beginn des Bodenkrieges noch unwahrscheinlicher als vorher. Einen realen Hintergrund hat die Kriegsdrohung Özals allerdings, soweit sie sich auf die Bildung eines Kurdenstaates bezieht. Die Imperialisten haben — die freimütigen Erörterungen von Politikern und Experten aller Art in den ersten Tagen des Bodenkrieges machten es deutlich — weitreichende Pläne für die Besetzung und Zerstückelung des Iraks nach dem von ihnen erwarteten Endsieg. In diesen Plänen spielt auch die Abtrennung des kurdischen Teils des irakischen Territoriums eine Rolle. Aber sie können sich ihres Einflusses auf die kurdischen Organisationen im Irak keineswegs sicher sein und müssen befürchten, daß sich die kurdische Befreiungsbewegung im Irak mit der im türkisch besetzten Teil verbindet und die imperialistische Kontrolle über die Region des Mittleren Ostens nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Die türkische Kriegsdrohung ist die Kehrseite der Lockungen und Versprechungen, mit denen die Imperialisten kurdische Politiker aus dem Irak an sich zu binden versuchen.

Ungeachtet aller Forderungen zum Rückzug und ungeachtet der Tatsache, daß jede Äußerung des türkischen Präsidenten den aggressiven Zweck der Stationierung und den Rechtsbruch der

Bundesregierung offenkundiger machen, zieht diese die in den türkisch besetzten Teil Kurdistans verlegten Bundeswehreinheiten nicht zurück. In Verfolgung einer traditionellen Expansionsrichtung des deutschen Imperialismus will sie bei der angestrebten Neuaufteilung der Region ein gewichtiges Wort mitsprechen. Deshalb hat sie die Bundeswehr nach Kurdistan verlegt, und deshalb soll die Bundeswehr in Kurdistan bleiben.

Derweil ist die Bundesregierung mit einer fast schon beispiellosen Dreistigkeit bemüht, ihre illegalen Handlungen zu legalisieren: Die den Einsatz der Bundeswehr beschränkenden Verfassungsbestimmungen sollen kurzfristig geändert werden. Dabei scheinen sich die Koalitionsparteien inzwischen auf die Linie vereinhellig zu haben: Bundeswehr soll nicht nur für sogenannte UN-Friedensmissionen bereitgestellt werden, sondern auch in Kampfeinsätzen unter UN-Kommando sowie — so gibt das Handelsblatt (25.2.91) ein Gespräch mit Bundesjustizminister Kinkel wieder — „zur Durchsetzung von UN-Resolutionen wie derzeit im Golfkrieg“ zum Zuge kommen.

Allgemein also will die deutsche Monopolbourgeoisie die verfassungsrechtliche Grundlage für den weltweiten Einsatz ihrer Gewalt schaffen. Unmittelbar und ganz konkret will sie den Einsatz der Bundeswehr zur Kontrolle über jenen Teil des Mittleren Ostens durchsetzen, der für die weitere Entwicklung der ganzen Region von überragender Bedeutung ist: über Kurdistan (und letztlich auch über die Türkei).

Jedoch ist die politische Reaktion mit einer Reihe von Widerständen unterschiedlichster Art konfrontiert, selbst aus dem bürgerlichen Lager; die notwendige parlamentarische Zwei-Drittel-

Mehrheit ist der Verfassungsänderung noch lange nicht sicher. Diese Situation birgt für die Bundesregierung ein Risiko, weil sie den Verfassungsbruch weit getrieben hat. Mit Finten und Lügen versucht sie, zugleich den Widerstand zu desorientieren und eine Auffangstellung zu errichten für den Fall, daß sie mit der Verfassungsänderung scheitert.

Es gehe um eine Grundgesetzänderung, „um auch den letzten rechtlichen Zweifel an einem Einsatz der Bundeswehr im Rahmen von UN-Missionen zu beseitigen“, gibt das Handelsblatt Justizminister Kinkel wieder. Daß dieser lapidare Satz tatsächlich bedeuten soll, daß die politische Reaktion dabei ist, eindeutige Verfassungshindernisse völlig wegzudeckeln — vorerst bis auf einen „letzten Zweifel“ —, wird aus einem Kommentar des Redakteurs der Süddeutschen Zeitung Prantl ersichtlich. Der schlägt vor, daß das Bundesverfassungsgericht die Sache klarstellt.

Prantl, so ist zu erinnern, brachte vor fast exakt einem Jahr als erster Artikel 23 GG als den Weg zur Annexion der DDR in die öffentliche Diskussion. Er testete damals für die Bundesregierung die Wirkung der nach innen gerichteten Lüge, die Annexion der DDR durch die BRD läge in der freien Entscheidung der DDR und allein dort, und die Wirkung der gegen die DDR gerichteten Drohung, gegebenenfalls würde Teil für Teil aus der DDR herausgelöst und an die BRD geklebt. (Süddtsch. Ztg., 7.2.90) — Wie bekannt, wurde das UN-Mitglied und Völkerrechtssubjekt DDR im folgenden unter Anwendung von Artikel 23 GG ausgelöscht.

Jetzt also veröffentlicht Prantl in der Süddeutschen Zeitung einen Artikel, der die Überschrift trägt: „Wenn die UNO ruft: Die Deutschen an jeder Front“. Offenbar will er die Wirkung der Lüge

testen, der weltweite Einsatz der Bundeswehr liege im ausschließlichen Ermessen der UNO und sei durch Völkerrecht sozusagen schon geregelt:

„Wenn die UNO es wirklich will, müssen die Deutschen an jede Front — sei diese im Mittleren Osten oder in Hinterindien. Die deutsche Politik verschließt davor die Augen, weil sie einen Grundsatz zum Dogma erhoben hat. Der Grundsatz lautet: ‚Der Einsatz deutscher Truppen außerhalb des NATO-Gebiets ist unzulässig.‘ Bei der Dogmatisierung dieses Satzes wurde aber eine Ausnahme übersehen: Würde der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einen militärischen Beitrag der Bundesrepublik verlangen — sie könnte sich dieser Verpflichtung nicht entziehen.“

Die Vereinten Nationen haben das Recht, jeden Mitgliedsstaat für „kollektive Zwangsmaßnahmen“ völkerrechtlich zu verpflichten. Kapitel VII der UNO-Charta regelt die Voraussetzungen:

1. Der Sicherheitsrat stellt den Friedensbruch fest, brandmarkt also den Aggressor. 2. Er benennt die notwendige Hilfe, die er deshalb von einem Mitglied der Vereinten Nationen verlangt. Hielte der Sicherheitsrat also deutsche Soldaten für erforderlich — es wäre völkerrechtliche Pflicht, sie zu stellen. Die Deutschen haben sich durch ihre Mitgliedschaft in der UNO in die Pflicht genommen. Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes (1) hat es ihnen erlaubt, sich diese Pflicht aufzuerlegen.“

Prantl unterschlägt unter 2. die entscheidende Bedingung. Artikel 43 der UN-Charta hält nämlich ausdrücklich fest, daß die Mitgliedsstaaten den vom UN-Sicherheitsrat eingeforderten Beitrag „nach Maßgabe ihres Verfassungsrechts“ leisten. Prantl lügt deshalb schlichtweg, wenn er schreibt: „Von dieser Last können sie sich nicht da-

durch befreien, daß sie auf angeblich entgegenstehende Verfassungsvorschriften verweisen: Im Völkerrecht gilt der Satz, daß kein Staat sich auf seine Verfassung berufen kann, um sich einer völkerrechtlichen Pflicht zu entledigen.“ Die Maßgabe-Klausel des Artikels 43 besagt gerade, daß der UN-Sicherheitsrat die BRD zu nichts verpflichten kann, was zu leisten ihr durch die Verfassung untersagt ist. Der Bundeswehreinsatz im UNO-Auftrag oder mit UNO-Empfehlung fällt darunter wie überhaupt jede Beteiligung an einem Angriffskrieg und also auch der militärische Einsatz gegen eine Befreiungsbewegung gleich wo.

Enthielte Kapitel VII der UNO-Charta die Klausel „nach Maßgabe ihres Verfassungsrechts“ nicht, dann wären die souveränen Staaten bloße Verfügungsmasse einer Handvoll Großmächte.

Das Wegdiskutieren dieser Klausel zeigt an, daß sich die BRD, das wiedervereinigte Deutschland, unter diese Großmächte zählt. Der Anspruch auf einen ständigen Platz im Sicherheitsrat wurde gerade in diesen Tagen erneut angemeldet. Mit Schwindelpropaganda und Rechtsbrüchen kämpft die neue deutsche Großmacht darum, ihren Bürgern einen Platz auf den Schlachtfeldern imperialistischer Kriege zu verschaffen. Der Widerstand mag gegenwärtig noch wenig entwickelt erscheinen; doch umgekehrt ist lange nicht entschieden, daß die herrschende Klasse eine hinreichende politische und soziale Basis für dieses wahnwitzige Ziel gewinnen kann.

(1) Dieser lautet: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern.“

Zum Verlauf der Fronten im Golfkrieg

1. Der Golfkrieg — ein Krieg zwischen Staaten

1.1. Der irakische Staat, d.h. wesentlich Armee, Behörden und mit dem Staatswesen verschmolzene Wirtschaftsverbände, strebt mit diesem Krieg nach regionaler Hegemonie. Zur Begründung dient die Vision eines großarabischen Wirtschaftsraums, der geführt durch irakisches Staatswesen eine Entwicklungschance haben soll.

Nachdruck und Anziehungskraft dieses Konzeptes sind Folge realer Erfahrungen. Unter den Bedingungen des Weltmarktes konnten sich die arabischen Staaten auch dann nicht entwickeln, wenn sie auf große natürliche Reichtümer zurückgreifen konnten. Die Ausweitung des inneren Marktes durch Verschmelzung von Staaten und damit konkret verbundene Möglichkeit, wieder höhere Ölpreise zu erzielen, erscheinen plausibel, auch den verarmten arabischen Massen.

1.2. Die Staaten von Kuwait, den Emiraten, Saudi-Arabien kämpfen um die Existenz. Ihre herrschende Klasse entstammt der arabischen Kultur und Geschichte, basiert aber auf dem Ausverkauf von Öl an die Industriestaaten des Nordens. Sie ist eine Klasse hochmoderner Machthaber. Die sozialen Gegensätze in diesen Ländern sind hochmodern, Lohnarbeit gegen Konzernherren.

1.3. Staaten wie Ägypten und Syrien erleben die Entwicklungskrise fast noch schärfer, da sie durch Einnahmen aus Rohstoffausverkauf kaum gemildert werden kann. Da die Entwicklung der Volkswirtschaften des Mittleren Ostens konkret sehr unterschiedlich ist, sehen sie nicht, wie sie zu einem einheitlichen Regionalstaat verschmelzen könnten, sie sehen in diesem Zusammenhang nur Unterordnung drohen. Sehr real hat ja der irakische Staat in seinem Inneren gezeigt, daß er nationale Interessenunterschiede sogar mit Giftgas — siehe Kurdistan — zugunsten eines Staatsvolkes oder einer herrschenden Klasse bearbeitet.

1.4. Für die imperialistischen Mächte, v.a. die USA, ist die Kontrolle über Ölpreise und -verbrauch grundlegend mit der Kontrolle der Weltwirtschaft verbunden. Über den Ölpreis läßt sich die Unabhängigkeit nationaler Volkswirtschaften korrumpieren, können Staaten, die sich auf den Weltmarkt gestützt entwickeln wollen, erdrosselt werden. Den politischen Anspruch von Rohstoffländern, sich aufgrund dieses Reichtums zu entwickeln, begreifen die Imperiali-

sten als Angriff auf ihre Existenzbedingungen. Sie kämpfen.

1.5. Der israelische Staat spielt in der Region die Rolle einer US-Garnison. Die israelische Gesellschaft hat die Laufbahn einer Apartheid-Gesellschaft eingeschlagen. In immer größerem Maßstab unterdrückt und diskriminiert sie diejenigen, auf deren fast schon halbversklavter Arbeit sie immer mehr beruht: die Palästinenser. Hinzu kommt wohl, daß die Wunder der Wüstenkultivation, von der die antirabische Unfähigkeitshetze lebt, sich als ökologisch ziemlich problematisch, eine Abart von Raubbau, herausstellen.

1.6. Zwischen diesen kämpfenden Staaten und im Gegensatz zu ihnen stehen Völker, die wie Palästinenser und Kurden um nationale Befreiung kämpfen. Für sie gibt es nur die Alternative: Eigenstaatlichkeit oder Untergang. Für Versuche, sich unter dem Schutz einer regionalen Hegemonialmacht zu entwickeln, haben sie nur bluten müssen.

Im Golfkrieg führen bei allen Beteiligten die herrschenden Klassen das Ruder.

Ein Krieg gegen den Imperialismus — aber kein Volkskrieg

Irak z. B. konnte die Angliederung Kuweits keineswegs als Erfüllung der Ziele einer Volksbewegung ausgeben, er ist in diesen Klassenstaat und dessen Konflikte als Okkupant eingebrochen.

Die Tatsache der Okkupation hat das kriegerische Geschehen weitestgehend geprägt. Die irakische Armee war nicht in der Lage, gestützt auf die Bevölkerung zu operieren, sie befand und befindet sich als Besatzerarmee im Gegensatz auch zu jenen Teilen der Bewohner Kuweits, die die Scheichs nicht zurücksehen dürfen.

Und das wirkt auf den Zustand der irakischen Armee zurück. In den Bodenkämpfen hat diese Armee eine Chance, wenn und soweit es ihr gelingt, die imperialistischen Stoßtruppen auseinanderzuziehen, sich überrollen zu lassen, im Rücken des Gegners sich wieder zu erheben, ein tief zergliederndes Gefechtsfeld zu schaffen, auf dem auch der Druck der Luftüberlegenheit gemildert worden wäre. Das wurde auch versucht. Glücken konnte es nur dann und soweit, wie sich die Truppen als Repräsentanten sozialer Interessen und sozialer Klassen real begreifen können, die ihr Ziel aus eigenem Interesse verfolgen. Wo das nicht gegeben ist, führt diese Gefechtsweise zu Kapitulation.

Mit einem Wort: Die Realität der Herrschaft der Baath-Partei Iraks entmutigte. Hier besteht indessen ein Spannungsverhältnis zwischen den Schrecken der Baath-Herrschaft und der noch schlimmeren Aussicht, kolonialisiert zu werden.

Einen Volkskrieg konnte Irak nicht führen, weil der irakische Staat nicht fähig, mindestens nicht willens war, die sozialen und politischen Interessen der gesamten Bevölkerung zu achten. Im Krieg der Staaten ist Irak zu schlagen.

Die imperialistischen Armeen — Kriegsvölker neuen Typs

Daß ein Land wie die USA, ohne unmittelbar bedroht zu sein, eine so große Menschenmenge in einen Kampf auf Leben und Tod hetzen kann, ist ein Novum. Mit Truppen vom Typus Kolonialpolizei und Kanonenboot hätte Irak gar nicht angegriffen werden können. Dazu waren Stoßarmeen erforderlich, die man als moderne Massenarmeen bezeichnen muß. Die Befähigung, solche Riesenhaufen loszuhalten, ist ein Ergebnis der modernen Sozialtechnologie, mit der die Krisen des Imperialismus auf ausgewählte Bevölkerungsschichten abgeladen werden. Im der gesamten imperialistischen Welt hat man soziale Klassen etabliert, deren Angehörige eine politisch verbürgte Chance auf zivilisiertes Leben nicht haben. Aus dieser abgesonderten Menschenmenge, aus den Ghettos holt sich der US-Staat Menschen, die in ihrer ganzen Existenz von der Armee abhängen. Diese US-Soldaten leben zunehmend in einer besonders für sie geschaffenen sozialen Welt, in der sie einen zivilisierten Lebensstandard erreichen. Eine Möglichkeit, in ein gesichertes ziviles Leben zurückzutreten, haben sie nur, wenn sie sich als treu erweisen. Sie müssen in den Krieg, die Alternative ist der soziale Untergang. Sie sind verängstigt, aber auch blutdürstig: durch die Schlacht zurück in die relative Fettlebe der Garnison.

Schon ist die Absonderung so weit gediehen, daß vermehrt Generationen und Geschlechter im Kriegsdienst zusammenleben, der größere Teil der weiblichen Soldaten ist mit männlichen Soldaten verheiratet; ihre Kinder sind, sozial gesehen, Kinder der Army.

Grausame Kriegsführung

Die USA haben in diesem Krieg eine grausame Kriegsführung entwickelt, die v.a. auf Einschüchterung bedacht ist und darauf, den Gegner in seiner industriellen Entwicklung zurückzuwerfen.

Was ausgegeben wird als chirurgische Kriegsführung, hat nicht mit Heilen zu tun,

wie man glauben soll, sondern mit Terror bis hin zum gezielten Henken Unschuldiger.

Ein Beispiel dafür mag die grausame Bombardierung jenes Luftschutzbunkers in Bagdad dienen. In Betracht der Luftüberwachung und der vielen anderen Überwachungsmöglichkeiten kann den US-Truppen nicht unklar gewesen sein, daß in solchen Bunkern v.a. die Angehörigen des Baath-Regimes eine privilegierte, wenn auch trügerische Sicherheit suchten. Den Angreifern lagen die Konstruktionspläne des Bunkers vor. Ihr Angriff zielte auf Ausräuchern. So wollte man klar machen, daß die Funktionsträger des Baath-Regimes nicht einmal sich selbst und ihre Familien schützen können. Es hat sich um die Vollstreckung von Sippenterror unter dem Vorwand einer Kriegshandlung gehandelt.

Zwischen der Grausamkeit, mit der so eine Kriegsmaschine kalkuliert, und dem, was in der Gesellschaft, aus der sie kommt, üblich ist, besteht eine Beziehung. Eine Gesellschaft, die wie die moderne imperialistische ihre Mitglieder mit absolutem Elend und sozialem Untergang bedroht, ist sozial und politisch verrotten. Das wirkt sich auf das Kriegsgeschehen aus.

Für die imperialistischen Kriegshaufen zählt, wie gesagt, v.a. der Gesichtspunkt des persönlichen Durchkommens. Ihr Handeln findet keine Schranken in ihren Zielen. Ihr Zusammenhalt wird durch Prunken mit grausamen Waffen und Grausamkeiten pervers gefestigt. So brüsten sich die Staaten mit Waffen, die feindliche Soldaten „wie Tomaten im Vakuum zerplatzen“ lassen.

Der Krieg im Mittel-Ost beginnt, seinen Charakter zu ändern

Die Absichten der imperialistischen Mächte schälen sich immer deutlicher heraus. Sie wollen sich mit großen Truppenmassen festsetzen. Das schafft neue Bedingungen. Die Souveränität der Staaten der Region wird dadurch zu einer Farce. Jeder Ansatz zu sozialer und politischer Befreiung im Mittleren Osten steht dann — und das heißt wohl ab jetzt — in jedem Stadium sogleich in Konfrontation zur Militärmaschine des Imperialismus.

Die Kriegszieldiskussion in den USA führt dazu, daß der Okkupationskrieg des irakischen Regimes in einen Verteidigungskrieg umschlagen kann. Gradmesser hierfür wäre wohl ein ideologischer Umbruch in der irakischen Baath-Partei, der v.a. eine grundlegende Änderung der Haltung zu den Kurden und anderen Minderheiten beinhalten müßte.

Der irakische Staat hat eine Schlacht verloren — jetzt wird der imperialistische Krieg permanent. Das Kriegsziel der USA ist die Einrichtung einer Militärverwaltung, die jederzeit auf Kampftruppen zurückgreifen kann und die gesamte Region kontrolliert.

Dieses Kriegsziel ist mit den bis jetzt eingesetzten Mitteln nicht zu erreichen. Gegenwärtig wird die Region kontrolliert durch den israelischen Staat und aus der Militärkolonie, die die USA, Frankreich und Großbritannien am Golf eingerichtet haben.

Besonders wenn in Irak ein ideologischer Umbruch einsetzt, kann sich irakischer Widerstand anlehnen an Iran, aber auch an die Siedlungsgebiete der Kurden. Es wäre damit auch eine Landverbindung zur UdSSR gegeben, die — besonders in einer gewandelten politischen Situation — gewisse Bündnisverpflichtungen hat.

Alles zusammengekommen bleibt die Situation der imperialistischen Okkupanten problematisch, und zwar solange, bis eine dritte Front eröffnet ist. Die Türkei muß in den Krieg gezogen werden und über die Türkei die Nato und über die Nato die BRD. Erst bei einem offenen Einordnen der BRD in diesen Konflikt wäre auch gewährleistet, daß die UdSSR sich wegen jeder Schraube, die sie Irak liefert, bedroht fühlen darf ...

Konsequenzen für uns in der BRD

Es ist unumgänglich nötig, in allen Antikriegsbemühungen den Zusammenhang zwischen gezielter sozialer Verelendung und Befähigung zum Raub- und Raketenkrieg zu betonen. Es gibt einen Zusammenhang zwischen den Kämpfen für soziale Interessen und dem Eintreten für den Frieden. Die Produktion des sozialen Elends macht es möglich, Menschen beiderlei Geschlechts zu Kampfmaschinen umzubauen.

Akut kommt es auf den Rückzug der Bundeswehrtruppen aus der Türkei an, die BRD in der Türkei bedroht die Völker des europäischen Ostens bzw. Süd-Ostens und die Völker des Mittleren Ostens gleichzeitig. Ohne dieses praktische Nahziel ist ein Kampf gegen die Änderung der Verfassung der BRD und die Selbstverpflichtung der BRD zu UNO-Angriffskriegen von vornherein fast unmöglich.

Schließlich müssen wir damit rechnen, daß die imperialistischen Mächte und hier v.a. die BRD, an deren Gängelband die Türkische Republik geht, die Verfolgung der Palästinenser durch eine weltweite Kurdenverfolgung ergänzen. In der kurdischen Sache kämpft ein Volk für eine soziale Revolution, eine Nation für ihre Befreiung und für staatliche Unabhängigkeit.

Internationale Umschau



Mit einem viertägigen Streik (Bild: Streikposten an einem der 24 Werkseingänge) hat die Belegschaft des VW-Werks in Brüssel (Belgien) Anfang Februar ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche unterstrichen. Am 13. Februar beschloß eine Gewerkschaftsversammlung die Fortsetzung des Kampfes: Jede Woche Freitags wird gestreikt, alle Überstunden und alle Samstagsschichten werden abgelehnt. Die Betriebsleitung lehnt die 35-Stunden-Woche ab. Als Vorbedingung für nicht näher beschriebene „Arbeitszeitverkürzungen“ verlangt sie zudem striktere Kontrollen gegen Fehlzeiten, insbesondere gegen Kranke. — (rül)

Wachsende Streikbewegung im Nordwesten Polens

Seit Wochen streiken Zigttausende Arbeiter gegen die Regierungspolitik, die seit dem vergangenen Jahr vorsieht, Lohnerhöhungen stets nur bis zu einer gewissen Höhe zu genehmigen, die jedenfalls einige Prozentpunkte unter der Preissteigerungsrate liegen muß. Sie fordern meist Lohnerhöhungen von um die 50 %. An den Streiks, die von Betrieben des Bergbaus und Verkehrswesens ausgegangen waren, beteiligen sich jetzt auch viele Werktätige des staatlichen Sektors der Landwirtschaft (auf bislang 1300 Staatsgütern). Im letzten Jahr war die Kaufkraft der Bevölkerung um durchschnittlich 30 % gesunken. Verhandlungen zwischen Regierung und Solidarnosc über eine Freigabe der Löhne sind am 21.2. vorerst gescheitert. — (uga)

El Salvador: Regierung sabotiert Verhandlungen

Zwei Wochen vor den für den 10. März angesetzten „Wahlen“ zum Parlament und zu den Gemeindeversammlungen hat die Regierung El Salvadors Verhandlungen mit der FMLN sabotiert. Sie verlangte „Berichtigungen“ in einem Dokument, in dem der Beauftragte von UN-Generalsekretär Perez de Cuellar, de Soto, die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen lediglich zusammengefaßt hatte. Offenbar erhofft sie sich von den Wahlen eine Stärkung ihrer Position. Die FMLN hat bereits erklärt, daß sie das Ergebnis der Scheinwahlen nicht anerkennen werde. — (rül)

Albanien: Proteste und Provokationen der Rechten

Wenige Wochen vor den von der Regierung für den 31. März angesetzten Neuwahlen versuchen Teile der Opposition, die Auseinandersetzungen mit der Regierung gewaltsam zu eskalieren. Am 22. Februar eröffneten Unbekannte aus einer Gruppe von Demonstranten, die vor der Militärakademie demonstrierten, das Feuer auf Polizisten. Ein Polizist wurde getötet, mehrere andere verletzt. Die Polizei erwiderte das Feuer, dabei kamen nach offiziellen Angaben drei Demonstranten um. Am gleichen Tag gab Parteichef Ramiz Alia die Bildung einer neuen Regierung bekannt. Angebote an die Oppositionsparteien, sich an der Regierung zu beteiligen, wurden von diesen abgelehnt. Wenige Tage vorher war in Tirana bei einer Protestkundgebung ein Denkmal Enver Hodschas umgestürzt worden. Danach soll es in anderen Landesteilen zu zahlreichen kleineren Auseinandersetzungen um solche Denkmäler gekommen sein, bei denen diese zum Teil entfernt, zum Teil wieder aufgestellt wurden. Die Regierung hat die Bevölkerung aufgerufen, alles zu tun, um Blutvergießen zu vermeiden. Bereits vor den Unruhen hatte die Regierung Kontakte mit der EG aufgenommen. Europäische Konzerne sind u.a. an den reichen Chromerzvorkommen (das Land ist drittgrößter Chromerzproduzent der Welt) interessiert. — (rül)

USA-Golfkrieg: Zerschlagung Iraks jetzt offizielles Kriegsziel

Was die Presse schon seit Wochen den Leuten eintrichtert — daß ohne die Beiseitigung des gefährlichen und verrückten Saddam Hussein und der irakischen Militärmacht sich der ganze Aufwand der USA nicht lohnt — ist jetzt offizielles Kriegsziel der USA. De facto hat Präsident Bush mit seinem unmöglich erfüllbaren Ultimatum (Rückzug ohne Waffenstillstand) klar gemacht, daß die Erfüllung der UN-Resolutionen nicht das Kriegsziel ist. Außenminister Baker formulierte das in einer Fernsehdiskussion am Sonntag so: Formal sei mit der Befreiung Kuwaits das UN-Mandat erfüllt. Die politischen Ziele der Allianz seien aber die Vernichtung des Regimes von Saddam Hussein. Seit den zwei großen Protestdemonstrationen am 19. und 26. Januar hat die Presse eine Nachrichtenblockade über alle Proteste gegen den Krieg verhängt. In den Tagen der sowjetischen Friedensinitiative hatte sich das etwas gebessert. Leserbriefe und Kommentare gegen den Krieg wurden wieder abgedruckt. Insbesondere gegen Wochenende, als deutlich wurde, daß der von Irak akzeptierte Vorschlag die UN-Forderungen erfüllt, kamen Kommentatoren zu Wort, die Präsident Bush aufforderten, den Krieg zu beenden — unter ihnen ein erzreaktionärer Kolumnenschreiber. Jetzt nach Beginn des Bodenkriegs kommen nur noch die zu Wort, die Irak bombardieren und „nukern“ und Hussein fangen wollen. Das US-Repräsentantenhaus verabschiedete einstimmig eine nicht-bindende Resolution, die die Bürger auffordert, US-Flaggen als Zeichen der Unterstützung für die Truppen auszuhängen. Am Tage nach dem Beginn des Bodenkriegs fanden in allen größeren Städten der USA Protestdemonstrationen statt. Ein führendes Mitglied der Antikriegskoalition, Ramsey Clark, der Generalstaatsanwalt unter Lyndon B. Johnson gewesen war und der nach Rückkehr von einem Besuch Iraks Termine für Interviews mit sieben Fernsehnetzen hatte, wurde bei seinem ersten Auftritt nach 4 Minuten ausgeblendet. Die übrigen Fernsehnetze zogen zurück. Der CBS-Kameramann, der ihn nach Bagdad begleitet hatte, wurde von CBS (einem der großen Fernsehnetze) gefeuert. Die Antikriegskoalitionen haben für den 6. April eine nationale Demonstration in Washington angekündigt. — (ger, her)

CSFR: Keine Rückgabe von Betrieben an „Vertriebene“

Das Bundesparlament hat am 21.2. ein Gesetz verabschiedet, wonach alle Fabriken, Geschäfte und Gebäude, die nach 1948 verstaatlicht worden waren, ihren ehemaligen Eigentümern bzw. deren Erben zurückgegeben werden müssen. Diese Maßnahme ersetzt jetzt das ursprüngliche Vorhaben, vor allem kleine Läden meistbietend zu verkaufen, die nicht mehr direkt an die alten Eigentümer zurückgegeben werden können. Nutznießer können jedoch lediglich tschechoslowakische Staatsbürger sein, die im Lande ansässig sind. Dieser Vorbehalt in Verbindung mit der Einschränkung „nach 1948“ löste unter Revanchisten in der BRD erhebliche Empörung aus. Ihr Wunsch einer neuerlichen „Germanisierung“ der westlichen CSFR wird nicht erfüllt werden. — (uga)



Mehrere tausend Lohnabhängige der gemeinsamen lateinamerikanischen „Tochter“ der Autokonzerne VW und Ford, Autolatina, protestierten am 21. März in Demonstrationen gegen die Entlassungspläne der Konzernleitung. VW und Ford wollen etwa 8000 Beschäftigte von Autolatina in der nächsten Zeit entlassen. Auch die Regierung hat sich gegen die Vorhaben des Konzerns ausgesprochen. Arbeitsminister Magri forderte ein befristetes Verbot von Massenentlassungen. Wirtschaftsministerin Cadroso forderte die Finanzbehörden zu einer beschleunigten Überprüfung der Autolatina-Geschäfte auf. Bild: Lagerhalle von VW do Brasil. — (rül)

Schutz von Auslandsinvestitionen

Namibia läßt alle Bedingungen für Investitionen fallen

Obwohl seit dem 21. März 1990 unabhängig, ist Namibias Wirtschaft immer noch eng mit der früheren südafrikanischen Besetzer verflochten. Der südafrikanische Rand ist noch immer Zahlungsmittel, er soll 1993 von einer eigenen Währung abgelöst werden. Die südafrikanische Wirtschaft aber befindet sich seit Mitte der achtziger Jahre, seit dem erneuten Erstarken des Befreiungskampfes, in einer tiefen Krise. Diese Krise schlägt auf Namibia durch. Das Pro-Kopf-Einkommen in Namibia ist mit 720 US-\$ zwar mit das höchste in Afrika, allerdings geht das verfügbare Einkommen zu über 94 Prozent an die ehemaligen weißen Siedler, die knapp 7 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Sie beherrschen die exportierende Landwirtschaft und den Bergbau. Die meisten Namibier leben in bitterer Armut, die Erwerbslosigkeit liegt über 50 Prozent, auch die kleinen Bauern können ihre Familien nicht mehr selbst ernähren. Eine Triebkraft für den Befreiungskampf war das Streben der unterdrückten Afrikaner nach Ausrottung der sozialen Folgen der Apartheid.

Die EG-Staaten drängen seit der Unabhängigkeit darauf, daß die Regierung ein Gesetz zur Förderung ausländischer Investitionen erläßt, davon haben Frankreich und Großbritannien z. B. direkt die Zahlung von Entwicklungshilfe abhängig gemacht. Westdeutsche und franzö-

sische Konzerne drängten darauf, daß dieses Investitionsschutzgesetz den ausländischen Investoren keinerlei Grenzen setzt. Hatte die namibische Regierung zunächst erklärt, Auslandsinvestitionen müßten immer gemeinsam mit inländischen Partnern durchgeführt werden, so wurde diese Passage im jetzt vorliegenden Entwurf nicht mehr zu finden. Das Gesetz beschränkt nicht einmal den Transfer von Gewinnen aus Namibia ins Ausland, sondern versucht, die Konzerne durch Steuerbegünstigung zur Reinvestition von Gewinnen im Inland zu locken. Im Falle von — nur beschränkt möglichen — Enteignungen kündigt das Gesetz „faire und schnelle“ Entschädigung an. Rechtlich sollen Auslands- und Inlandsfirmen einander gleichgestellt sein.

Eine Änderung der einseitig auf Rohstoffproduktion festgelegten Wirtschaftsstruktur ist nicht zu erwarten. Die Regierung hofft, mit dem Gesetz weitere Bodenschätze fördernde Konzerne ins Land zu holen. Vor der Küste Namibias liegen große Erdgasfelder, außerdem werden Erdölfelder vermutet. Chevron, BP, Shell haben bereits Schürflizenzen erworben und lassen nach weiteren Feldern suchen. Die Ansiedlung von weiterverarbeitender Industrie ist bis jetzt nicht in Aussicht.

Quellenhinweis: The Economist, 16. Februar 1991; informationsdienst südliches afrika Nr. 6/90 — (uld)

Bildung für Landarbeiterinnen

Kampf um revolutionäre Errungenschaften in Nicaragua

Der nicaraguanischen Präsidentin wurde bei ihrem Besuch letzte Woche in der BRD 95 Millionen nur unter der Bedingung, daß sie sich an die IWF-Auflagen hält, zugesagt.

Seit dem Regierungswechsel '90 hat sich die Lage der LandarbeiterInnen verschlechtert. Der Staatsbetrieb „La Fundadora“ z. B., der vorher ständig 1080 ArbeiterInnen beschäftigte, entließ mehr als die Hälfte der Arbeiter. Die Verbliebenen können jeweils nur noch den halben Monat arbeiten. Eine Siedlung des Staatsbetriebs wurde einem Contra-Chef als Privateigentum gegeben, eine andere wurde dem früheren Eigentümer zurückgegeben. Aktuell kämpfen die ArbeiterInnen zusammen mit der Landarbeitergewerkschaft ATC darum, die weitere Privatisierung des Staatsbetriebs zu verhindern.

Unter der sandinistischen Regierung sind auf dem Land hunderte von Schulen gebaut worden. Es gab vorher kaum eine. Es wurden Alphabetisierungskampagnen und Projekte zur Weiterbildung von LandarbeiterInnen durchgeführt.

Die Regierung Violeta Chamorro erfüllt die Auflagen von IWF und Weltbank mit der drastischen Kürzung des

Haushalts im Bildungs- und Gesundheitswesen. Es wurden massenhaft Lehrer entlassen oder aus politischen Gründen zwangsversetzt. Mithilfe eines neuen Gesetzes wurden alle sandinistischen Schuldirektoren entlassen. Für die Erwachsenenbildung werden keine finanziellen Mittel mehr zur Verfügung gestellt. Die von den Sandinisten entwickelten Schulbücher, die sich auf die nicaraguanische Realität und Geschichte beziehen, wurden durch neue Bücher aus Kolumbien ersetzt.

Auf der „La Fundadora“ wird das bestehende Projekt zur Alphabetisierung und Fortbildung unter großen Anstrengungen und Schwierigkeiten von der Landarbeitergewerkschaft und einer sandinistischen Organisation weitergeführt. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Weiterbildung der Frauen. Die Seminare umfassen die notwendigen Kenntnisse über Arbeits- und Tarifrecht, Kinderernährung, Verhütungsmethoden, Sexualerziehung, gegen sexuellen Mißbrauch, Frau und Gewerkschaft. Diese Alphabetisierungsprojekte müssen jetzt finanzielle Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen in Europa suchen. — (s.)

Panzertransport abgeschlossen

Österreich: starke Proteste gegen Transit/Zerreißprobe für SPÖ

„Aufatmen nach erledigtem Panzertransit“ titelte die konservative Wiener „Presse“ nach Abschluß der Durchfuhr von 95 US-Bergepanzern durch Österreich, die für den Einsatz im Golfkrieg bestimmt sind. Die Genehmigung dafür konnte die große Koalition aus ÖVP und SPÖ nur erteilen, weil sie im Zusammenhang mit dem Golfkrieg das Kriegsmaterialgesetz entsprechend geändert hatte, in offenem Verstoß gegen das im österreichischen Staatsvertrag verankerte Prinzip der „immerwährenden Neutralität“.

Der Grund für die sichtliche Erleichterung in Kreisen der herrschenden Klasse ist in den heftigen Protesten zu suchen, die auf die Genehmigung des Transit-Anschlusses durch die Regierung folgten. Weite Teile der Bevölkerung sahen darin einen Verstoß gegen das Neutralitätsprinzip. Vor allem grün-alternative Gruppen riefen zu Aktionen gegen den Transit auf, darunter die „Plattform für Frieden und Neutralität“. Mehr als 400 Polizisten sicherten den streng geheimgehaltenen Panzertransport während der gesamten Fahrt. Trotzdem kam es während der dreitägigen Durchfuhr auf Zügen der österreichischen Bundesbahn entlang der Strecke von Kufstein bis zum Brenner immer wieder zu De-

monstrationen und Störaktionen. Sechs Blockadeversuche beendete die Polizei mit fast 200 Festnahmen. Im Verlauf der Auseinandersetzungen feuerte ein Beamter seine Waffe ab, nach offizieller Darstellung, um sich mit Kollegen zu „verständigen“.

Die an der Regierung beteiligte SPÖ haben die Auseinandersetzungen um den Panzertransit sowie weitere Ansuchen nach Waffentransporten in eine Zerreißprobe gestürzt. Die Parteibasis lief Sturm gegen die Linie des Parteivorstands und des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Franz Vranitzky. Eine SP-Landesorganisation nach der anderen sah sich deshalb gezwungen, vor allem gegen das Verhalten von Vranitzky zu protestieren, der weitere Durchfahrten und Überflüge britischer Munitionstransporter genehmigt hat.

Die „Presse“ konstatierte „hektische Krisenstimmung“ zwischen Innenministerium, Kanzleramt und Außenministerium. Die Regierung sah sich zu einem „Kompromiß“ gezwungen: Künftig sollen Einzelprüfungen von Waffentransit-Anträgen geben; außerdem sollen generell nur britische Transporte von Material aus der BRD genehmigt werden, nicht erlaubt sind Transporte von der britischen Insel. — (jgg)

„Wie ist die derzeitige Lebenslage der Arbeiter, wie hoch ist der Verdienst, wie dauert die Arbeitszeit?“

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt 1000 Pesetas (das sind knapp 1000 DM, d. Veri.). Die Lebenskosten sind sehr stark gestiegen, so daß die Lebenshaltung in einigen Städten sogar schlechter ist als in der Bundesrepublik. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 40 Stunden. Sonntagsarbeit ist bis auf wenige Ausnahmen gesetzlich verboten. Auch der Samstag ist normalerweise ein Arbeitstag, aber in betrieblichen Vereinbarungen kann Samstagsarbeit zwischen den Fabrik-Komitees und den Unternehmern festgelegt werden.

Bei Mercedes-Benz Vittoria wurde vor kurzem ein Tarifvertrag abgeschlossen, der für Schlichter die Verkürzung der Jahresarbeitszeit auf 1784 Stunden in diesem Jahr und auf 1776 Stunden im nächsten Jahr festlegt. Darin sind 15 Minuten bezahlte Pause täglich enthalten. In Normalarbeitszeit wurde die Jahresarbeitszeit auf 1776 Stunden dieses Jahr und 1768 Stunden nächstes Jahr verkürzt. Die Lohnerhöhungen, die bis 1992 vereinbart wurden, liegen 1,5 Pro-

Gewerkschafter aus Euskadi auf Rundreise

„Informationssperre durchbrechen, gemeinsame Praxis ermöglichen“

Zwei Vertreter der baskischen Gewerkschaft L. A. B. befanden sich vom 18. bis 28. Februar 1991 auf Rundreise durch die BRD. L. A. B. steht für „Langile Abertzalen Batzordeak“. „Versammlung Patriotischer Arbeiter“. Wir dokumentieren im folgenden ein Interview, das vor der Veranstaltung des DGB-Kreises Stuttgart mit den L. A. B.-Vertretern am 18. Februar über die Lage der baskischen Arbeiter und über die Aufgaben ihrer Gewerkschaft geführt wurde, und berichten von der Veranstaltung mit der Delegation in Schweinfurt am 19. Februar. — (gem, ros, cls)

Vittoria verlangte die Samstagsarbeit, aber die Betriebsversammlung lehnte dies ab. Daraufhin stellte Mercedes-Benz 320 Arbeiter befristet für die Nachschicht ein. Die Autoverkäufe gehen nach unten, aber die Produktion steigt. Wo der genaue Grund liegt, wissen wir nicht. Vielleicht produziert Mercedes-Benz auf Lager, oder sie setzen auf die Ostmärkte.

„Wie sieht zur Zeit überhaupt die Einstellungspraxis aus?“

„90 Prozent aller neuen Arbeitsverträge sind befristet. Das führt dazu, daß der Anteil der befristet Eingestellten in den Belegschaften immer mehr zunimmt. Derzeit haben wir das Verhältnis von 70 Prozent festen Arbeitsverträgen

beitslosenrate doppelt so hoch ist.“

„Wie ist Euer Verhältnis zu den anderen Gewerkschaften, zu der UGT (der sozialistischen Partei unter Felipe Gonzalez nahestehend) und den CCOO (comisiones obreras, der kommunistischen Partei nahestehend) und zum anderen baskischen Gewerkschaftsbund ELA-STV?“

„Die CCOO haben großen Einfluß in bestimmten Industriezonen, zum Beispiel in Bilbao. Aber sie nutzen ihren Einfluß nicht, um zu den Unternehmern in Konfrontation zu gehen. Es gibt zwar auch in den CCOO eine linke Strömung, aber die Haupttendenz ist der Eurokommunismus. CCOO und UGT nutzen ihre starke Stellung in manchen Betrieben aus, um andere Gewerkschaften — wie uns — aus dem Betrieb draußen zu halten. Dort müssen neu eintretende Arbeiterinnen und Arbeiter Mitglied von UGT und CCOO werden. Wir von L. A. B. setzen auf die Versammlungen, wo diskutiert und entschieden wird. Die ELA-STV hat in ihren Reihen auch Unternehmer, sie ist nicht gegenfrei. In den Auseinandersetzungen ist sie sehr passiv.“

„Welches Ergebnis brachten die letzten Delegiertenwahlen zu den Fabrik-Komitees?“

„Bei den Delegiertenwahlen zu den Fabrik-Komitees in den letzten Monaten konnte L. A. B. seinen Einfluß ausweiten. Bei SEAT Pamplona stellt L. A. B. zum Beispiel sieben von 25 Delegierten und ist damit die zweitgrößte Gewerkschaft im Betrieb. Insgesamt wurden in Euskadi 3000 Delegierte von L. A. B. gewählt und 7000 Delegierte von ELA-STV. Damit stellen L. A. B. und ELA-STV 10000 von insgesamt 18000 Delegierten in Euskadi. L. A. B. ist vor allem durch seine Rolle in verschiedenen Streiks bekannt geworden.“

„Welche Rechte haben die Fabrik-Komitees?“

„Die Rechte der Fabrik-Komitees sind sehr begrenzt. Bei Kündigungen können sie zwar widersprechen, aber der Arbeitsrichter entscheidet. Und selbst wenn er für den Gekündigten entscheidet, hat die Firma immer noch zwei Wahlmöglichkeiten: Sie kann ihn wieder nehmen oder sie kann ihn mit Geld abfinden. Nur Delegierte haben das

Recht, Abfindungen abzulehnen. Und in besonderen Ausnahmefällen kann der Arbeitsrichter entscheiden, daß die Kündigungsgründe so fadenscheinig waren, daß auf Wunsch der Gekündigten wieder in die Fabrik aufgenommen werden muß.“

„Was wollt Ihr mit Eurer Rundreise erreichen?“

„Wir wollen — informieren und konkrete Solidarität mit unserem Volk erreichen, — gewerkschaftliche Beziehungen herstellen mit solchen Gruppen, die uns in ihren Positionen und ihrer gewerkschaftlichen Praxis nahestehen, — Verbindung schaffen mit Arbeiterinnen und Arbeitern aus multinationalen Konzernen, die Niederlassungen in Euskadi haben, — Auseinandersetzungen führen über die notwendige Unterstützung der Arbeiterinnen und Arbeiter.“

Wirtschaftliche Lage in Euskadi Ziele der Gewerkschaft L.A.B.

(Auszüge aus den Ausführungen der L.A.B.-Gewerkschafter auf der Veranstaltung in Schweinfurt.)

Das Bild Guernica von Picasso drückt die Barbarei der Nazis gegenüber dem wichtigsten baskischen Ort aus. Eine Vernichtung der baskischen Bewegung ist aber nicht gelungen. In den 70er Jahren ist die baskische Bewegung wieder entstanden.

Nach dem 2. Weltkrieg fand in Euskadi eine starke industrielle Expansion statt. Die Umwälzungen von der Agrarwirtschaft hin zur Industrialisierung mit starkem Gewicht der Schwerindustrie haben die Gesellschaft und die Ökologie völlig verändert. Der spanische Staat betrieb die massenhafte Einwanderung von Arbeitskräften vor allem aus Andalusien und Galizien, sodaß heute der Bevölkerungsanteil spanischer Immigranten z. B. in der Region Bilbao über 65 % liegt. Durch diesen Einwanderungsprozeß sollte die baskische Identität zerstört werden. Der Versuch ist gescheitert, die baskische Arbeiterbewegung antwortete mit der Verbindung des nationalen Kampfes mit dem Klassenkampf. Aus dieser Situation heraus ist L.A.B. entstanden. L.A.B. selbst wirkte zuerst nur als Ar-

beiterorganisation — antikapitalistisch und für die Unabhängigkeit der Basken.

1977 wurde L.A.B. als Gewerkschaft begründet. Es ist gelungen, die Spaltung zu überwinden. Heute arbeiten in der L.A.B. (auch in ihrer Führung) wie in der gesamten baskischen Bewegung Arbeiter aus allen Regionen mit. L.A.B. ist vor allem aktiv in der Verteidigung von Arbeiterinteressen, Löhnen, Tarifen, sozialen Bedingungen und nimmt teil am Kampf des gesamten baskischen Volkes, der breiter und stärker wird.

L.A.B. tritt dafür ein, daß die Arbeiter ihren Zusammenhalt stärken, indem sie über ihre Interessen auf Arbeiterversammlungen beraten. L.A.B. fordert monatliche Versammlungen in den Betrieben und kämpft dafür, daß die Versammlungen der Ort der Entscheidung sind, in denen die Arbeiter beschließen, was die Delegierten (Betriebsräte) zu vertreten haben. Über die Arbeiterversammlungen gibt es keine gesetzlichen Festlegungen, jedoch Festlegungen in betrieblichen Tarifverträgen. Die Einberufung von Arbeiterversammlungen ist möglich durch den Betriebsrat, durch im Betrieb vertretene Gewerkschaften oder durch Forderung von einem Drittel der Belegschaft.

Die Integration Spaniens in die EG, zu der die Basken und das spanische Volk nicht befragt wurden, hat zur Zerstörung des Daches der baskischen Wirtschaft geführt, am härtesten getroffen wurde die Schwerindustrie. Die Integration in die EG erfolgte in mehreren Phasen:

- 1978-1980: Umstrukturierung einzelner Fabriken;
- bis 1982: mit der UCD-Regierung Umstrukturierung ganzer Sektoren;
- bis 1986: mit sozialdemokratischer Regierung größter Umwälzungsschub. Die breite Umstrukturierung führte zu vielen Kämpfen und sozialen Konflikten;
- bis 1988: Umstrukturierung von Fabrik zu Fabrik.

Aktuell wird versucht, durch einzelne Umstrukturierungen den Zusammenschluß der Kämpfe zu verhindern. Die Lage ist charakterisiert durch Kapitalkonzentration, Stilllegung nicht produktiver Betriebe, die Eisen-, Stahlindustrie befindet sich kontinuierlich auf absteigendem Gleis. In Stahl und Metall wurden in den letzten acht Jahren 50 % der Leute entlassen.

Die Umstrukturierung verstärkt den Individualismus auf ideologischer Ebene. L.A.B. sieht allgemeine Veränderungen in allen Bereichen, einen umfassenden Angriff des Kapitals, verstärkt dagegen die Zusammenarbeit mit Kräften aus allen Bereichen der Gesellschaft (z. B. mit ökologischen-, Frauen-, Anti-Drogen-, Jugendorganisationen).



Über den Kampf für ein unabhängiges und sozialistisches Baskenland berichtet zweimonatlich „Euskadi Information“. Bestellung über: Euskadi Information, Postlagerkarte Nr. 016594 C, W-6000 Frankfurt.

zent beziehungsweise 1,7 Prozent über der offiziellen Inflationsrate.“

„Die Automobilkrise bahnt sich an. Wie sehen die Auswirkungen bei Euch aus?“

„Im letzten Jahr wurden in Süd-Euskadi (von Spanien besetzter Teil des Baskenlandes) 20 Prozent weniger Automobile neu zugelassen als das Jahr davor. Aber Mercedes-Benz weitet trotzdem die Produktion aus, ebenso SEAT in Irunea (Pamplona). Mercedes-Benz in-

zu 30 Prozent befristet Eingestellten. Wenn die Entwicklung so weitergeht, haben wir bald das Verhältnis von 50:50. Bei den befristet Eingestellten ist alles möglich: Sie haben Arbeitsverträge für einen Monat, für zwei oder drei Monate, manchmal sogar nur für Wochenendarbeit. Die Arbeitslosigkeit begünstigt diese Einstellungspraxis. Offiziell beträgt die Arbeitslosenrate 19 Prozent im Baskenland, wirklich circa 23 Prozent, wobei unter den Frauen die Ar-

Guatemala: Die „Musik der Demokratie“

Bericht aus Guatemala über Ablauf und Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen vom 6. 1.

ge Serrano wie Jorge Carpio, verstanden haben, auf die massiven Probleme des Landes keine Antworten zu geben.

Beide Jorges hatten sich hinter verschiedenen Sektoren der Herrschenden aufgestellt. Carpio, der sich schon 1985 um die Präsidentschaft bemühte und für seinen Wahlkampf mehr als 120 Mio. Quetzales (etwa 30 Mio. US-Dollar) aufwendete, konnte sich auf die katholische Kirche, Teile der Armee und der Wirtschaft stützen. Daß aber Serrano siegte, erklärt sich daraus, daß Serrano hinter sich sowohl den Land tonangebenden Kapitalistenverband CACIF (Koordinierungskomitee für Handel, Industrie, Landwirtschaft und Finanzen) wußte und sich ebenfalls der Unterstützung breiter Teile der Armee sicher war. Hinzu kommt, daß er lange Zeit Prediger der evangelischen Sekte Elim war, die sich starker finanzieller Unterstützung aus den USA erfreut, und erst kurz vor seiner Nominierung aus taktischen Gründen austrat. Die Evangelisten erhalten in Guatemala immer stärkeren Zulauf und können sich mittlerweile einer Anhängerschaft von ca. 50 % der GuatemaltekenInnen rühmen. Ein weiterer Pluspunkt Serranos war seine Mitgliedschaft im „Nationalen Versöhnungskomitee“ (CNR), das sich um eine vermittelnde Rolle in den Verhandlungen zur Beilegung der mittlerweile 30 Jahre andauernden bewaffneten Konflikte zwischen dem Militär und der Guerilla URNG bemühte.

Diese Vorzüge und auch der Anschein, der formbarere der beiden Kandidaten zu sein, machten Serrano zum

Wunschkandidaten der heimischen Rechten und sicherten ihm auch die Unterstützung der US-Imperialisten. Seine Lösungsvorschläge für die immensen Probleme des Landes sind allerdings so alt wie die Probleme selbst: mehr Marktwirtschaft und Wirtschaftsliberalismus.

Rios Montt

Als eigentlicher Drahtzieher im Hintergrund ist der Ex-Diktator und ebenfalls radikale Evangelist General Rios Montt anzusehen. Montt putschte sich 1982 an die Macht und leitete 16 Monate lang ein Schreckensregime, dem fast die gesamte politische Opposition Guatemalas und große Teile der Landarbeiterbewegung zum Opfer fielen. Die Zahl der Toten in dieser Zeit geht in die Zehntausende, und es ist heute noch schwierig, verlässliche Angaben über die Anzahl der Ermordeten und Verschwundenen zu bekommen. Unter Montts Herrschaft wurden die paramilitärischen Ziviltruppen (PAC) ins Leben gerufen, in denen bis heute über eine Million Bauern zu Zwangsarbeiten, Spitzeldiensten und Einsätzen gegen die Guerilla gezwungen wurden.

Montt versuchte anläßlich der Präsidentschaftswahlen im November 1990 ein Comeback. Seine Kandidatur wurde aber vom Verfassungsgericht abgelehnt. Bis heute erfreut er sich aber mit seinen Forderungen nach Ordnung, Unbestechlichkeit und Sauberkeit einer breiten Sympathie im bürgerlichen Lager. Inoffiziell empfahl er seinen politischen Freunden, seinen Glaubenskameraden Serrano zu unterstützen. Es ist davon auszugehen, daß der heutige Präsident

Guatemalas an der langen Leine des Ex-Diktators läuft.

Die „Musik der Demokratie“

1985 wurde in den ersten „freien Wahlen“ nach 36 Jahren Militärherrschaft die christdemokratische Regierung Cincio Cerezo gewählt, dessen Erbe Serrano nun antritt. Präsident Cerezo versprach damals dem Volk, die „Musik der Demokratie“ erklingen zu lassen, und stürzte das Land vollends ins Elend. Unter der fünfjährigen Präsidentschaft des Christdemokraten, nach Kräften unterstützt von den USA und der BRD, verringerten sich Löhne und Gehälter um real 70 %. 87 % der Bevölkerung leben einer aktuellen UNO-Studie zufolge in „extremer Armut“ unter dem Existenzminimum. Etwa die Hälfte der Bevölkerung verdient weniger als 150 US-Dollar im Jahr. Immer noch gehören 70 % der kultivierbaren Flächen einer Agraroligarchie, die 2 % der Bevölkerung ausmacht. Die Arbeitslosigkeit steigt rapide und liegt derzeit bei etwa 35 %. Die Zahl der Analphabeten hält sich konstant bei 67 %.

Die Lage der Menschenrechte ist katastrophal. Über 100000 Morde in den letzten 36 Jahren melden allein die staatlichen Stellen. Die Zahl der Verschwundenen übersteigt 40000 bei weitem. Darüber, daß die Täter im Kreis der Streit- und Sicherheitskräfte zu suchen sind, besteht Einigkeit, aber kein einziger dieser Mordfälle ist bis heute aufgeklärt worden. Wird bei den zuständigen Stellen nach dem Verbleib eines Verschwundenen oder den Hintergründen eines Mordes gefragt, lautet die Antwort

fast immer: „Mögliche Beteiligung an Subversion“.

Unabhängige Menschenrechtsgruppen wie die „Gruppe zur gegenseitigen Hilfe“ (GAM) sind ständig von Terroranschlägen betroffen. „Die Antworten auf Beweise, die wir in einigen Mordfällen erbracht haben“, meint ein Vertreter der GAM, „waren die Entführung eines und die Ermordung zweier unserer Mitglieder sowie ein Bombenanschlag auf unser Büro.“

Guatemala zählt derzeit 510000 Witwen und 250000 Waisenkinder, 150000 Flüchtlinge und 1,8 Mio. aus ihren Dörfern Vertriebene. Es sind fast ausnahmslos Linke, Gewerkschafter, Studenten und organisierte Landarbeiter, die von diesem Terror betroffen sind.

Das jüngste Beispiel für die eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch die herrschenden Klassen und ihre Instrumente ist das Massaker am 2. Dezember 1990 in Santiago de Atitlan. Während einer friedlichen Kundgebung, bei der mit weißen Fahnen die Freilassung zweier vorläufig festgenommener Landarbeiter gefordert wurde, erschoss das Militär 13 Indios und verletzte 23 schwer.

Serrano, der sich Gott und dem Volk verpflichtet fühlt, wird einiges zu tun haben, um hier zumindest die demokratische Fassade aufrechtzuerhalten. Der erste aber, der ankündigte, daß ihn solche „Mißlänge“ in der „Musik der Demokratie“ nicht weiter stören, war der US-Botschafter in Guatemala-City, Thomas Stroock. Wenige Stunden nach Bekanntwerden des Wahlsieges Serranos gratulierte er ihm herzlich, sicherte den weiteren Ausbau der US-Wirtschaftshilfe zu und versprach, daß sich der US-amerikanische Markt verstärkt für guatemalteke Produkte öffnen werde. Andere werden folgen. — (mas)

„Meine Verpflichtung ist es, Gott und dem Volk Guatemalas zu dienen“, droht es von der auf dem Hauptplatz in Guatemala-City aufgebauten Tribüne herunter. Jorge Serrano, der Kandidat der „Bewegung für Solidarische Aktion“ (MAS), verkündet seinen Wahlsieg im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 6. Januar 1991, nachdem im ersten Wahlgang am 11. November 1990 keiner der Kandidaten die erforderliche Mehrheit erzielt hatte. Klar gewinnt der 45jährige Ingenieur Serrano die Wahl mit 68 % vor seinem Konkurrenten Jorge Carpio von der „Nationalen Zentrumunion“ (UCN), der 32 % der abgegebenen Stimmen erhielt. Die von über 200 internationalen Beobachtern verfolgte Wahl verlief ruhig und ohne größere Zwischenfälle. Ein mit großem finanziellem Aufwand unterstützter Wahlkampf ist somit zuende. Der trotz aller propagandistischen Raffinessen, aber völlig am Volk vorbei gelaufen ist. Über 54 % der Wahlberechtigten entschieden sich, erst gar nicht zur Wahl zu gehen. Die Zahl der ungültig abgegebenen Stimmen liegt bei etwa 15 %. Sämtliche politischen Kräfte, die nicht hinter den beiden Kandidaten standen, die beide dem bürgerlich-rechten rechtsextremen Lager zuzurechnen sind, enthielten sich jeglicher Einflüsse und ließen das Ereignis an sich vorbeiziehen. Die Guerilla URNG (Vereinigte Nationale Revolutionäre Guatemalas) griff militärisch nicht in den Wahlkampf ein, riet aber der Bevölkerung zum Wahlboykott.

Die beiden Jorges

Die niedrige Wahlbeteiligung von knapp 40 % erscheint also nicht weiter verwunderlich, zumal es beide Kandidaten, Jor-

Gesamtschuldiskussion neu entbrannt

Bestandsgarantien für dreigliedriges Schulsystem müssen fallen

Im Mai 1990 hat eine Koalition aus SPD und GRÜNEN nach knapp gewonnenen Landtagswahlen die 14 Jahre im Amt befindliche CDU/FDP-Regierung unter Ministerpräsident Albrecht in Niedersachsen abgelöst. Sowohl im Wahlkampf als auch in den ersten Monaten der neuen Landesregierung spielte die Bildungspolitik eine relativ wichtige Rolle, darunter auch die vielerorts erhobene Forderung nach Einrichtung neuer Gesamtschulen.

Zur Zeit gibt es in Niedersachsen 17 Integrierte Gesamtschulen (IGS) mit ca. 16000 Schülerinnen und Schülern sowie 17 sogenannte Kooperative Gesamtschulen (KGS), die aber in der Praxis kaum mehr als Schulzentren normaler Regelschulen des dreigliedrigen Schulsystems mit einigen übergreifenden Angeboten darstellen. Zusammen werden an diesen 34 Gesamtschulen ca. 7 % der niedersächsischen Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 13 unterrichtet. Gleichzeitig gibt es nach Angaben der GEW über 30 örtliche Initiativen von Eltern, Lehrern usw. zur Gründung weiterer (Integrierter) Gesamtschulen, die zum Teil schon seit Jahren mit unterschiedlichem Erfolg tätig sind.

Die meisten der bestehenden Gesamtschulen waren Anfang der 70er Jahre gegründet worden; nach Amtsantritt der reaktionären Albrecht-Regierung 1976 waren die vorhandenen Gesamtschulen stetiger Verschlechterung ihrer gesetzlichen und materiellen Rahmenbedingungen ausgesetzt gewesen. Neugründungen waren bis 1983 allgemein untersagt, danach praktisch verhindert worden. Erst ab 1989 war es gelungen, der alten Landesregierung Genehmigungen zur Errichtung von neuen Gesamtschulen in Braunschweig, Oldenburg und im Kreis Schaumburg abzutrotzen. Im Rahmen einer Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSG) war den Gesamtschulen zudem der Status einer Regelschule aberkannt worden. Selbst kleinste Errungenschaften, die in den

Gesamtschulen durchgesetzt waren, wurden über Schulgesetzänderungen und maßgeschneiderte Erlasse wieder aus der Welt geschafft, so etwa die Drittelparität bei (bestimmten) Konferenzen und andere Elemente der inneren Schulverfassung. Erhebliche Bedeutung für die Organisation des Lernens selbst hatte der sogenannte Organisationserlaß „Die Arbeit in der IGS“ von 1982, der eine Leistungs differenzierung, ausgerichtet am dreigliedrigen Schulwesen, forderte und somit alle fortschrittlichen Ansätze, der Auslese nach „Begabung“ und „Leistung“ durch gemeinsame Lerngruppen, Binnendifferenzierung und ähnliches wenigstens ein Stück weit zu entgehen, zunichte machte.

Mit dem Regierungswechsel im vergangenen Jahr ist nun eine veränderte Situation eingetreten. SPD und GRÜNE haben sich in ihren Wahlprogrammen und auch konkret in ihrer Koalitionsvereinbarung eindeutig dafür ausgesprochen, Gesamtschulen wieder zu Regelschulen zu machen. Das erweitert tatsächlich den Spielraum der örtlichen Bemühungen, Gesamtschulen durchzusetzen, sofern es ihnen gelingt, dem berüchtigten „Nachweis des Elternwills“ beizubringen. Wie so etwas praktisch-politisch ablaufen kann, ist unten am Beispiel Burgdorf aufgezeigt.

Aber auch dort, wo es gegen die Störmanöver der Reaktion gelingt, den Nachweis der Notwendigkeit von Errichtung von Gesamtschulen zu führen, tun sich in der Verwirklichung solcher Absichten immer neue Probleme auf. So stände zum Beispiel in Braunschweig aufgrund der Ergebnisse einer Elternbefragung nun bereits die Einrichtung einer dritten Gesamtschule vor der Tür, und Verwaltung sowie Ratsmehrheit aus SPD und GRÜNEN agieren auch entsprechend. Doch nun fahren die Reaktionskräfte anderer Geschütz auf: der finanzielle Aufwand solle besser für die — tatsächlich seit Jahr und Tag überfällige — Sanierung anderer Schulen verwendet

werden. So hofft man auch zum Beispiel Schüler- und Elternvertreter bestehender Regelschulen gegen die Gesamtschulgründung mobilisieren zu können.

Betrachtet man diese sehr unterschiedlichen, aber allesamt sehr komplizierten örtlichen Auseinandersetzungen und dazu die richtige Forderung des GEW-Landesverbandes, bis zum Jahre 2000 in jedem der ca. 50 Kreise bzw. in den kreisfreien Städten mindestens eine Integrierte Gesamtschule einzurichten, so stellt sich die Frage, welche Forderungen an die Landespolitik zu richten sind, um günstige Bedingungen zur Durchsetzung solcher Vorstellungen zu erreichen. Ziemliche zentrale Bedeutung dürfte dabei die ersatzlose Streichung des § 13a(4) des Niedersächsischen Schulgesetzes haben, der die Möglichkeit von Neugründungen von Gesamtschulen an die Bestandsgarantie für die Regelschulen des dreigliedrigen Schulwesens koppelt. Diese Bestandsgarantie, von der Reaktion im Slogan „Es darf keine Schule unter einer neuen Gesamtschule leiden“ schlicht, aber ergreifend popularisiert, erweist sich in vielen Auseinandersetzungen als rechtlicher und politischer Hemmschuh bei der Durchsetzung von Gesamtschulgründungen.

Dazu muß die Forderung nach Abschaffung beziehungsweise Neufassung des oben erwähnten Erlasses zur „Arbeit in der IGS“ kommen; insbesondere, was die Festlegung auf Formen äußerer Differenzierung betrifft. Solange solche Schranken nicht überwunden werden können, wird es der Reaktion immer wieder gelingen, auch in den Gesamtschulen Dreigliedrigkeit und somit Ausleseprinzipien und Leitungsbegriffe in der von ihr gewünschten Intensität durchzusetzen. Auch in Fragen wie der Stundentafel und dem Fächerkanon im Wahlpflichtbereich widerspricht der Organisationserlaß Forderungen und Vorstellungen sowohl der verschiedenen Gesamtschulinitiativen als auch Be-



schlüssen von GEW, LandesschülerInnenrat u.a., die sich stattdessen zunehmend in Richtung Integration von allgemeiner und (vor-)beruflicher Bildung aussprechen.

Noch für dieses Jahr hat die Landesregierung die Beschäftigung mit der Novellierung des NSG in Aussicht gestellt, die aber voraussichtlich erst 1993 in Kraft treten soll. Die GEW hat dazu bereits im letzten Jahr erklärt, daß die erwähnte Bestandsgarantie in NSG § 13a gestrichen werden soll, was Kultusminister Wernstedt (SPD) allerdings öffentlich ablehnte. Die CDU befürchtet wohl allerdings bzw. will dem Fall vorbeugen, daß nicht alle Bereiche bzw. Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums auf diesen Kurs eingeschworen sind. So hat sie noch im Dezember eine Kleine Anfrage im Landtag eingebracht, wie die Aussage eines Ministeriumsvertreters vor dem Landeselternrat zu bewerten sei, daß „die Bestandsgarantie das dreigliedrige Schulwesen privilegiere“ und ob die Landesregierung der Auffassung sei, daß die Bestandsgarantie nur dem dreigliedrigen Schulwesen im Ganzen, nicht aber jeder einzelnen Schule gelte. Auch die übrigen reaktionären Truppen.

von der Schüler-Union bis zum Philologenverband konzentrieren sich hauptsächlich auf die Frage des Erhalts und der Verteidigung der Regelschulen, insbesondere natürlich des Gymnasiums.

Angesichts dieser Entwicklungen erscheint es nötig, über die bisher im wesentlichen von der GEW öffentlich vorgebrachten Positionen hinaus auch seitens der Vertretungsorgane der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern Forderungen in diese Auseinandersetzung einzubringen. Und örtlich muß dies in Hinblick auf die im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen in Niedersachsen auch Thema der linken Bündnisse werden.

Darüberhinaus muß sich die Forderung an die Kultusministerkonferenz wenden, die KMK-Rahmenvereinbarung zur gegenseitigen Anerkennung von Gesamtschulabschlüssen aufzuheben, denn diese greift ebenfalls mit der Forderung nach Anpassung der inneren Struktur der Gesamtschulen an das dreigliedrige Schulwesen in unzulässiger Weise sowohl in Fragen der inneren Schulorganisation als in die Bildungshoheit der Bundesländer ein. — (ank, ibm; AGB Nds.)

Kommunalpolitische Debatte:

Pro und Contra um eine Integrierte Gesamtschule Burgdorf

Im Rat der Stadt Burgdorf (Landkreis Hannover) wird Mitte März eine knappe CDU/FDP-Mehrheit voraussichtlich die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) ablehnen.

Seit Mitte 1988 arbeitet eine Initiative aus Lehrern und Eltern an dem Konzept und an der Durchsetzung dieser IGS. Sie begann damit kurz nach und bewußt gegen den Sonderparteitag der Niedersachsen-CDU, der die IGS abgelehnt hatte. Als besonderer Schwerpunkt der geplanten IGS Burgdorf ist die Verbindung von allgemeiner und handwerklich-technischer Grundbildung vorgesehen. In einer kleinen (drei- bis vierzügigen) IGS für die Klassenstufen 5 bis 10 soll in Ganztagsunterricht handwerkliche und künstlerische Bildung gleichberechtigt und in Zusammenhang mit Allgemeinbildung vermittelt werden. Alle Schüler sollen (so weit es nach geltenden Erlassen möglich ist) in Lerngruppen zusammenbleiben und nur „innen“ differenziert werden, damit Selektion und Ausgliederung der Schüler abgebaut wird. Lernentwicklungsberichte statt Noten, kein Sitzbleiben und keine Hausaufgaben sollen eine entspannte und angstfreie Lernatmosphäre schaffen.

Ist die IGS „unsozial“?

Kaum stand das Konzept, traten die örtliche CDU und ein Vertreter des Philologenverbandes auf den Plan und versuchten, die geplante IGS zu kippen. Ihr Hauptargument: das gemeinsame Unterrichten in heterogenen Lerngruppen (Sonder-, Haupt-, Realschüler und Gymnasiasten in einer Klasse) sei „unsozial“, da jeder Mensch von Natur aus unterschiedliche Begabungen und Fähigkeiten habe, die individuell gefördert werden müßten. Sogar der ehemalige CDU-Ministerpräsident Albrecht mischte sich in die Debatte: Die Vorgabe der IGS sei neben der Integration auch die differenzierte Förderung begabter Schüler gewesen, dies sei aber nie praktiziert worden. Stattdessen habe die Ideologie im Vordergrund gestanden, „die sogenannte Klassengesellschaft zu beseitigen und alles in einen Pott zu wer-

fen“. Die Junge Union sprach gar von einer „rot-grünen Kadenschmiede“, die sie sich für Burgdorf nicht wünsche; der Anteil der „DKP-Lehrer“ sei zu hoch!

Dieser Argumentation der CDU trat die Vorsitzende des Stadtelterrats auf einer Veranstaltung entgegen: Es sei unbezweifelbar, daß an der heutigen Schule etwas faul sei und Eltern mit der Aufgabe, ihre Kinder möglichst gut durch die Schule zu boxen, alleingelassen würden. „Die Eltern wollen eine optimale Förderung. Wir haben das Gefühl, daß die IGS das kann.“ Andere Eltern fanden wichtig, „daß sich die Kinder mit ihrer Schule identifizieren, Spaß am Gemeinschaftsleben entwickeln und weniger Streß und Hektik unterworfen sind.“ Die Burgdorfer SPD trat dem lediglich mit einer etwas verwässerten Stellungnahme entgegen, in der sie meinte, „daß eine Gesamtschule den Bedürfnissen von Schülern entgegenkommt ...“.

Brauchen Schüler Noten?

Ein weiteres Argument der CDU gegen die IGS: Der geplante Wegfall von Zeugnissen und Noten bis zur 9. Klasse sei wirklichkeitsfremd. Die gleichberechtigte Anerkennung der Schulabschlüsse dieser Schulform sei fraglich und die Schüler hätten im Vergleich zu den Abschlüssen der gegliederten Schulformen bei der Ausbildungsplatzsuche keine Chancengleichheit. Die „Fachleistung“ bleibe zurück, so der Gymnasiumsleiter Burgdorfs. Andere CDUler waren mit dieser Haltung nicht ganz einverstanden: eine IGS sei u.U. zumindest für schwächere Schüler ganz gut, da sie sie im handwerklichen Bereich fördere; zudem werde so die schlecht belegte Berufsschule besser ausgenutzt. Damit unterscheiden sich die Argumente nicht sehr von der SPD, die im Schulausschuß insbesondere für Hauptschüler bessere Chancen durch eine IGS erhoffte.

Das Konzept für die geplante IGS legt ausführlich dar, wie die Leistungsbewertung aussehen soll. Leistungsbewertung soll primär als Hilfe im Lernprozeß und nicht als Leistungsmaßstab dienen.



Eine Schule für alle Kinder: hier eine Aktion der Gesamtschule Hagen-Haspe gegen Ausländerfeindlichkeit.



Entscheidend soll nicht das Faktenwissen, sondern der Lösungsweg für beispielhafte Problemstellungen sein. Trotzdem enthält das Konzept auch die Aussage, daß die IGS „selbstverständlich“ auch die Leistung fördert und fördert und Aussagen über erbrachte Leistungen in Form von Lernentwicklungsberichten, ab Klasse 9 auch in Noten macht.

IGS bedroht andere Schulen?

Die Schulleiter der weiterführenden Schulen in Burgdorf und Umgebung (außer der Berufsbildenden Schulen) wehrten sich gegen die IGS auch mit der Behauptung, diese bedrohe die Existenz der bestehenden Schulen, zumindest müßten sie dann ihr Angebot zu sehr einschränken. Ein geradezu lächerliches Argument, da die Stadt Burgdorf unabhängig von allen Initiativen und ungeachtet der kommenden geburtenstarken Jahrgänge mit Feuerreifer Schulen zusammenlegt: die Zusammenlegungen zweier Haupt- und zweier Grundschulen werden gegen den erklärten Eltern- und Lehrerwillen durchgesetzt; die beiden Realschulen stehen jetzt zur Debatte! Fast ängstlich will die IGS-Initiative diesem Argument schon von vornherein den Wind aus den Segeln nehmen: sie wolle keine bestehende Schule bedrohen, sie sei lediglich eine Angebotsschule, was der Konkurrenz und der Belebung der Schullandschaft diene. Auf dieses Angebot lassen sich Politiker und Eltern aller Couleur auch ein: Man sei für dieses zusätzliche Angebot für diejenigen, die es nun mal eben wollen! „Der“ sog. Elternwille wird von allen hochgehalten.

Ganztagsunterricht

Wegen des Ganztagsunterrichts brauche man laut CDU keine IGS, denn eine Ganztagsbetreuung sei auch an den bestehenden Schulen bei Bedarf möglich. Das sei sowieso nur für „ganz bestimmte Kinder“, beispielsweise die von alleinerziehenden Eltern, notwendig. „Als Christ“ bedauere man dabei, daß damit das Recht, die Kinder selbst zu ziehen, eingeschränkt wird.

Gegen dieses Argument tritt die SPD noch am entschiedensten auf: sie hält die IGS für „wesentlich familienfreundlicher. Welche Mutter kann nicht ein Lied auf mit Nachhilfe ausgefüllte Nachmittage singen? Es muß nicht ein Traum sein, daß Kinder von der Schule kommen und dann die Freizeit beginnt.“ Damit zeigt sie wenigstens annähernd die tatsächlichen Verhältnisse, daß nämlich die Kinder, deren Eltern sich intensiv um die Hausaufgaben kümmern und eventuell Nachhilfe bezahlen können, meistens weniger Schulprobleme haben, während die anderen auf der Strecke bleiben! Gerade dieser gesellschaftliche Unterschied könnte durch eine IGS etwas ausgeglichen werden.

Verwaltung verzögert!

Angesichts der CDU/FDP-Mehrheit im Burgdorfer Rat (20:17) setzte die Verwaltung auf Verzögerungstaktik: Sie hielt zwar ebenfalls den „Elternwillen“ hoch und führte auch den Auftrag des Schulausschusses, eine Elternbefragung durch, doch brauchte sie trotz erheblicher Kritik von SPD, Grünen und der Initiative ein volles halbes Jahr vom Auftrag bis zur Durchführung! Auch eine

Anhörung der Schulleiter vor dem Schulausschuß benötigte wegen diverser anderer Termine des Stadtdirektors Monate! Während die Schulzusammenlegungen recht flott passierten, hoffte der Stadtdirektor in punkto IGS ausdrücklich auf die schnellere Entscheidung anderer Städte in erreichbarer Nähe. So wurde praktischerweise in der Elternbefragung auch gleich die Frage mit aufgenommen, ob man sein Kind eventuell auch auf eine Gesamtschule in der neun km entfernten Nachbarstadt Lehrte schicken würde. Ein weiteres geplantes Verwirr-Manöver der CDU, gleichzeitig mit der Elternbefragung zur IGS auch die Frage zu stellen, ob Eltern auch eine Ganztagsbetreuung im dreigliedrigen Schulsystem wollen, konnte gerade noch verhindert werden.

Das Ergebnis der Elternbefragung war knapp: der Elternwille ist also offensichtlich nicht einheitlich: Bei einem Rücklauf von etwa 50% waren die Eltern von 214 Kindern für eine IGS, das sind etwa 70 Kinder pro Jahrgang! Die Eltern von 235 Kindern sprachen sich für die gegliederten Schulformen aus. Damit ist die Stadt nicht verpflichtet, eine IGS einzurichten, dazu wären etwa 100 Kinder pro Jahrgang notwendig gewesen. Andererseits haben sich mindestens ein Viertel jeden Jahrgangs für eine IGS ausgesprochen, so daß die Stadt einen Ratsbeschluß darüber herbeiführen könnte, der aber mit großer Wahrscheinlichkeit an den Mehrheitsverhältnissen scheitern wird.

Quelle: Anzeiger für Burgdorf und Lehrte versch. Artikel von März 1990 bis Februar 1991; Konzept der IGS-Initiative Burgdorf. — (ibm)

BAW läßt § 129a fallen

OLG-Urteil folgt dem BAW-Plädoyer nahezu in allen Punkten

Karlsruhe. Im März letzten Jahres werden drei Leute nach einem Einbruch in ein Bürgermeisteramt in Untergrombach von der dort befindlichen Polizeistation festgenommen. Die Bundesanwaltschaft, die die Ermittlungen sofort anzieht, stellt Haftbefehl und ermittelt gegen § 129a. Die Presse organisiert nach den ersten Verlautbarungen der BAW eine Kampagne „Anschlag auf Rebmann geplant?“ („Badische Neueste Nachrichten“). „Festnahmen im RAF-Umfeld. Spekulationen über einen geplanten Anschlag auf Rebmann“ („Süddeutsche Zeitung“). „RAF-Terror. Alarmstufe 2 für Politiker. Haftbefehl gegen Arzt und Sanitäter“ („Bild“). Den Haftbefehl und die Ermittlungen wegen § 129a begründet die BAW damit, der Einbruch sei „im Auftrag der RAF“ ausgeführt worden. Beweise für den „Auftrag der RAF“ konstruiert die BAW aus der Teilnahme an Veranstaltungen und Demonstrationen sowie aus Zeitungsartikeln. Broschüren und Flugblättern, die sich mit der Situation der politischen Gefangenen auseinandersetzen und bei den Verhafteten beschlagnahmt werden. Die drei Leute sind im Gesundheitswesen beschäftigt und befassen sich seit Jahren auch aus beruflichen Gründen mit Katastrophenmedizin. Sie hoffen, im Bürgermeisteramt Untergrombach Unterlagen über staatliche Einsatzpläne für atomare Katastrophen in der Region zu finden und der Öffentlichkeit zugänglich machen zu können.

Der 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart läßt die juristisch recht dürftige Anklage auch prompt zu. Am 6. Februar 1991, nach fünf Verhandlungstagen, wird das Urteil in Stammheim gegen die drei Angeklagten gesprochen: sie werden zu Freiheitsstrafen von zweimal zwanzig Monaten und einmal achtzehn Monaten, ausgesetzt auf drei Jahre zur Bewährung, verurteilt wegen schweren Diebstahls und versuchten Einbruchdiebstahls. Die § 129a-Anklage hatte sich bereits im Prozeß als haltlos erwiesen, die BAW zog sie auf Antrag des Gerichts zurück.

Im folgenden dokumentieren wir aus der Bewertung des Urteils durch die Angeklagten sowie aus den Prozeßberichterstattungen, in denen sie die Gründe für den Einbruch dargelegt hatten. — (m., map)

„Der BAW ist es nicht gelungen, eine Verurteilung nach § 129a zu erreichen. Natürlich sind wir darüber persönlich sehr erleichtert. Letzten Endes wichtiger aber und für die Bedingungen hier ausschlaggebend ist es, daß die BAW sich politisch durchsetzen konnte. In seiner Urteilsbegründung folgte das Gericht nahezu in allen Punkten dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft, bis hin zur Übernahme ganzer Formulierungen. Es erklärte, daß ein über einem bestimmten

Maß liegendes Quantum an linkem Schriftgut, wie es bei uns beschlagnahmt wurde, auf eine „geistige Nähe“ zu extremistischen Gruppen schließen lasse. Eine solche hätten wir mit logistischem Material unterstützen wollen. Ob es sich hierbei um die RAF, die RZ oder gar eine eigene Vereinigung handele, habe nicht geklärt werden können.“

„Katastrophenschutz gehört zum Polizeirecht. Im Gesetzestext des Landeskatastrophenschutzgesetzes steht dementsprechend einiges zur Kompetenz der Polizei. Etwa unter § 19: „Die Ortspolizeibehörden der betroffenen Gemeinden werden an der Wahrnehmung der Einsatzaufgaben der Katastrophenschutzbehörde beteiligt.“ Und weiter unter § 24: „Der Polizeivollzugsdienst nimmt die Aufgaben der Katastrophenschutzbehörde wahr, wenn und solange ein rechtzeitiges Tätigwerden der zuständigen Katastrophenschutzbehörde nicht erreichbar ist und trifft die notwendigen vorläufigen Maßnahmen.“

Diese Richtlinien des Landeskatastrophenschutzgesetzes sind verbindlich für die sogenannten besonderen Katastrophenschutzpläne. Besondere Katastrophenschutzpläne beziehen sich konkret auf den jeweiligen Kernreaktor und sind zu erstellen für alle Gemeinden im Umkreis von 25 km um kerntechnische Anlagen. Die Grenze der festgelegten Außenzone ...

Wir wollten unsere Vermutung helegen hinsichtlich der Existenz von Plänen, polizeilichen Dienstanweisungen, die außerhalb der offiziellen Katastrophenschutzpläne existieren und staatlichen Gewalteinsatz dokumentieren. Durch deren Entwertung, Auswertung und anschließende Veröffentlichung wollten wir dazu beitragen, den Widerstand gegen diese Politik zu verstärken und weiteren politischen Druck zur Abschaffung atomarer Anlagen zu machen ...

Die Gemeinde Untergrombach liegt sowohl im ausgewiesenen Evakuierungsgebiet des Kernkraftwerkes Philippsburg als auch des Kernforschungszentrums Karlsruhe, hier in Hauptwindrichtung. Die Gefährdung durch die Karlsruher Anlagen ist sehr viel größer als durch einen „gewöhnlichen“ Reaktor, stehen doch in Karlsruhe der einzige Schnelle Brüter, die einzige Wiederaufbereitungsanlage sowie praktisch das einzige Atomkraftwerk der Bundesrepublik. Und daß die Ortspolizeibehörde der betroffenen Gemeinden, die ja an der Wahrnehmung der Einsatzaufgaben beteiligt ist, über die entsprechenden Unterlagen schon vor einem Katastrophenfall verfügt, erschien uns zwingend ...

Quellen: Bad. N. Nachrichten, 17.3.90 u. 7.2.91; Südd. Ztg., 19.3.90; Bild, 22.3.90; Kommunale Berichte Karlsruhe, 5.4.90, 7.1.91

Grüne fordern Bleiberecht für Kurden

Karlsruhe. Die Grünen haben im Landtag Baden-Württemberg einen Antrag auf Bleiberecht für kurdische Flüchtlinge gestellt. Die Landesregierung wird aufgefordert, „daß Kurden nicht von Ausweisung und Abschiebung, insbesondere nicht in den Irak und die Türkei bedroht sind“, „daß die im Zusammenhang mit dem Golfkrieg nach Baden-Württemberg geflüchteten Kurden den Status von Kontingentflüchtlingen erhalten“, „daß ... Kurden auf Antrag auch dann als Staatenlose anerkannt werden, wenn ein Staat aufgrund seines Rechts sie als Staatsangehörige ansieht“. Der Antrag wird u.a. mit der Bombardierung Kurdistans im irakischen und türkischen Grenzgebiet seit Beginn des Golfkrieges und der Suspendierung der Menschenrechte in den kurdischen Provinzen der Türkei begründet. Quelle: Antrag vom 21.2. — (rub)

Gorleben: Baustelle der Konditionierungsanlage besetzt

Gorleben. Am 6.2.91, dem ersten Jahrestag der Hüttendorfräumung in Gorleben, besetzten ca. 22 Anti-AKW-Aktivistinnen die Baustelle der Pilotkonditionierungsanlage bei Gorleben. Die Besetzer kamen durch den Wald und überwanderten mit Leitern den Bauzaun. Es kam zu vielfältigen Aktionen auf dem Gelände. So wurde ein Transparent „Tschernobyl ist überall“ auf dem Baukran befestigt und ein weiteres Transparent „Tschüß!-PKA zwischen den Betonsilos gespannt. Die Polizei und der BGS waren durch die Besetzung total überfordert. Derzeit wurde von einigen Aktivistinnen der Baukran besetzt. Nach drei Stunden wurde das Gelände von der Polizei geräumt. Dies verlief friedlich. Alle Beteiligten wurden zur Polizeikaserne Lüchow gebracht. Dort wurden ihre Personalien festgestellt. Zu einer „förmlichen“ Verhaftung kam es allerdings nicht. Nach 2 Stunden Freiheitsberaubung wurden die Besetzer freigelassen. — (M)

Proteste gegen Bundeswehr in Kurdistan

Bielefeld. Eine vom Antikriegsbündnis organisierte Demonstration am 14.2. unter den Forderungen: *Rückzug der Bundeswehr aus Kurdistan! Stoppt die deutsche Kriegsbeteiligung jetzt!* hatte 1000 Teilnehmer. Die Bezirksdelegiertenkonferenz der Bielefelder Schülervertreter vom 16.2. forderte in einer Resolution gegen den Golfkrieg den Abzug der Bundeswehreinheiten. Dies verlangt auch der Vertrauensleutkörper der IG Leder bei den Möller-Werken (1600 Besch.) in einem Brief an die Bundesregierung. Das Kurdistan-Zentrum und das Autonome und Antimperialistische Anti-Kriegsplenum machen am 2.3. eine Veranstaltung: „Was macht die BRD in Kurdistan?“ — (stb)

Antifaschistische Widerstandskämpfer gegen den Krieg am Golf

Köln. Jetzt haben sich mehr als 80 Frauen und Männer, die aktiv am Widerstandskampf gegen die Nazi-Diktatur teilgenommen haben und fast alle in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager gesperrt wurden, mit einer Erklärung zum Golgkrieg zu Wort gemeldet:

„Der Krieg am Golf wird immer brutaler und unmenschlicher ... Der Krieg am Golf sei notwendig, um den Diktator Saddam Hussein zu stoppen und Schlimmeres zu verhüten. Das sei die Lehre aus dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition über das faschistische Deutschland — so versuchen die Befürworter und Unterstützer den Krieg zu rechtfertigen. Wir Antifaschistinnen und Antifaschisten weisen diese Rechtfertigung als verlogen und heuchlerisch zurück ... Ausgehend von unseren Erfahrungen und Erkenntnissen erklären wir: ... Heuchlerisch und verlogen ist das Argument, wir Deutschen müßten als Dank für die Befreiung von Hitler jetzt die USA in ihrem Krieg am Golf unterstützen. Es geht in diesem Krieg nicht um die Befreiung Kuweits oder die Wiederherstellung der Demokratie. Das Feudalregime Kuweits ist ebensowenig demokratisch legitimiert wie das des USA-Verbündeten Saudi-Arabien oder das von Saddam Hussein im Irak. Es geht allein um die Verfügungsgewalt über den Rohstoff Erdöl. Wenn ein Bezug zu Hitler hergestellt wird, dann muß daran erinnert werden, daß auch die Nazis Krieg um Rohstoffe geführt haben, um Kohle und Eisenerz in Frankreich, um die Kornkammern der Ukraine und das Erdöl von Baku.“

Der vollständige Text ist dokumentiert in den „Antifaschistischen Nachrichten“ Nr. 5/91



Mannheim. Bei der Samstags-Aktion gegen den Krieg am Golf fanden sich am 15.2. über 500 Moslems ein, um gegen die Diskriminierung der Anhänger des Islam zu demonstrieren. Auf Transparenten und Flugblättern traten sie für eine gerechte arabische Lösung der Konflikte im Nahen Osten ein und stellten heraus, daß der „Heilige Krieg“ eine Erfindung kolonisierender christlicher Mächte sei. — (tht)

Haushaltsberatungen in Freiburg

Anträge der Linken Liste/Friedensliste

Freiburg. Die zweite Lesung des städtischen Haushalts ist abgeschlossen. Um jede Mark, die für soziale Aufgaben mehr ausgegeben werden sollte, wurde — meist ergebnislos — gefeilscht. Die Millionenbeträge für offene oder verdeckte Wirtschaftsförderung gingen geräuschlos über die Bühne. Die Stadträtin der Linken Liste/Friedensliste, Inge

Streichung von 41 000 DM für Abschiebungen von Ausländern

Es geht uns hier um eine politische Demonstration der Stadt gegen die Abschiebungsanordnungen ... Ein dafür vorgesehener Titel im Haushalt zeigt die Bereitschaft der Stadt, solchen Anordnungen nachzukommen. Wir sind dagegen der Auffassung, daß die Stadt sich gegen jede Abschiebung von Asylbewerbern aussprechen, ihren Ermessensspielraum nutzen und gegen entsprechende Weisungen protestieren sollte.

Kürzung der Verfügungsmittel des OB um 20 000 DM (für die Patenschaft mit einem Marineversorger eingestellt)

Laut Rechtsgutachten des städtischen Rechtsamts vom 21.1.91 ist es offen, ob die Patenschaft überhaupt zum kommunalen Aufgabenbereich i.S. der Gemeindeordnung gehört. Sie wurde zu dem durch die Verwaltung und nicht durch Beschluß des Gemeinderats gebildet. Gerade in der gegenwärtigen Situation sollte die Stadt Patenschaften mit Friedensgruppen und nicht mit einem Kriegsschiff pflegen.

Streichung des 150 000-DM-Zuschusses an das Zeit-Musik-Festival

Die Entwicklung des ZMF zur repräsentativen, kommerziell ausgerichteten und wirtschaftlich wenig seriösen Großveranstaltung hat sich weit von seinem ursprünglichen Selbstverständnis entfernt, nämlich der freien, experimentellen Musikszene ein Forum zu verschaffen.

Aufnahme eines Zuschusses von 30 000 DM an Radio Dreyeckland

Die Unterstützung eines unabhängigen, nichtkommerziellen Radios, das zudem ein örtliches Projekt darstellt im Gegensatz zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk, halten wir für einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Förderung auf kommunaler Ebene. Die Stadt sollte gerade gegen die Politik der Landesregierung, die einseitig auf die Förderung privater kommerzieller Sender setzt, diesen einzigen freien Lokalfunk unterstützen.

Erhöhung der Personalausgaben für das Wohnungsamt um 60 000 DM

Dieser Betrag ist erforderlich zur Schaffung einer zusätzlichen Stelle, die dafür eingerichtet werden soll, daß das Amt

personell in die Lage kommt, seinem gesetzlichen Auftrag, der Verfolgung und Ahndung von Mietpreisüberhöhungen gemäß Wirtschaftsstrafgesetz nachzukommen. Die Stelle ist haushaltsneutral zu schaffen (siehe nächster Antrag).

200 000 DM zusätzlich zu veranschlagende Mehreinnahmen bei Bußgeldern In Folge verstärkt verhängter Bußgelder wegen Mietpreisüberhöhung durch die neu zu schaffende Stelle im Wohnungsamt sind Mehreinnahmen mindestens in dieser Höhe zu erwarten, wenn die Stadt auch nur annähernd den Spielraum bei der Höhe der Bußgelder (im Einzelfall bis zu 50 000 DM) ausnützt.

Anhebung der Verlustabdeckung bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft um 3,3 Mio. DM

Der Betrag entspricht den zu erwartenden Einnahmen aus der von der Stadt auf Grundlage bundesgesetzlicher Regelung zu erhebenden Fehlbelegungsabgabe. Er soll dazu dienen, die Finanzausstattung der Siedlungsgesellschaft zu verbessern und so die geplanten Mieterhöhungen vermeiden.

FDJ-Verbot nicht mehr anwendbar

Münchner Amtsgericht: „FDJ ist in der BRD eingebürgert“

München. Am 13.2.1991 stand in München die Setzerin Martina Holzinger, Mitarbeiterin der Kämpfenden Jugend, vor Gericht. Sie hatte bei einer Aktion gegen den ersten Staatsvertrag im Juni vergangenen Jahres auf dem Münchner Marienplatz ein Hemd der Freien Deutschen Jugend getragen. Über eine Stunde stand sie dort, ohne daß jemand Anstoß daran nahm. Doch in buchstäblich letzter Minute, als sie gerade gehen wollte, bekam sie es doch noch mit der Polizei zu tun. „Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen — § 86 StGB“ sei ihr Vergehen, und wenige Monate später flatterte ein Strafbefehl in Höhe von 60 Tagessätzen á 40 DM ins Haus. Martina legte Widerspruch ein.

Die Freie Deutsche Jugend wurde vor über 40 Jahren hier in Westdeutschland verboten, als auf Biegen und Brechen die Wiederaufrüstung der BRD betrieben wurde. Die FDJ hatte mit aller Kraft die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung unterstützt. Weil sie nicht in fremde Länder marschieren wollte, marschierte sie von Wohnung zu Wohnung, um so den Willen des Volkes einzuholen. Die Volksbefragung wurde von Adenauer verboten, die FDJ kümmerte sich nicht darum, kurz darauf wurde sie ebenso verboten.

In ihrer Einlassung wies Martina auf

diese Rolle der FDJ nach dem Kriege hin und schilderte auch andere Aktionen wie zum Beispiel den Einsatz zur Rettung Helgolands, das den britischen Militärs als Bombenabwurfziel verkauft worden war. Dem stellte sie gegenüber, wie heute die Jugend als Bundeswehrsoldaten nicht nur in der Türkei eingesetzt werden soll und wie gut uns dagegen heute eine so schlagkräftige Organisation wie die FDJ tun würde. Sie legte klar, daß das Verbot dieser Organisation, seit jeder gegen die Interessen des Volkes, jetzt aber, nach erfolgter Einverleibung der DDR, auch noch der eigenen rechtlichen Grundlage beraubt ist: wurde doch das Verbot unter anderem damit begründet, daß die FDJ in Westdeutschland eine „Tarnorganisation der FDJ in der DDR“ sei.

„Die Freie Deutsche Jugend hat sich in der gesamten BRD eingebürgert, sie ist eine zugelassene Partei, das öffentliche Zeigen des Abzeichens kann nicht wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) verfolgt werden“ so lautete schließlich auch das Urteil des Amtsrichters. Verurteilt wurde aber Martina wegen des sog. Uniformverbots. Soweit Verurteilung erfolgt ist, haben Martina und ihre Rechtsanwältin Gabriele Heinicke die Einlegung von Rechtsmitteln angekündigt. — (Kämpfende Jugend)

10 000 bei ÖTV-Kundgebung

Beschäftigte im Sozial-/Erziehungsdienst sind unzufrieden

Stuttgart. Rund 10 000 Beschäftigte konnte die ÖTV für ihre Kundgebung am 23. Februar in Stuttgart aus Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mobilisieren. Ein Abschluß der Eingruppierungsverhandlungen steht bevor. In den Reden forderten die Beschäftigten eine Höhergruppierung von mindestens zwei BAT-Stufen für alle Berufsgruppen. Der baden-württembergische ÖTV-Vorsitzende Arndt legte sich da nicht so genau fest, er setzte den Schwerpunkt in seiner Rede auf den drohenden „Erziehungsnotstand“.

Im Vorfeld der Kundgebung gab es Auseinandersetzung um die Inhalte der Reden. Es sollte nicht gegen den Krieg Stellung genommen werden, auch nicht gegen das Auflasten der Kriegskosten auf die Bevölkerung, insbesondere auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Form von „Sonderopfern“. Die Bezirksleitung wollte aus „Verhandlungstaktik“ dieses Thema meiden und beließ es denn auch dabei, auf die darauffolgende Friedenskundgebung zu verweisen. Allerdings ließen es sich die Rednerinnen nicht nehmen, dies doch zum Thema zu machen.

Zumindest in Baden-Württemberg und Hessen gibt es starke Kritik an ÖTV-Bezirksleitung und Tarifkommission. In einem Frankfurter Flugblatt wird kritisiert, daß schon weit ab von

den ursprünglichen Forderungen verhandelt wird. Höhere Eingruppierung, aber auch Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen wurden damals gefordert. Nun soll in den Kreisen nach einer „Schmerzgrenze“ gesucht werden, was noch hinnehmbar sei. Diese „Schmerzgrenze“ liegt wohl bei Teilen der Tarifkommission unter zwei BAT-Gruppen. Außerdem wurde bemängelt, daß von der ÖTV zu wenig Aktionen organisiert werden. Insbesondere zu Beginn der 4. Verhandlungsrunde am 25. 2. wurde in einigen Bezirken versucht, auf Aktionen am Verhandlungsort in Stuttgart in Form von Warnstreiks zu mobilisieren. Dies wurde in den Kreisen von verantwortlichen Funktionären verhindert. Mannheimer Beschäftigte forderten deshalb zu Verhandlungsbeginn nochmals die Tarifkommission auf, wenigstens Warnstreiks zu ermöglichen.

Allerdings vertritt die ÖTV neuerdings die Rechtsauffassung, daß die Anlage Ia zum BAT, unter die die Beschäftigten fallen, nicht teilkündigend werden kann, so daß nur der Sozial- und Erziehungsdienst verhandelt werden kann. Eine Kündigung der gesamten Anlage sei auch nicht möglich, da sonst der Standard anderer Angestellter, die auch unter die Anlage fallen, bedroht sei. Im Herbst wurde noch öffentlich von Streik gesprochen. — (unb)

Sechs Betroffene des Radikalenerlasses eingestellt

Hannover. Eine Lehrerin aus Jever und ein Lehrer aus Oldenburg, sowie vier Lehrer, die in ihrer Probezeit entlassen bzw. gar nicht erst eingestellt wurden, weil sie unter der CDU/FDP-Landesregierung wegen Mitgliedschaft in der DKP oder anderen linken Parteien unter den Radikalenerlaß fielen, sind seit dem 1. 2. 91 wieder im niedersächsischen Schuldienst. Von den III Lehrern, die von dem Radikalenerlaß betroffen waren, haben sich bisher 47 zur Wiedereinstellung gemeldet. Die Wiedereinstellung beruht auf dem Gnadenweis des Kultusministers. Eine Entschädigung für die Suspendierung erhalten die Lehrer nicht, mit der Begründung, die damals ergangenen Urteile seien zwar politisch fragwürdig gewesen, aber von Unrechtsurteilen könne keine Rede sein. — (bee)

Tarifabschluß im Ruhrbergbau: Insgesamt etwa 5,2 Prozent

Essen. Die Tarifverhandlungen für die 108 000 Beschäftigten des Ruhrbergbaus sind abgeschlossen. 4,9 % mehr Lohn und Gehalt, eine Erhöhung der Jahresabschlußvergütung um einheitlich 150 DM und eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 DM, so lautet das Ergebnis. Der Abschluß kann zwar die Verteuerung der Lebenshaltung kaum ausgleichen, erst recht nicht die gestiegene Arbeitsleistung. Entsprechend sieht die bürgerliche Presse in seinem „Maß“ ein Vorbild für den öffentlichen Dienst und die Metall-Industrie. Mit einem Volumen von 5,2 % ist der Abschluß jedoch das höchste Bergbausergebnis seit Jahren. Gefordert hatte die IG Bergbau 8 %. — (wof)

AOK Berlin: „Bettenüberhang“ vor allem in Ostkrankenhäusern

Karlsruhe/Westberlin. Eine Kommission der Berliner Krankenkassen (Föderführung: AOK) hat am 22. Januar 1991 ein Papier erstellt, in dem sie bis 1996 den Abbau von 6 705 Betten allein in den Akutkrankenhäusern (d.h. ohne Psychiatrie) fordert — über 20 % der jetzigen Betten. Davon fast die Hälfte in Ostberlin, denn: „Die Bettendichte je 1 000 Einwohner zum 30. 6. 1990 liegt im Ostteil der Stadt im Akutbereich ... um ca. 25 % ... höher als im Westteil der Stadt.“ Bereits in die vorläufige Förderliste der Krankenhäuser (lt. Einigungsvertrag) waren 9,8 % der Ostberliner Betten nicht aufgenommen worden. Die weiteren Kürzungsforderungen beruhen auf einer Rechnung, in der die im Westen übliche Einteilung in Akut- und chronische Betten schematisch auf den Ostteil übertragen wird. Dadurch wurden fast alle Ostbetten zur Akutversorgung gerechnet (99 %), im Westen nur 75 %. Daraus ergab sich, welche Über- und Unterdeckung der Osten ist im Akutbereich „überversorgt“, der Westen bei den Einrichtungen für chronisch Kranke. Damit kam man auf 2 890 zu kürzende Betten — zu wenig. Also zog man Planzahlen aus Baden-Württemberg und Hamburg hinzu und übertrug sie mechanisch auf Gesamtberlin — ohne Berücksichtigung der völlig anderen Altersstruktur Westberlins und der unterschiedlichen Gesundheitsbelastungen (1988 lag die Zahl der Krankenhaustage je 100 AOK-Mitglieder in Westberlin um 32 % über den Hamburger Werten und sogar um 81 % über denen der AOK Württemberg-Baden). So erhält man als Resultat einer Rechnung, was ihr Ausgangszweck ist. — (wjw)

VVN protestiert gegen Urteil des Bundessozialgerichtes

Stuttgart. Der Bundessprecher der VVN-BdA für Wiedergutmachung und Sozialpolitik, Alfred Hauser, hat sich in einer Presseerklärung gegen ein Urteil gewandt, wonach Frauen, die während des Faschismus emigrieren mußten und im Ausland Kinder geboren haben, keinen Anspruch auf Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung haben: „Diese Entscheidung ... ist ein Hohn auf die staatliche Verpflichtung zur Wiedergutmachung von nationalsozialistischem Unrecht. Wenn das Bundessozialgericht außer Stande ist, der Notsituation, in die Frauen durch staatlichen Terror gelangt sind, Rechnung zu tragen, dann muß der Gesetzgeber handeln. Wir fordern daher die Bundestagesparteien und die Bundesregierung auf, vorhandene gesetzliche Lücken in dem Kindererziehungsleistungsgesetz zu schließen.“ — (evc)

Vorzeitige Tarifierhöhung bei C. Freudenberg gefordert

Weinheim. Die Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft Leder OV Weinheim forderte von der Firma Freudenberg eine vorfristige Erhöhung der Tarife. „Eine ‚Abgeltung‘ ... durch eine nicht auf den Tarif wirkende Einmalzahlung kann für uns keinesfalls in Frage kommen. Vielmehr müssen die Tarife vorzeitig angehoben werden ... Insbesondere für die niedrigen Lohn- und Gehaltsstufen muß (zum Beispiel durch eine gekoppelte Sockel-/Prozent-Forderung) wegen der gerade in diesem Bereich erlittenen Reallohnsenkungen eine überproportionale Einkommenssteigerung vereinbart werden.“ CF hat angekündigt, sie wolle „Solidarität“: Für „gemeinsam zu beaufsichtigende Projekte in den neuen Bundesländern“ solle ein „Teil der Tarifierhöhungen ... abgesondert“ werden. Am 26. 2. und 6. 3. sollen erste Verhandlungen sein. Eine konkrete Forderung aufzustellen wurde bislang durch Hauptvorstandsvertreter abgelehnt. — (bef)

Warnstreik bei der Stadt für Erschwerniszulage

Garbsen/Hannover. Rund 60 Beschäftigte der Stadt Garbsen haben am 5. 2. einen zweistündigen Warnstreik durchgeführt, um die gleichen Erschwerniszulagen wie in anderen Kommunen des Landkreises durchzusetzen. Es geht dabei für die Bauhofarbeiter um 165 DM, in der Stadtentwässerung um 238 DM und für Reinigungskräfte um 30 bzw. 50 DM. Die ÖTV-Kreisverwaltung hatte bisher dreimal erfolglos verhandelt: Der Stadtdirektor verweigert die Übernahme der Tarifvereinbarung u. a. mit der Begründung, daß ein Drittel der Arbeiter im Bauhof zu hoch eingruppiert sei. Der Verwaltungsausschuß hat sich jedoch für weitere Verhandlungen ausgesprochen. — (chs)

Gildemeister auf Jagd nach Marktanteilen

Max-Müller soll saniert werden — „Am Weltmarkt orientiert“

Hannover. Die Stimmen aus der Branche sind weithin optimistisch. Von 1988-1990 hat der westdeutsche Maschinenbau das Produktionsvolumen um 20 % gesteigert. Berücksichtigt man den Marktanteil von 40 %, den die westdeut-

schen Maschinenbaukapitalisten derzeit am osteuropäischen Markt halten, dürfte klar werden, daß die geäußerten Hoffnungen nur durch weitere Zerstörung der dortigen Produktionsstrukturen umgesetzt werden können.

Die westdeutsche Werkzeugmaschinenbranche war mit einem Weltmarktanteil von 22,9 % (62 % der eigenen Produktion) der größte Exporteur. In der Branche hält der Gildemeisterkonzern 16 % des Gesamtmarktanteils in der BRD. Als wesentliches Plus für die kommenden Konkurrenzschlachten schätzt die Konzernleitung die innere Struktur der Produktionsstätten sowie die Produktgestaltung ein. Abgesprochen wird dieses Plus jedoch dem hannoverschen Standort Max-Müller. Die Kritik der Konzernführung reicht von „Führungsschwäche“, „falsche Produktorientierung“ über „fehlende Organisationsmittel“ (EDV-Systeme) bis, „die machen ihre Arbeit nicht ordentlich“. Erste angekündigte Maßnahme war die geplante Reduzierung der Belegschaft von 457 auf 362. Im Rahmen der Sanierung soll vor allem die mechanische Fertigung stark reduziert werden, in der bisher circa ein Drittel der gewerblichen Beschäftigten arbeiten. Parallel zu Entlassungen sollen weitestgehend die manuellen Maschinen verschwinden und die CNC-Maschinen stärker ausgelastet werden — einschließlich Samstararbeit.

Die Konstruktionsbereiche sollen reduziert und zusammengefaßt werden. Neben der Ablehnung der geplanten Entlassungen ist die betriebliche Interessenvertretung vor allem bemüht, auf die weitreichenden Betriebsänderungen Einfluß zu gewinnen, um Arbeitsorganisation und Arbeitsinhalte zu beeinflussen. Die Verhandlung um einen Interessenausgleich erklärte die Geschäftsführung für gescheitert. In dem folgenden Einigungsstellenverfahren konnte der Betriebsrat keine Beschäftigteninteressen in dem Interessenausgleich unterbringen. Den von der Einigungsstelle verabschiedeten Sozialplan will die Geschäftsleitung nicht anwenden. Schon in der Verhandlungsphase hat die Personalabteilung begonnen, mit zuerst vor allem älteren Beschäftigten Aufhebungsverträge abzuschließen. Die derzeit etwa zwanzig zeitbefristet Beschäftigten sollen auf keinen Fall übernommen werden. Im zweiten Schub von Aufhebungsverträgen will man sich der Beschäftigten entledigen, die in Zukunft „nicht gebraucht“ werden. Gerade in der hierbei geübten Praxis wird deutlich mit Sentimentalitäten aus der Vergan-

genheit des „Familienbetriebs“ Max-Müller aufgeräumt. Lange Betriebszugehörigkeit schützt vor gar nichts mehr. Eine deutliche Entpersonalisierung ist festzustellen. Somit werden mit Geld und unter Umgehung des Sozialplanes Fakten geschaffen. Fakten bezüglich der Beschäftigtenzahl und der Struktur des Betriebes. Zum Beispiel wird die mechanische Fertigung stark reduziert ohne daß die geplante Arbeitszeitveränderung verhandelt wurde, ohne daß die geplante Einführung eines PPS-Systems konkrete Gestalt angenommen hat und ohne daß die Vorstellungen des Betriebsrates bezüglich einer anderen Arbeitsorganisation überhaupt erörtert wurden. Was im Rahmen dieser „Sanierung“ von den Beschäftigten erwartet wird, macht die Aussage des eingeflogenen Vorstandsmitgliedes auf die Anforderung von Betriebsräten, daß Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Veränderungen gerade auch für ältere Beschäftigte notwendig sind, deutlich: Versuche niemals, einem alten Esel neue Tricks beizubringen.

Quellen: div. Ausgaben des Handelsblattes, Geschäftsbericht Gildemeister AG 1989. — (rog)

„Werftneuordnung“

Zwei Drittel weg — Rosinen für die Konzerne

Hamburg. Am 22. Februar teilte die Treuhandanstalt mit, daß sie von der „gründlichen Analyse“ der wirtschaftlichen Situation und vom Unternehmenskonzept der DMS Kenntnis genommen habe. „Entscheidungen hierüber stehen an. Es bestand Einigkeit darüber, daß diese unverzüglich vorzubereiten sind. Aufsichtsrat und Vorstand der DMS könne sich diese Entscheidung nur im Rahmen einer solidarischen Aktion des Bundes, der fünf Küstenländer unter Führung des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowie der Treuhandanstalt stellen.“ (Hamburger Abendblatt, 23. 2.)

Damit nähert sich der Prozeß der Entzweiung und Zerschlagung des ehemaligen VEB Kombinat Schiffbau der DDR seinem vorläufigen Höhepunkt. Am 1. Juli war die Deutsche Maschinen- und Schiffbau AG (DMS) als Holding für die 24 Betriebe des Kombinat mit damals noch 53 000 Beschäftigten gegründet worden. Die Treuhandanstalt übergab die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat dem westdeutschen Finanz- und Werftkapital und interessierten westdeutschen Landespolitikern: So sitzen im Aufsichtsrat neben E.v.Hooven (Deutsche Bank) N. Henke (Vorsitzender des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik), B. Wrede (stellv. Vorstandssprecher der größten deutschen Reederei Hapag-Lloyd), Claus Grobecker (Finanzsenator von Bremen, ehemals Vertreter des Bremer Senats im Vulkan-AR), ein Vertreter des Schleswig-Holsteinischen Wirtschaftsministeriums usw. „Operativer Chef“ der DMS ist Dr. Jürgen Krackow, der sich als kapitalistischer Sanierer bereits bei der Stilllegung der Bremer Großwerft AG-Weser verdient gemacht hat. Von vornherein waren sich diese Herren einig, daß ein großer Teil der Betriebe und Arbeitsplätze vernichtet werden müsse.

Aufsichtsratsvorsitzender van Hooven: „Selbstverständlich werden wir zunächst versuchen, einen Kern der Werften zu retten. Im übrigen liegt die Chance des einzelnen in Arbeitsplätzen in anderen Branchen in Mecklenburg-Vorpommern.“ (H.A., 10. 12. 90) In dem gleichen Interview stellt er auch fest, wer die Kosten dieser „Sanierung“ tragen soll: „Anteilseigner ist die Treuhandanstalt und das heißt der Staat, also der Steuerzahler. Für die Anteilseigner möchte ich heute schon erklären: Wir sind das Volk, wir vertreten in diesem Fall die Interessen aller Bürger — die sollen ja die Belastungen tragen, die in die Milliarden gehen.“

Zur Absicherung ihrer Kapazitätsvernichtungsstrategie ließ die DMS Gutachten von drei Unternehmensberatungsfirmen anstellen. In weitgehender Übereinstimmung mit einem Gutachten der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurde festgestellt, daß von den im Februar '91 noch

verbliebenen 46 000 Arbeitsplätzen weitere 28 000 vernichtet werden müßten. Mehrere der sieben Werften und der 17 anderen Betriebe sollten geschlossen, andere stark verkleinert werden. Die Neubaufträge seien fast allesamt so kalkuliert, daß sie keinen Gewinn abwürfen, ja z. T. nicht einmal die Materialkosten deckten. Zudem sei die Zahlungsfähigkeit der Sowjetunion, an die über die Hälfte der Produktion der DMS-Werften ginge, nicht gesichert.

Gerade um den Zugang zu diesem Markt sowie um einige Betriebe und Betriebsteile, die Profit abzuwerfen versprechen (z. B. die Volkswerft Stralsund, die schon heute Weltmarktführer im Fischereischiffbau ist), ist ein heftiger Kampf der westdeutschen Werftkapitale entbrannt. Dabei konnte die größte Gruppe um den Bremer Vulkan sich bereits Vorteile sichern, indem sie mit der DMS im vergangenen September ein Kooperationsabkommen abschloß, das den Vulkankapitalisten Vorrechte bei Kooperation und Fusion mit Ostwerften einräumt. Dagegen laufen die Vertreter der anderen Großwerften, Thyssen (Thyssen-Nordseewerke, Blohm & Voss) sowie HDW Kiel Sturm. Sie fordern eine „Gesundung des Schiffbaus in Ostdeutschland ... in pluralistischer Form und wettbewerbsorientiert ...“, um sich auch einen Teil von der Beute abschneiden zu können.

Für die Arbeiter auf den Werften und in den Maschinenfabriken bieten auch sie keine besseren Perspektiven: Sie empfehlen Reduzierung auf drei Betriebe, die mit jeweils etwa 2 000 Beschäftigten „bei wettbewerbsfähiger Produktivität das bisherige Neubaufolumen der ehemaligen DDR produzieren“ sollten, also das, was bisher 25 000 produziert haben (H.A., 22. 2. 91) Bei ungeheurer Steigerung der Ausbeutung wird dies die soziale Verwüstung weiter Teile Mecklenburg-Vorpommerns, dessen Hauptindustriestütz die Werftindustrie ist, bedeuten. Allein im Kreis Wolgast wurde bei einer Schließung der Peene-Werft die Arbeitslosigkeit auf ca. 80 % steigen. Westpolitiker wie Hamburgs Bürgermeister Vosschauer heucheln angesichts der Empörung der Bevölkerung — am 20. 2. demonstrierten in mehreren Städten über 50 000 — Hilfsbereitschaft. (H.A., 21. 2. 91) Tatsächlich haben sie die Vernichtung der DDR-Werften tatkräftig unterstützt, indem sie z. B. noch im Dezember 1990 mitbeschlossen haben, die DDR-Werften nicht an der Schiffbauhilfe des Bundes zu beteiligen. Begründung durch den Hamburger Wirtschaftsminister Rahrfs: Es sei bisher noch nicht klar, wer bei den ostdeutschen Werften die unternehmerische Verantwortung übernehmen werde (H.A., 6. 12. 90). Klartext: Subventionen nur an Westkonzerne. — (ulj)

Köln. Die Gewerkschaft HBV hat die Forderungen für die Tarifrunde 1991 im Einzelhandel Nordrhein-Westfalen aufgestellt. Der Tarifvertrag ist zum 31. März gekündigt. Die HBV fordert eine überdurchschnittliche Erhöhung der Löhne und Gehälter von 300 DM. Um die Diskriminierung von Frauenarbeit abzubauen, fordert die HBV die Streichung der untersten Lohngruppen I und IIa. — (ani)



Berlin. 3500 Teilnehmer protestierten am 12.2. gegen die Auflösung der Akademie der Wissenschaften der DDR. Anlaß war die drohende Schließung der medizinischen Einrichtung Buch, deren Erhalt der Wissenschaftsrat befürwortet hatte. Nach Auslaufen der Arbeitsverträge stünden die Betroffenen ohne Sozialplan da. Die ÖTV fordert Beschäftigungsgesellschaften und Übernahmen. Prof. Klein sagte, es gäbe nicht im Westen nur Einsteins und im Osten nur Dummköpfe. — (chk)

Aus Ländern und Gemeinden

Widerstand gegen Verfolgung von Arabern

Berlin. Nach zwei Durchsuchungswellen in rund 100 Wohnungen und Verhören bei der politischen Polizei wurden jetzt Verbote nach dem neuen Ausländergesetz verhängt. Mindestens 17 Arabern, meist Irakern, untersagte die Ausländerbehörde die politischen Betätigung (AuslG § 37). Verstöße sollen je nach Schwere mit Bußgeldern oder Ausweisung geahndet werden. Die Aufenthaltsgenehmigung wird auf das Land Berlin beschränkt. Zweimal wöchentlich müssen sie sich bei der Polizei melden. Gegen die Maßnahmen entwickelt sich Widerstand. Viele ausländerpolitische Organisationen, gewerkschaftliche und kirchliche Gliederungen, ASTen, Professoren und Künstler protestierten in einer Anzeige. Antirassistisches Telefon. SOS-Rassismus u.a. bieten den Betroffenen Beratung und Unterstützung an. Die IGM-Vertreterversammlung wendet sich in einer Resolution gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung arabischer Mitbürger. Die IGM fordert vom Senat des Innern, die angeordneten polizeilichen Maßnahmen zurückzunehmen. — (ard)

CDU-Landrat für Reduzierung der Anzahl der Stadträte

Garbsen/Hannover. Landrat Wicke, CDU, hat sich vor dem Kreisausschuß der Jungen Union für eine Verkleinerung der Stadt- und Ortsräte ausgesprochen: „Wenn New York und Washington von sieben oder acht Bürgervertretern regiert werden können, dann vermag ich nicht einzusehen, warum Springe von zwölf Ratsmitgliedern schlechter geführt werden sollte.“ Qualität statt Quantität sei die Devise. Außerdem gäbe es zwei Vorteile: 1. Der Willensbildungsprozeß würde gestrafft und verkürzt und 2. wäre das Personalproblem (Finden von Kandidaten durch die Parteien) gelöst. Wicke befürwortet außerdem eine Änderung der Kommunalverfassung hin zur „Eingleisigkeit“, d.h. Oberstadtdirektor und Bürgermeister in einer Person. — (chs)

Besetztes Haus beschlagnahmt

Oberhausen. Die Stadtverwaltung Oberhausen beschlagnahmte am 6.2.91 ein Haus, das im Dezember von acht Leuten besetzt worden war und stellte es ihnen bis zum 15.3. weiter zur Verfügung. Die von der Hausbesitzerin betriebene Räumungsklage war bereits zugestimmt. Die Möbelwagen standen vor der Tür. Der Leiter des Ordnungsamtes begründete die Maßnahme damit, daß er die Leute wegen fehlendem Platz nicht in einer Obdachlosenunterkunft unterbringen könne. Die Leute erhielten dann den Status von Obdachlosen. Die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung konnte nach Ansicht der Stadt nicht angewendet werden: „Diese Verordnung zieht nur bei Wohnraum, der örtlich zu vergleichen ist. Da fällt nach oben und unten vieles heraus.“ Der Räumungsklage der Hausbesitzerin, die das Haus seit Jahren verfallen läßt, gab erst das Landgericht Essen in zweiter Instanz statt. Auch Vermittlungsversuche des Oberhausener Oberbürgermeisters schlugen fehl, einen Gesprächstermin beim OB nahm die Hausbesitzerin nicht wahr. Die Besetzer wollen einen Mietvertrag abschließen. — (syb)

Alleingang von Bayern: Bespitzelung der PDS

München. Innenminister Stoiber hat mitgeteilt, daß ab sofort die PDS vom Verfassungsschutz beobachtet werde. Bayern unternehme diesen Alleingang, da es sich abzeichne, daß sich der Bund und die anderen Bundesländer nicht zu einem gemeinsamen Vorgehen durchringen könnten. Es gebe „zahlreiche und konkrete“ Anhaltspunkte, daß die PDS links-extremistisch ausgerichtet sei. Die PDS erklärte, daß offensichtlich Mitglieder oder Sympathisanten abgeschreckt werden sollen, sie will juristische Schritte prüfen. Der FDP-Rechtsexperte Burkhard Hirsch hat die Überwachung der PDS als „politische Eiselei“ und als „verfassungsrechtlich in höchstem Maße bedenklich“ kritisiert. Wenn die CSU so weitermache, werde es Zeit, sie zu überwachen. — (chl)

Richter und Staatsanwälte demonstrieren gegen Golfkrieg

Hamburg. Auf einen Aufruf der ÖTV hin fand am 15.2. die zweite Demonstration von Richtern und Staatsanwälten für die sofortige Beendigung des Golfkrieges und gegen eine BRD-Beteiligung statt. Der Kundgebungsredner griff die Völkerrechtsverletzungen der Alliierten und den geplanten Verfassungsbruch der BRD an. In dem kleinen Demozug von rund 40 Leuten, der auch schon mal vor roten Ampeln halt machte, wurden viele Argumente ausgetauscht, warum Widerstand gegen den Krieg und die BRD-Beteiligung gerade auch im Justizapparat dringend nötig ist. Weitere Aktionen sind geplant. — (uga)

IG Metall fürchtet um Industriestandort Berlin

Berlin. Gestützt auf Angaben von Betriebsräten aus dem Ostteil und dem Westteil Berlins legte die Industriegewerkschaft Metall der Öffentlichkeit Zahlen über die Entwicklung der Beschäftigung in der metallverarbeitenden Industrie vor. Danach waren am 31. Dezember 1989 in Ostberlin noch 160000 beschäftigt. Mit Stand Februar 1991 war diese Zahl hauptsächlich durch Ausgliederungen von Polikliniken, Kindergärten, Kantinen, Ferienheimen etc. auf 118000 reduziert worden. Zum 30. Juni 1991 müssen weitere 47200, das sind 40 Prozent der Beschäftigten, mit ihrer Kündigung rechnen. Dann nämlich läuft der Tarifvertrag einschließlich des vereinbarten Kündigungsschutzes aus. Für Westberlin liegen folgende Zahlen vor: In 34 Betrieben der Metall- und Elektroindustrie wird unabhängig von der Streichung der Berlinförderung jedem fünften Beschäftigten in 1991 gekündigt. Das sind 4865 Beschäftigte. In der Mehrzahl der Betriebe werden die Betriebsräte diese Zahlen als unterste Grenze. Darüber hinaus rechnen in 35 der befragten 93 Betriebe die Betriebsräte mit Stilllegungen, Teilstilllegungen, Verlagerungen oder Teilverlagerungen bzw. Betriebsaufsplattungen im Zusammenhang mit dem Abbau der Berlinförderung. Mehr oder weniger unverhohlen erwarten die Politiker der regierenden Großen Koalition eine bessere Beschäftigungslage erst nach Zusammenbruch und beim „Wiederaufbau der Sowjetunion“ unter dem Stichwort „Berlin als OstWest Drehscheibe.“ — (brr)

Diepgen's Lied vom Teilen

Einschränkungen, damit es irgendwann besser wird

Berlin. Mit dem Abschluß der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU, der Senatsbildung und der Regierungserklärung ist der Staatsapparat im 6. neuen Bundesland in Stellung gegangen. „Große Koalitionen sind die Ausnahme. Angesichts der großen Herausforderungen und der finanziellen Notsituation bedarf es ... der Zusammenarbeit der großen Parteien. Eine große Koalition ... ist am ehesten in der Lage, die notwendigen Weichenstellungen vorzunehmen und sozial ausgewogene Kürzungen durchzusetzen.“ (Koalitionsvereinbarung). Entsprechend ängstlich gängelt die Vereinbarung über parlamentarische Zusammenarbeit die Regierungsfaktionen, die nicht einmal mehr große Anfragen ohne Absprache mit dem Partner machen dürfen. Ein Koalitionsausschuß wacht über allem und die Fraktionsvorsitzenden werden an Senatssitzungen teilnehmen. Das Parlament ist Anhängsel der Regierung.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Angleichung auf dem Westniveau. So die CDU-Wahlwerbung. In der Regierungserklärung liest man es anders: „Deutschland droht eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu werden: mit dem reichen, mächtigen Westen einerseits und dem erheblich ärmeren, einflusslosen Osten — wozu dann leider auch Berlin gezählt werden muß — andererseits.“ „Die Teilung ... kann nur durch Teilen überwunden werden. Um die Bereitschaft zum Teilen ... möchte ich hier alle Berliner in den westlichen Bezirken bitten.“ Die PDS-Fraktionsvorsitzende G. Löttsch kritisierte, daß von dem Wahlversprechen nur ein Stufenplan übriggeblieben sei. Angesichts von ca. 150000 Arbeitslosen in Berlin, 80000 Kurzarbeitern im Ostteil, für die die Kurzarbeitsregelung am 1. Juli ausläuft und der Kürzung der Berlinförderung forderte sie ein beschäftigungspolitisches Sofortprogramm zur Schaffung von 300000 Arbeitsplätzen in der Region. Diepgen hat es nicht beim Aufruf zur Bereitschaft gelassen. Den Bezirken sind Kürzungen um 20 % auferlegt worden. Erste Maßnahmen: Klassenfahrten entfallen, der Etat für Verbesserungen für Behinderte ist um 2 Mio. DM gekappt. Nachdem zusätzlich 150 Mio. DM an Personalkosten eingespart werden sollen, davon 76 Mio. in den Bezirken, fürchtet Kreuzbergs Bürgermeister König, eine Kita schließen zu müssen. Diepgen hat einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz versprochen. In der Koalitionsvereinbarung heißt es: „Die Kindertagesstätten-Investitionsplanung (12000 Plätze) wird bestätigt und der bedarfsgerechte Erhalt an Kita-Plätzen im Ostteil der Stadt sichergestellt.“ Aber, ach, Finanzsenator Pieroth (CDU) hat auch hineingeschrieben: „Gleichzeitig ist die Stabilität der öffentlichen Finanzen zu wahren. Damit stehen die in dieser Vereinbarung festgelegten Maßnahmen unter dem generellen Vorbehalt ihrer Finanzierbarkeit.“ Bei einem voraussichtlichen Finanzloch von 5 Mrd.

DM wird diese Regierung nur halten, wozu sie gezwungen wird. Wohl kaum wird der Senat den AL-Vorschlag übernehmen, die Unternehmenssubventionen nach dem Berlinförderungsgesetz entfallen zu lassen und diese Finanzmittel für einen Gesamtberliner Entwicklungsfond zu nutzen. Stattdessen will Berlin Leistungen aus der Berlinhilfe und dem Fond deutsche Einheit kassieren. Die Länder des Anschließgebietes sollen das unterstützen, weil Berlin eine Lokomotivfunktion für die Wirtschaft der ganzen Region habe. Die trotzdem absehbare Roststiftpolitik degradiert die anderen Senatoren (Ausnahme: Innensenator) zu Verwaltern von Propagandaresorts. Noch schwärmt Bausenator Nagel von der Errichtung von 80000 bis 100000 Wohnungen in der Legislaturperiode und von sozial verträglichen Mieten.

Das Innenressort hat eine Sonderstellung: Die Polizei muß nicht sparen, die paramilitärische Polizeireserve bleibt erhalten. Der öffentliche Dienst soll gesäubert werden. Deshalb darf Heckmann (CDU) Leitungspersonal aus dem Westen, das in den Ostteil geht, Westgehälter mitgeben, bessere Beförderungen, vorgezogene Zulagen, Wegezulagen und die Berlinzulage.

Als einzige Fraktion forderte die PDS nicht, daß Berlin Regierungssitz wird, während die AL hier Diepgen mangelnden Einsatz vorwarf. Die PDS besteht darauf, daß das Land Berlin nicht durch Anschluß entstanden ist, sondern aus den beiden Teilen der Stadt gebildet worden ist und daher die Verfassungen beider Stadtteile berücksichtigt werden müssen. Die Koalition wird die Westverfassung als Grundlage nehmen und da diese das Recht auf Arbeit und auf Wohnen enthält, „soll die Enquete-Kommission im übrigen die sozialen Grundrechte neu fassen“.

Die SPD hat keine Verbesserung der Lage der Ausländer durchgesetzt, aber Begriffe wie „Gastland“, „Verkürzung des Asylverfahrens“, „Zuzugsbegrenzung“ werden verwendet. Die Senatsverwaltungen für Inneres, für Justiz, für Jugend wollen sich mit Banden ausländischer Jugendlicher auseinandersetzen. Sozialarbeiter sollen die Ursachen der Gewaltbereitschaft ausräumen. Wenn das nicht hilft: Justiz und Inneres. Da die Ursachen bei deutschen Bürgern und ihren Regierungen liegen, sind die Streetworker an der falschen Stelle. Sie werden keinen Erfolg haben, aber die konzentrierte Aktion dreier Senatsverwaltungen läßt Schlimmes befürchten. — (chk)



Für den Vertrieb von Ostwaren typisch: sie werden zu Schleuderpreisen wie hier in einem Kellerlager angeboten. Entsprechend verodet die Region.

Müll-Volksbegehren in Bayern knapp gescheitert

Wird die CSU an ihrer Verbrennungslinie festhalten können?

München. Am 17. Februar 1991 war der heftige Wahlkampf um das richtige Gesetz über die Müllentsorgung in Bayern zuende. 43,8 % der Wahlberechtigten stimmten an diesem Tag über zwei Müll-Gesetzesentwürfe ab. Damit lag die Wahlbeteiligung höher als erwartet. Die Stimmentauschung sorgte für eine Überraschung: Der sog. Landtagsentwurf, auch CSU-Entwurf genannt, erhält mit 51 % Ja-Stimmen nun Gesetzeskraft. Der Gesetzesentwurf „Das bessere Müllkonzept“, den Müllinitiativen erst mit Hilfe der Gerichte bis zum Volksentscheid bringen konnten, unterlag mit 43,5 %. Die CSU atmet auf.

Sie hat aber keinen Grund dazu. Umweltminister Gauweiler hat das bereits erkannt. Nach den Horrormeldungen über die Ziele der Müllinitiativen läßt er nun Lobesreden los über deren großes Engagement und verbindet diese gleich mit der Aufforderung, mit ihm konkrete Abfallprobleme zu lösen. Die CSU befürchtet weiteren Widerstand gegen ihre Verbrennungslinie.

Mit 1,5 Mrd. DM will sie den Bau von sechs Müllverbrennungsanlagen (MVA)

fördern, fünf weitere sind im Gespräch. Bereits heute steht Bayern mit 15 solcher Giftschleudern absolut an der Spitze, 2,2 Mio. von 5 Mio. Tonnen Müll werden hier verbrannt. Das nun gültige Gesetz schreibt verbindlich vor, daß der nicht wiederverwertbare Restmüll (derzeit 80 %) vor der Deponierung verbrannt werden muß. Die CSU wird sich darauf berufen, um viele MVAs durchzusetzen. Die Ergebnisse zeigen aber eindeutig, daß diese Politik keine Mehrheit findet. Je näher der Ort bei einer solchen Anlage liegt, desto höher fiel die Zustimmung für die Müllinitiativen aus.

In den Städten erhielten die Initiativen 54,6 %, die CSU unterlag mit 40 %. Sie erhielt ihre Gewinne in den Landkreisen: Hier stimmten 54,6 % für ihren Entwurf und 39,8 % für den der Müllinitiativen. Wie kommt das?

Das „bessere Müllkonzept“ hätte eine grundlegende Änderung für die kleinen Orte gebracht. Nach ihrem Gesetzesentwurf wären nicht mehr die Landkreise, sondern jeder Ort für die Müllentsorgung zuständig. Die Gemeinden hätten neue Rechte erhalten, die Vermeidung

und Verwertung von Müll entsprechend ihren örtlichen Gegebenheiten selbst zu organisieren. Aber die Initiativen hatten nicht die Kraft, diese Vorteile kommunaler Selbstverwaltung deutlich zu machen. Mit Warnungen vor stinkenden Müllhalden, nörgelnden Bürgern und Haushaltslöchern kamen CSU und Sprecher der Wirtschaft durch.

Bis jetzt sind die Müllinitiativen Gauweilers Lockrufen nicht gefolgt. An den betroffenen Orten werden sie neue Vorstöße unternehmen, von der Verbrennungslinie abzugehen. Vermeidung und Gebührengpolitik sind weitere Streitpunkte. Sie wollen gezielt jetzt auch in kleinen Gemeinden tätig werden. Außerdem bereiten sie die Gründung eines Bundesverbandes „Das bessere Müllkonzept“ vor, um ähnliche Bewegungen in anderen Bundesländern zu koordinieren und um auf die Bundesgesetzgebung einzuwirken, die für Eingriffe in Wirtschaftskreisläufe zuständig ist. Der Bund Naturschutz will darauf achten, daß die vielen Versprechungen der Bürgermeister und CSU-Politiker eingehalten werden. — (baf)

ÖTV befürwortet „Pakt der sozialen Verantwortung“

Erster gesamtdeutscher Gewerkschaftskongress mit unbefriedigendem Ergebnis / Interessen der Delegierten aus dem Osten nicht ausreichend berücksichtigt

Rund 1000 Delegierte, davon ein Drittel aus der ehemaligen DDR, hatten sich auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV am 14./15. Februar in Stuttgart mit Satzungsänderungen sowie Anträgen zur Festlegung der nächsten gewerkschaftlichen Aufgaben in den „fünf neuen Bundesländern“ zu befassen. Mit dem Motto „wir sind gemeinsam zum Aufhalten des Sozialabbaus verdammt“ und den daraus resultierenden Vorschlägen

ihrer Vorsitzenden nach einem „Pakt der sozialen Verantwortung“ läuft die Gewerkschaftspolitik Gefahr, in den Geruch volksgemeinschaftlicher Positionen zu geraten. Zwar scheint die von Wulf-Mathies geäußerte Bereitschaft, mit finanziellen Solidarbeiträgen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Aufbau der ehemaligen DDR mitzuwirken, nur die Konsequenz dessen zu sein, daß man selbst den schnellen Anschluß der DDR

— trotz der absehbaren Probleme — gefordert hatte. Zusammen mit der auffallend immer schwächer werdenden Kritik der Politik der Bundesregierung und dem Vermeiden deutlicher Forderungen läuft die ÖTV Gefahr, nicht mehr ernstgenommen zu werden. Es darf bezweifelt werden, ob dieser Gewerkschaftstag den Interessen der Ost-Delegierten gerecht wird und ihren Vorstellungen von Demokratie entspricht. — (har. wjw)

Nachdem die Satzungsänderungen, die erforderlich waren, um als gesamtdeutscher Delegiertenkongress tagen zu können, beschlossen waren, eröffnete die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies mit einer rund 75minütigen Grundsatzrede erneut den Kongress. Hauptinhalt ihrer Rede waren Überlegungen, wie die Probleme, die aus der „deutschen Vereinigung“ entstanden sind, insbesondere der drohende finanzielle Zusammenbruch und die Massenarbeitslosigkeit, bewältigt werden könnten: ersteres durch einen Solidarbeitrag aller, letzteres u. a. durch ein Beschäftigungsnotprogramm, wozu auch eine Verdoppelung der ABM-Maßnahmen gefordert wurde. Zusammenfassend schlug sie einen Pakt der sozialen Verantwortung, eine politische Vereinbarung vor, die „weit über die Möglichkeiten eines Tarifvertrages und die Tarifbewegung eines einzelnen Sektors hinausgeht“. Mit dem DGB trete sie dafür ein, daß — gemeinsam mit Bundesregierung, Ländern und Kommunen sowie Unternehmen — an einem Tisch beraten werden müsse, wie die notwendigen Finanzmittel zum Aufbau insbesondere der Infrastruktur und des öffentlichen Dienstes in der ehemaligen DDR beigebracht werden könnten. Auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müßten zu einem Solidarbeitrag bereit sein. Bedingung sei allerdings, daß die Gewerkschaften ein Mitbestimmungsrecht über die Verwendung der Mittel erhalten.

Die in der folgenden „Aussprache“ ausbleibende Kritik an diesen Äußerungen wertete Wulf-Mathies explizit als Zustimmung zu ihrem Vorschlag, der anschließend in leicht abgeschwächter Form als Initiativantrag 3 vorgelegt und verabschiedet wurde (siehe Dokumentation).

Satzungsänderungen

Bereits im Oktober 1990 hatte der Beirat die Satzung so geändert, daß auch im Gebiet der ehemaligen DDR Mitglieder aufgenommen werden konnten. Die jetzt vorgenommenen Satzungsänderungen ermöglichen die Nachwahl von Mitglie-

dern aus diesem Gebiet in Hauptvorstand und Beirat.

Nach heftiger Diskussion wurde beschlossen, nicht sofort die „fünf neuen Bundesländer“ Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen als ÖTV-Bezirke in die Satzung aufzunehmen. Unter Ausklammerung des § 22, der den Aufbau und die Kompetenzen der Bezirke regelt, werden dem Hauptvorstand und Beirat die Schaffung von Übergangsregelungen ermöglicht. Ob dies den Interessen der Ost-Delegierten entspricht, die mehrheitlich für diesen Beschluß gestimmt haben, oder ob damit nicht den derzeitigen hauptamtlichen (und zumeist westlichen) Mitarbeitern Zeit zum Aufbau von „Hausmacht“ gegeben wird, wie „hinter vorgehaltener Hand“ gemunkelt wurde, wird sich zeigen müssen.

Daneben wurden aber auch Satzungsänderungen vorgenommen, die Auswirkungen auf die Repräsentanz der Mitglieder in den höchsten Gewerkschaftsorganen haben. Durch Änderung der §§ 24 und 25 wurden die Anhaltszahlen für Beiratsmitglieder und Delegierte neu festgelegt, um „politisch handlungsfähige“ Gremien zu haben. Zum Beispiel wurde die Anhaltszahl für Delegierte von 1:2000 auf 1:2250 heraufgesetzt, das bedeutet gut 10 % weniger Mitgliederrepräsentanz. Nicht angenommen wurde ein Antrag, der dem Hauptvorstand lediglich beratende Stimme zubilligen wollte. Gegenwärtig haben alle Hauptvorstandsmitglieder automatisch ein Mandat, was in der Summe mehr als 10 % ausmacht.

Interessen der Ostdelegierten

Neben den Anträgen zur Satzung waren die Bereiche Tarifpolitik sowie Sozial- und Gesundheitspolitik eindeutige Schwerpunkte in der Auseinandersetzung. Wie nicht anders zu erwarten, überwogen Anträge der Kreisdelegiertenkonferenzen aus dem Gebiet der ehemaligen DDR, die eine möglichst schnelle Angleichung der Tarife auf allen Ebenen sowie das Eintreten der



Studenten und Beschäftigte demonstrieren gegen die Abwicklung der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst. Bis heute ist ungeklärt, wie die Studenten ihr bereits begonnenes Studium beenden können.

ÖTV für den Erhalt ihrer sozialen Einrichtungen und Leistungen forderten. Gleichzeitig wurde in den mündlichen Beiträgen die Angst vor drohender Arbeitslosigkeit, aber auch Empörung über Abwicklungs- und Überführungspraxis ausgesprochen.

Dem versuchte der Hauptvorstand seine Position des Machbaren gegenüberzustellen. „Wer heute schwarz wählt, kann morgen nicht erwarten, daß die ÖTV die Kohlen aus dem Feuer holt.“ Mit diesem mittlerweile zum Wortschatz fast aller Funktionäre zählenden Spruch (der nicht nur falsch und dumm ist, sondern eher eine Ausrede für Nichtstun darstellt) sollten die Delegierten von allzu konkreten und weitgehenden Forderungen abgehalten werden. Dies ist dem Hauptvorstand nicht immer gelungen. An einigen Punkten stimmten die Delegierten gegen das Votum der Antragskommission und beschlossen z. B. als Forderung die sofortige hun-

dertprozentige Angleichung der Ausbildungsvergütung. Ebenso setzten sie als gewerkschaftliche Position die Forderung nach Erhalt aller bisherigen Kinderbetreuungsplätze durch.

Der Leitantrag des Hauptvorstandes (B 2: „Den Sozialstaat aufbauen“: Arbeitsgrundlage für die Kreisverwaltungen in den fünf neuen Bundesländern und in Berlin), der das „Machbare“ auf 20 Seiten umschrieb, war vielfältiger Kritik ausgesetzt. Zum einen wurde kritisiert, daß ganze Beschäftigtengruppen vergessen worden sind (z. B. die bei den Kirchen und Sozialversicherungsträgern) oder wichtige Bereiche keine Erwähnung fanden (z. B. der von der Abwicklung am stärksten betroffene Bereich Wissenschaft und Forschung). Zum anderen wurde der Leitantrag aber auch als hinter die bestehende Beschlußlage der ÖTV zurückfallend kritisiert.

Die überwiegende Zahl der Anträge zur Tarifpolitik wurde von den Kreisde-

legiertenkonferenzen aus der ehemaligen DDR gestellt.

Tarifpolitik umstritten

Neben der Angleichung an das Einkommensniveau der westlichen Bundesländer verlangen sie die Einhaltung tariflicher und arbeitsrechtlicher Bestimmungen. Die Forderung nach Besitzstandsregelungen, die „eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen verhindern“, wurde vom Gewerkschaftstag abgelehnt. Der verabschiedete Antrag C 1 (siehe Dokumentation) verknüpft die laufenden Tarifverhandlungen (West) mit denen zur Angleichung. Dies birgt Gefahren in sich. Während der Antrag eine Verrechnung mit den laufenden und geplanten Eingruppierungsverhandlungen ablehnt, wird gegen andere Spaltungsversuche des Dienstthems (Verzicht für die Angleichung) nicht eindeutig Stellung bezogen. Verlagt (bei relativ vielen Ge-

Initiativantrag 3

Der außerordentliche Gewerkschaftstag fordert eine vollständige Revision der Haushaltsbeschlüsse der Koalition ...

Während in den neuen Bundesländern eine Arbeitsmarktkatastrophe droht, wird in der Koalition noch immer kleinlich über Steuern und Abgaben gefeilscht.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben kein Verständnis für eine Politik, die stets die historische Dimension der deutschen Einheit hervorhebt, bei der Bewältigung der Finanznöte der neuen Bundesländer aber mit Konzeptionslosigkeit und Kleinkariertheit zu Werke geht.

... (Er) lehnt die Koalitionsbeschlüsse zum Aufbau der neuen Bundesländer ab. Die Mittel reichen bei weitem nicht aus ... Sie sind darüber hinaus ein Dokument der Hilflosigkeit und der sozialen Kälte. Wenn allein zwei Drittel der bisher vorgesehenen Mittel durch eine Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge und eine Anhebung der Telefongebühren aufgebracht werden sollen, ist das eine Bankrotterklärung für die soziale Gerechtigkeit. Der außerordentliche Gewerkschaftstag verwahrt sich gegen eine neue Welle der Umverteilung von unten nach oben.

Er fordert die Bundesregierung auf, endlich eine Verteilung der Finanzierungslasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorzunehmen.

... Erforderlich ist ein Sofortprogramm zur Sicherung der Beschäftigung, das die dramatisch ansteigenden Arbeitslosenzahlen in den neuen Bundesländern abbauen hilft und alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Qualifizierung nutzt.

Der Bund muß kurzfristig die Finanzierung des notwendigen Personalbedarfs durch Zuschüsse sicherstellen. Personalausgaben dürfen keinesfalls über Kreditaufnahmen finanziert werden. Den öffentlichen Diensten der neuen Bundesländer kann nicht zugemutet werden, mit weniger Personal auszukommen als in den alten Bundesländern.

Der Aufbau der neuen Bundesländer ist ohne ein groß angelegtes öffentliches Infrastrukturprogramm nicht zu bewältigen. Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktureinrichtungen und deren Übernahme durch private Betreiber lehnt

die Gewerkschaft ÖTV ab, weil sie dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes widerspricht und die Schaffung privater Monopole zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger begünstigt.

Zur Finanzierung öffentlicher Infrastrukturinvestitionen ... müssen Extragewinne der Unternehmen und einigungsbedingte Steuermehreinnahmen herangezogen werden.

Der ... Gewerkschaftstag fordert einen Finanzierungsbeitrag der deutschen Industrie, des Handels, der Banken und Versicherungskonzerne, die sich an der deutschen Einheit schon jetzt goldene Nasen verdient haben.

Wir fordern Einsparungen durch ein Verteidigungskonzept, das die Chancen der Abrüstung nutzt, auf den Jäger '90 verzichtet und Mittel zum sozialen Aufbau und zur Flankierung des notwendigen Truppenabbaus freisetzt.

Eine energische Beibehaltung der Steuerrückstände, die Unternehmen dem Fiskus schulden, wäre ein Beitrag zur Steuergerechtigkeit. Diese Mittel könnten ebenso wie ein Arbeitsmarktbeitrag für alle Erwerbstätigen ohne Beitragsbemessungsgrenze und eine Ergänzungsabgabe für Höherverdienende zur Finanzierung der notwendigen Investitionen genutzt werden.

Vermögenssteuer und Gewerbesteuer müssen auch in den neuen Bundesländern erhoben werden. Auf Steuersenkungen für Unternehmen ist zu verzichten.

Eine Erhöhung von Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuern lehnt der außerordentliche Gewerkschaftstag ab, weil sie wiederum insbesondere die Einkommensschwachen belasten würden.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaft sind bereit, an einer solidarischen Aufbauaktion für die neuen Bundesländer mitzuwirken. Sonderopfer für einzelne Bevölkerungsgruppen oder für den öffentlichen Dienst lehnen wir jedoch ab.

Antrag C 1

Die Tarifpolitik der ÖTV in den neuen Bundeslän-

Aus Beschlüssen des a. o. Gewerkschaftstages

dern und Berlin (Ost) hat zum Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder so zu verbessern, daß das Niveau der „alten“ Bundesländer und Berlin-West erreicht wird.

Die Bedingungen der Manteltarifverträge, insbesondere die Lohn- und Gehaltsstrukturen, sind unverzüglich für die neuen Bundesländer durchzusetzen sowie schnellstmöglich das Einkommensniveau der alten Bundesländer zu erreichen, um die alte gewerkschaftliche Forderung: „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ durchzusetzen. Die konkreten Schritte werden mit den jeweiligen Tarifkommissionen beraten.

Dabei ist darauf zu achten, daß Benachteiligungen von Frauen in den Tarifverträgen für das gesamte Bundesgebiet abzubauen sind.

Initiativantrag 15 zu C 1

Die ÖTV-Mitglieder erwarten im Rahmen der laufenden Lohn- und Gehaltsrunde öffentlicher Dienst einen kräftigen Lohnzuwachs. Der Verhandlungsspielraum ist daher sehr gering.

Der Gewerkschaftstag fordert deshalb gHV und große Tarifkommission auf:

1. Die Voraussetzungen für den Einsatz aller gewerkschaftlichen Mittel zur Durchsetzung der Tarifforderungen sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern sind unverzüglich zu schaffen.

2. Eine inhaltliche und zeitliche Koordination der Tarifbewegungen zur Lohn- und Gehaltsangleichung und zur Vergütungserhöhung ist anzustreben.

3. Eine Anrechnung des erreichten Verhandlungsstandes in den Mantel- und Eingruppierungsverhandlungen auf die Lohn- und Gehaltsrunde 1991 ist abzulehnen. Die bisher erzielten Ergebnisse sind, wie angekündigt, zum 1. Januar 1991 in Kraft zu setzen.

Initiativantrag 39

Der außerordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV gibt zu den soeben abgeschlossenen Tarifverhand-

lungen in der Kranken- und Altenpflege folgende Stellungnahme ab.

1. Es ist für Tarifverhandlungen grundsätzlich notwendig, die Mitglieder in die Tarifverhandlungen miteinzubeziehen, sie zu informieren und ihre Position zu den tarifpolitischen Zielen der ÖTV zu berücksichtigen. Bei Verhandlungen ohne Mitgliederinformation und -mobilisierung besteht ansonsten die Gefahr, daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik zum verlängerten Arm der durch den Arbeitsmarkt diktierten Tarifinteressen der Arbeitgeber wird.

2. Die tarifvertragliche Gestaltung der Arbeitsbedingungen im weiteren Sinne ist ein wichtiges Element der tarifpolitischen Konzeption der ÖTV. Dazu gehören z. B. die tarifpolitische Gestaltung familien- und frauengerechter Arbeitszeiten und die tarifliche Regelung von familien- und frauenunterstützenden Sozialeinrichtungen der Arbeitgeber.

Die ÖTV wird in Zukunft solche Bereiche einer qualitativen Tarifpolitik intensiver bearbeiten.

Initiativantrag 43

Der außerordentliche Gewerkschaftstag wendet sich gegen die Verletzung von Arbeitnehmerrechten als Folge des Einigungsvertrages. Er lehnt die automatische Beendigung von Arbeitsverhältnissen ab.

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich mit der Problematik der „Warteschleife“ für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR und Ost-Berlins sowie deren Auswirkungen schnellstmöglich zu befassen. Rechtliche und organisatorische Betreuung der betroffenen Mitglieder sind zu gewährleisten.

Der außerordentliche Gewerkschaftstag begrüßt die Initiative des geschäftsführenden Hauptvorstandes, durch Gutachten die Verfassungswidrigkeit des Einigungsvertrages hinsichtlich der Einschränkung bestehender Arbeitnehmerschutzrechte prüfen zu lassen. Er fordert vom geschäftsführenden Hauptvorstand, gegebenenfalls unverzüglich das Einbringen einer Verfassungsbeschwerde zu veranlassen. Dazu sollen alle prozeduralen Möglichkeiten einbezogen werden.

gestimmen) wurde der Antrag C 11, der eine tarifpolitische Konzeption des Hauptvorstandes forderte. Diese sollte neben einer zentralen Tarifpolitik für die Bundesrepublik zur Vereinbarung von (Mindest-)Arbeitsbedingungen gewerkschaftliche Regelungskompetenzen auf der bezirklichen, örtlichen und betrieblichen Ebene vorsehen. Obwohl die Antragsteller in diesem Antrag eine Bekräftigung des Beschlusses 239 vom letzten Gewerkschaftstag sahen, wurde er an den nächsten verwiesen. Hier scheint sich eine grundsätzliche Auseinandersetzung um zentrale/dezentrale Tarifpolitik und damit auch um die Verteilung von „Macht“ anzubahnen.

Heftige Kritik mußte der Tarifsekretär des gHV (Willi Hanss) für seinen Abschluß in der Kranken- und Altenpflege hinnehmen. Dieser sei ausschließlich im Interesse des öffentlichen Arbeitgebers (s. Dokumentation).

Golfkrieg

Besonders ärgerlich ist das Ergebnis des Gewerkschaftstages zum Thema Golfkrieg. Mit dem Initiativantrag 1 des Hauptvorstandes, dem neun zum Teil eng bedruckte Seiten als Anlage mit zur Beschlussfassung zugeordnet waren, wurden alle weiteren Initiativanträge als erledigt oder als Material eingestuft. Dabei enthält der beschlossene Antrag keinerlei Kritik am Vorgehen der alliierten Streitkräfte, keine Stellungnahme zur Entsendung von Bundeswehrsoldaten in die Türkei oder gegen die geplante Grundgesetzänderung (teilweise geschieht dies in den genannten Anhängen). Stattdessen werden die Beschlüsse der UNO unterstützt und die direkte Einmischung der BRD und der EG gefordert.

Aufgrund anderer Initiativanträge war jedoch klar, daß die Delegierten weitergehende Positionen und Forderungen vertreten. Mit zur Annahme empfohlen wurden deshalb Forderungen nach „Verwirklichung der grundlegenden Menschenrechte für die Palästinenser“ inklusive des Rechts auf Bildung eines

eigenen Staates. „Rückzug der Staaten, die fremdes Gebiet widerrechtlich besetzt halten, auf ihre Staatsgrenzen“, „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Kurden durch den Irak und alle anderen Staaten, in denen kurdische Minderheiten leben“.

Die derzeit stattfindende Diskussion im Gesundheitswesen (siehe folgenden Artikel) wird sich nicht auf eine Unterstützung des geschäftsführenden Hauptvorstandes stützen können. Wulf-Mathies wandte sich ausdrücklich gegen die Position, wie sie in der Kampagne „Wir werden nicht helfen können“ vertreten wird. „Gestrichen“ wurden auch alle sonstigen Forderungen und Auffassungen, die in irgendeiner Form aktives Handeln der ÖTV erfordert hätten. Dies betrifft z. B. den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung oder die Forderung nach Gewährung von politischer, moralischer und rechtlicher Hilfe für Betroffene.

Gewerkschaftskultur?

Der Gewerkschaftstag endete am 15.2. nachmittags abrupt. Ein Großteil der Anträge wurde zur Behandlung an Hauptvorstand und Beirat überwiesen. Nicht nur diese Tatsache rief Unzufriedenheit bei vielen Delegierten hervor. Der ganze Ablauf des Kongresses wurde wiederholt umgeworfen, die meisten Initiativanträge wurden so spät verteilt, daß sie kaum gelesen werden konnten. Dazu kam der ständige Zeitdruck, der zu Anträgen auf Schluß der Debatte bzw. Rodeliste führte. Dies erschwerte und behinderte die Diskussion, gerade auch zu den eingangs erwähnten Positionen von Wulf-Mathies. Aber auch die Diskussion zum Thema Golfkrieg wurde aus Zeitgründen nach vier Wortmeldungen (davon zweimal Wulf-Mathies) beendet.

Zum Thema „Vergangenheitsbewältigung“ (FDGB, Stasi, PDS) werden wir zu einem späteren Zeitpunkt eingehen.

Quellen: „Handelsblatt“, 15.2.1991; Antragsmaterial des a. o. Gewerkschaftstages

Krankenhäuser: Mit „humanitären“ Argumenten Indienstnahme für die Aggression am Golf?

Aus verschiedenen Bundesländern werden organisatorische Maßnahmen berichtet, um die Krankenhäuser auf die Aufnahme verwundeter US- (und ggf. Bundeswehr-)Soldaten vorzubereiten. So meldete die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ am 25.1.91, daß die Bezirksregierung die Krankenhausträger der Stadt und des Landkreises aufgefordert habe, für diesen Fall Betten vorzuhalten. Nach Aussage der Sprecherin der Bezirksregierung geht dieser Brief auf eine „vertrauliche Anregung“ aus dem Bundesinnenministerium zurück.

In Rheinland-Pfalz ist ein Leitcontainter der Berufsfeuerwehr Kaiserlautern bereits auf dem Luftwaffenstützpunkt Ramstein im Einsatz, der über das aktuelle Verzeichnis freier Kapazitäten in zivilen Kliniken verfügt. In Bayern ist eine Koordinierungsgruppe „Golf“ gebildet worden, in der vier Ministerien, die Bundeswehr sowie die für die Verbindung zu den US-Streitkräften zuständigen Vertreter der Staatskanzlei mitwirken. Inzwischen soll sich mehr als die Hälfte der bayerischen Krankenhäuser zur Verwundetenaufnahme bereit erklärt haben.

Teilweise versuchen Krankenhausträger und Klinikleitungen, die Beschäftigten direkt in Überwachungsvorhaben des US-Militärs einzubinden. Im Städtischen Klinikum Karlsruhe wurde ein Rundschreiben an alle Stationen verteilt, in dem die Beschäftigten auf zu erwartende Selbstmordversuche von Angehörigen in den Golf verschickter Soldaten vorbereitet werden: „Dabei handelt es sich überwiegend um Ehefrauen, die ... eine Rückkehr ihrer Männer nach Karlsruhe erreichen wollen.“ In derartigen Fällen sollen die Ärzte und Pflegekräfte nicht, wie sonst üblich, die Angehörigen der Suizidpatienten verständigen, sondern den „Sozialdienst“ der amerikanischen Armee — eine direkte Einbindung der Krankenhausbefehlshaber in die geheimdienstliche Überwachung von Widerstand leistenden Angehörigen der US-Soldaten.

In zahlreichen Erklärungen, Unterschriftensammlungen, Zeitungsanzeigen haben sich Beschäftigte im Gesundheitswesen gegen ihre Verplanung im militärischen Apparat gewandt und in der Öffentlichkeit Unterstützung gesucht (s. nebenstehende Dokumentation). Gegen die Demagogie der Reaktion, die die Ärzte und Pfleger mit Hinweis auf ihre „humanitären Pflichten“ erpressen und zur Soldatenversorgung zwingen will, setzen sich gerade diejenigen zur Wehr, die seit langem gegen die Betten- und Personalkürzungen in den Krankenhäusern Widerstand leisten. Die Selektion von Patienten, die angesichts des Bettenmangels schon jetzt häufig zu treffende Auswahl, welcher

Kranke vordringlich zu behandeln sei, würde ungeahnte Ausmaße annehmen und die Beschäftigten in unerträgliche Gewissenskonflikte stellen.

Die Verantwortlichen reagieren auf die Proteste teils mit Ausflüchten, teils mit Drohungen. So teilte die Verwaltungsdirektion der Universitätsklinik Frankfurt dem Personalrat mit, sie habe von Beginn der Golfkrise an erklärt, daß eine Versorgung von Kriegsverwundeten nicht möglich sei, weil schon jetzt die Patientenversorgung kaum gewährleistet sei. Als einzelne Abteilungsleiter mit US-Militärärzten „Besichtigungen“ ihrer Stationen vornahmen, wurde ihnen dies von der Dienststellenleitung untersagt. Aber, so die Klinikverwaltung weiter, wenn der „Bündnisfall“ eintrete, sei nicht mehr sie, sondern das Land Hessen für die Patientenaufnahme verantwortlich, und die Landesregierung könne dann die Klinik zur Verwundetenversorgung zwingen. Deshalb wohl hat sie bereits Anfang Januar die Listen mit privaten Telefonnummern der Ärzte und Pfleger aktualisiert — Vorbereitungen für den „Katastrophenfall“.

An anderen Krankenhäusern wird der Widerstand der Beschäftigten offen bedroht. In Karlsruhe mußten die Lehrer der Krankenpflegeschule auf persönliche Anordnung des Verwaltungsdirektors in allen Klassen ein Schreiben verlesen, in dem den Schülern jegliche politische Äußerung im Klinikum oder in dessen Nähe, ob mündlich, schriftlich oder durch Button-Tragen, untersagt wurde. Im Falle der Zuwiderhandlung hätten sie mit Abmahnung und Kündigung zu rechnen. Der ärztliche Direktor der Universitätsklinik Freiburg verwies in einem Schreiben an den Personalrat auf den hippokratischen Eid — ebenfalls eine deutliche Kündigungsandrohung für sich verweigende Ärzte (s. Dok.).

Die Reaktion benutzt bestimmte Schwächen und mißverständliche Formulierungen in den Protestresolutionen, die bisweilen die Form individueller Verweigerungserklärungen annehmen. Die Diskussion wird auf die Frage abgeleitet: „Wenn die Verwundeten da sind — behandelt ihr sie oder nicht?“ Den Beschäftigten soll Liebgelohn mit unmenschlichem Verhalten unterstellt werden, um so ihre Kritik an unmenschlichen Verhältnissen zu ersticken, die ein humanes Verhalten gar nicht mehr zulassen würden, weil jede Entscheidung für die Behandlung ein mehr oder weniger sicheres Todesurteil für einen anderen wäre.

Gerade das Freiburger Beispiel zeigt, daß ein möglicher Katastropheneinsatz der Krankenhäuser offensichtlich einigen Verantwortlichen zupass kommt, um neue Maßstäbe zu setzen. Der gleiche Prof. Gerok, der den Brief an den Perso-

nalrat unterzeichnete, hatte bereits im September 1986 in seiner Eigenschaft als Präsident der Deutschen Therapiewoche erklärt: „Ein Tag auf der Intensivstation kostet derzeit 2000 DM. Dies entspricht dem Netto-Monatseinkommen eines Facharbeiters. Für den monetären Aufwand einer Intensivtherapie über drei Monate müßte dieser Facharbeiter 7,5 Jahre arbeiten. Diese Zahlen sprechen für sich ...“ Prof. Gerok ist also sozusagen ein Spezialist in Sachen ärztlicher Behandlungspflicht und hippokratischem Eid, und er sähe es wohl nicht ungern, wenn er einmal die „Leistungsfähigkeit“ seiner Klinik in puncto Patientenselektion — als kleines Praktikum in „medizinischer Ethik“ — unter Beweis stellen könnte.

Quellenhinweis: Informationsdienst Gesundheitspolitik 3—5/91

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig.
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zölperer Straße 7, Postfach 260 226
Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.B.H., 5000 Köln 1, Zölperer Str. 7, Tel. 0221/21 65 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73.
Konten: Postgromit Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Küster.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

Nachrichtenhefte, hrsg. von
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM
AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.B.H.
5000 Köln 1, Zölperer Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zölperer Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 8 S., 1,20 DM. Jahresabo: 52 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zölperer Str. 7, 5000 Köln 1

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,- DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,- DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zölperer Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

591

Dokumentiert: Auseinandersetzungen in Freiburg

Anfrage des Personalrats an den Klinikumsvorstand
Sofort am Mittwoch, 16.1.1991, richtete der Personalrat der Uniklinik Freiburg eine Anfrage an den Klinikumsvorstand, die nachrichtlich allen Beschäftigten der Uniklinik, dem Hauptpersonalrat der ÖTV und dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst zur Kenntnis gegeben wurde.

„Betr.: Einbeziehung der Uni-Klinik Freiburg in den Golfkrieg“

Sehr geehrte Damen und Herren, Golfkrise und Krieg verunsichern auch die Beschäftigten unserer Klinik. Täglich erreichen den Personalrat Anrufe von besorgten KollegInnen ... Immer wieder wird dabei auf folgenden Umstand hingewiesen: Im Rahmen der militärischen Nato-Strategie sowie des bilateralen Vertrages „Wartime host nation support“ wird die BRD verpflichtet, beim Eintritt der USA in einen Krieg alle zivilen Einrichtungen zur Versorgung der Truppen und zur Beschaffung von Nachschub zur Verfügung zu stellen. Hierin einbezogen sind auch die Krankenhäuser der Bundesrepublik Deutschland. Dabei geht es nicht darum, sich der menschlichen Pflicht, Kranken und Verletzten helfen zu müssen, zu entziehen, im Gegenteil: Wir sind sicher, daß die Beschäftigten der Klinik bereit wären, die Opfer des Krieges, verletzte Zivilisten, alte Menschen, Frauen und Kinder gleich welcher Staatszugehörigkeit aus dem Kriegsgebiet aufzunehmen und mit einem hohen Maß an persönlichem Einsatz zu versorgen und zu pfle-

gen. Wir fordern den Klinikumsvorstand auf, gegenüber den politisch Verantwortlichen unmißverständlich klar zumachen, daß die Uni-Klinik Freiburg für Aufgaben im Rahmen der militärischen Nato-Vereinbarungen nicht zur Verfügung steht. Wir fordern den Klinikumsvorstand auf, gegenüber den Beschäftigten des Klinikums zu erklären, daß diese in ihrer täglichen Arbeit nicht befürchten müssen, zu militärisch motivierten Aufgaben im Rahmen eines Golfkrieges herangezogen zu werden. Wir bitten Sie darum, uns eine Antwort zu schicken.“

Appell von Beschäftigten im Gesundheitswesen Wir werden nicht helfen können!

Im Rahmen der militärischen Nato-Strategie sowie des bilateralen Vertrages „Wartime host nation support“ wird die BRD verpflichtet, beim Eintritt der USA in einen Krieg alle zivilen Einrichtungen zur Versorgung der Truppen und zur Beschaffung von Nachschub zur Verfügung zu stellen. Hierin einbezogen sind auch die Krankenhäuser der BRD. Damit würden alle Beschäftigten im Gesundheitswesen zwangsläufig zu einem Rädchen im Kalkül kriegsführender Militärs. Wir wollen nicht als TeilnehmerInnen in einen Krieg hineingezogen werden. Die Bevölkerung der BRD wäre unmittelbar betroffen, weil Patienten frühzeitig aus den Krankenhäusern entlassen und nicht mehr versorgt würden, um verwundeten Soldaten Platz zu machen. Geplante Eingriffe (z. B. in der

Herzchirurgie) wären nicht mehr möglich. Menschen würden nicht mehr unter dem Gesichtspunkt der medizinischen Notwendigkeit behandelt. Dies ist mit unserem Gewissen nicht vereinbar. Wir lehnen eine Auslese von Patienten unter militärischen Gesichtspunkten ab. Wir wehren uns gegen einen Mißbrauch des Gesundheitswesens zur Unterstützung des Krieges. Wir fordern alle Träger und Beschäftigten von Einrichtungen im Gesundheitswesen auf, sich dieser Militärstrategie zu verweigern. Diesem Appell haben sich innerhalb von 24 Stunden die nachstehenden nahezu 700 Menschen, überwiegend Beschäftigte der Freiburger Uni-Klinik, angeschlossen. Die Unterschriftensammlung wird fortgeführt. (folgen mehrere hundert Namen und Berufsbezeichnungen)

Antwort des Klinikvorstandes auf die Anfrage des Personalrats

Sehr geehrte Damen und Herren, nach dem Landeskrankenhausgesetz ist das Universitätsklinikum im Rahmen seiner Aufgabenstellung und Leistungsfähigkeit zur Aufnahme und Versorgung solcher Menschen verpflichtet, die einer stationären Aufnahme bedürfen. Dabei ist eine unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft, wegen ihrer politischen Überzeugung oder ihres Geschlechts nicht statthaft.

Für eine Erklärung des Klinikumsvorstandes, daß das Universitätsklinikum für Aufgaben im Rahmen der Nato-

Bündnisvereinbarung nicht zur Verfügung steht, ist kein Raum. Eine solche Erklärung kann nach der im Grundgesetz vorgenommenen Aufgabenzuweisung nur durch die Bundesregierung in Abstimmung mit der Landesregierung von Baden-Württemberg abgegeben werden. Keine nach dem Gesetz mit der Wahrnehmung sonstiger staatlicher Aufgaben beauftragte Stelle hat das Recht, hier an Stelle der aus freien Wahlen hervorgegangenen Bundesregierung tätig zu werden.

Zu der gewünschten Erklärung des Klinikumsvorstandes, daß Mitarbeiter nicht befürchten müssen, im Rahmen ihrer Arbeit zu militärisch motivierten Aufgaben im Rahmen des Golfkrieges eingesetzt zu werden, ist zu bemerken, daß der Wunsch nach Versorgung von Opfern aus der Golfregion bis heute von keiner Seite an das Universitätsklinikum herangetragen wurde. Wenn aber solche Verwundeten zu einem Arzt des Universitätsklinikums kämen, wäre ihre Behandlung nicht die Wahrnehmung einer „militärisch motivierten Aufgabe“. Der Arzt würde vielmehr getreu dem Eide des Hippokrates seine „Ratschläge und Verordnungen zum Heil der Kranken nach bestem Wissen und Können geben“. Seine Patienten würde er „dabei schützen vor allem, was ihnen schaden könnte oder Unrecht täte“. Ich bin sicher, daß dieser Arzt dabei von allen anderen Beschäftigten des Universitätsklinikums, an welcher Stelle sie auch tätig sind, nach Kräften unterstützt würde. Mit freundlichen Grüßen
Prof. Dr. Gerok,
Leitender Ärztlicher Direktor

Welcome to the Sunshine-City

Eindrücke einer Reise ins Land der unbegrenzten Gegensätze

Viel Abwechslung gibt es nicht in Pauls Job. Auch ist er mit knapp sechs Dollar die Stunde nicht gerade gut bezahlt, die Arbeitszeiten — im ewig gleichen Rhythmus zwei abwechselnder Tagesschichten einschließlich der Samstage und Sonntage — sind denkbar ungünstig für jemanden mit 90 Minuten Anfahrtsweg, und die Arbeit selbst ist langweilig und anstrengend zugleich. Von seinem Lohn, von dem ihm nach Abzügen nicht einmal 200 Dollar in der Woche bleiben, hat er darüber hinaus „stets saubere und einwandfreie“ Kleidung zu finanzieren und natürlich heißt auch für ihn die Losung „Hired and fired“ (angeheuert und gefeuert). Zum Beispiel, wenn sich einer seiner Fahrgäste über ihn beschweren sollte. (Einen seiner Kollegen hat es wenige Wochen zuvor erwischte.) Doch, objektiv gesehen, hat Paul, der mit einem Shuttlebus Fluggäste zwischen den verschiedenen Terminals des New Yorker Kennedy Airport und der rund einen Kilometer entfernten Station eines

Maß öffentlicher Wohlfahrt schon jene „vorletzte Station“ der Obdachlosigkeit und des Hungers (nicht mehr) enthält. Ein Wagen der Heilsarmee verteilt heiße Suppe an die etwa 150 bis 200 in Zelten, Pappkartonhütten und unter Deckenbergen hausenden Menschen, unter denen wir viele Kinder sehen. Auch hier überwiegen bei weitem Schwarze. „Wie alle anderen amerikanischen Großstädte auch“, lasen wir, trägt die Stadt der 100 000 Hotelzimmer und der mehr als eine Million Wohlfahrtsempfänger/innen „schwer unter ihren Soziallasten, aber sie lernte, mit dieser Krise zu leben“. Am St. Marks Place besteht diese Umschreibung der Verwaltung von Elend aus zwei Cops, die ihre Posten neben den Parktoiletten bezogen haben. Wen sie von wem fernhalten oder „schützen“, ist unklar. Als es im Sommer 1988 hier, im ehemaligen jüdischen Ghetto, wo sich in den letzten zehn Jahren westlich und nördlich des Tompkins Square, zwischen der 9. und 11. Straße East eine häufig auch

class beliebten „Slummings“, Ausflugsfahrten für den wohligen Schauer, haben sich verändert. Heute finden die bis zu vierstündigen soziologischen Zoo-Besuche in's „Land der Armen“, wie sie schon ein 1939er Reiseführer dem New York Besucher wärmstens empfahl, nur mehr als organisierter Bustrip mit (meist schwarzem) Fremdenführer ohne Stop und bei geschlossenen Fenstern statt. Das Wissen um die Aidsstatistik, nach der die Fixer in Harlem längst die Homosexuellen aus dem Künstlerviertel Greenwich Village überhand nehmen, der hautnahe, nur durch 10mm Glas getrennte Dschungel der aus den Medien bekannten „Banden und Drogenhändler“, der Einblick in die Welt, in der 40 Prozent der Kinder ohne Vater aufwachsen, die Säuglingssterblichkeit doppelt so hoch ist wie in anderen Stadtteilen und aus der so viele Männer im Gefängnis stecken, daß ein Busunternehmer Tagesfahrten zu der Strafanstalt des Landes unter dem Motto „Visit a Loved One“ inserieren konnte,

(2) Zwischen Ihnen und den im Norden der Bronx residierenden UNO-Botschaftern. Anwälten und Ärzten wachen nicht nur die 250 Polizisten des 46. Polizebezirks darüber, daß das aus Verelendung entstehende Krebsgeschwür des Verbrechens, des Aufbegehrens oder gar Aufstandes sich nicht bis zu deren Glasspalästen und efeuüberwucherten Villen frißt.

„War on crime“

Deutschlands Fresspapst und Vorkoster derer, die vor Sattheit nicht mehr wissen, was sie essen sollen, klagte — von einem New Yorker Taxifahrer angeblich über's Ohr gehauen — in der „Zeit“ öffentlich, „daß (selbst) in Manhattan der einigermaßen gefahrlose Bezirk nicht größer als ein Handtuch“ sei. Die meisten gutsituierten New Yorker, die für ihren Autostellplatz während der Bürozeiten in einer Parkgarage in New Yorks Down- oder Midtown jährlich mehr ausgeben als 32 Prozent der Schwarzen Amerikaner jährlich verdienen, teilen diese Mei-

grundeliegt. Weder mit der Armut, der Wohnungs- und Arbeitslosigkeit, den Krankheiten (in den schwarzen Communities) oder der Hoffnungslosigkeit haben die Programme „für soziale Stabilität“ etwas zu tun. (3) In den Gefängnissen der 90er Jahre ist nicht einmal mehr verbal Platz für Ausbildungs-, Rehabilitations- und Erziehungsprogramme, die Gelder (44 Billionen Dollar jährlich) werden in die Planung und den Bau von Maximum-Security-Gefängnissen gesteckt. Die nahezu nur noch von Unterprivilegierten besuchten öffentlichen Schulen (Public Schools) — 70 Prozent davon sind Schwarze oder „Latinos“, jeder zweite Schüler stammt aus einem Elternhaus, dessen Einkommen unter dem amtlichen Existenzminimum liegt — werden dafür sich selbst überlassen. Die New York Times berichtete von Lehrern, die „selbst kaum lesen können“, weniger als ihre Kollegen von der Müllabfuhr und knapp die Hälfte des Gehalts eines Polizisten verdienen. Jeder zweite der über eine Million Schüler/innen öffentlicher Lehranstalten erreicht selbst minimale Lernziele nicht.

Trotzdem vertraut, wer wirklich etwas zu schützen hat, — Banken, Warenhäuser, Supermärkte, Luxusgeschäfte und die Appartementshäuser der oberen Schichten — der Polizei wenig. Armeen privater Security Guards (aus privaten Wachunternehmen mit mehr als 100 000 Bediensteten) sind längst unentbehrlicher Bestandteil der Aufrechterhaltung des American Way of Life.

„Melting-pot N.Y.“ ?

Wer es nicht für ein Zeichen der Aufhebung sozialer Widersprüche hält, daß der abgebrannte „Penner“ sein Nachtquartier unbehelligt auf den Heizgittern der noblen Chase Manhattan Bank beziehen darf, für den hat das Märchen über New York als „Schmelztiegel“ von Rassen und Völkern soviel mit der Wahrheit zu tun wie die „United colors of Benetton“-Reklamen mit der Abschaffung der Rassendiskriminierung. Die Ein- und Aufteilung ist sauberlich und in ihrer Rang- und Reihenfolge unumstößlich als ehernes Gesetz der sozialen Wertordnung: Schwarze in Harlem, in der South Bronx, in Brooklyn usw. Und wenn es sich ändert, ändert es sich auf eine Weise, die nichts verändert. So wie in der South Bronx, die einmal ein „solides Stadtviertel“ war, bevölkert hauptsächlich von Juden des unteren Mittelstandes. Die Invasion von Puertoricaner/innen — auf der Flucht vor der durch die amerikanische Kolonisierung produzierten Arbeits- und Hoffnungslosigkeit in ihrer Heimat — schuf zunächst ein überquellendes Spanish Harlem und „vertrieb“ dann den jüdischen Mittelstand, der entsetzt aus der südlichen in die nördliche Bronx, und 10 Jahre später, als das Elend ihn eingeholt hatte, auch von dort floh. Das neue puertoricanische Ghetto war geboren und teilt mit den Schwarzen alle Probleme, die in diesem Land traditionell das Los der nichtweißen Minderheiten sind. (4) Eine Verbindung oder gar „Verschmelzung“ zwischen ihnen und den Lebensräumen der weißen Mittel- und Oberschicht gibt es nicht, nicht einmal mit jenem — in New York schneller als irgendwoanders wachsenden — schwarzen Mittelstand und schwarzen Bildungsbürgertum, das sich die Eintrittskarte in die weiße Welt der Garden States von Westchester County, New York, Long Island oder wenigstens in das Viertel der „Kleinen-Leute-Häuser“ von Forest Hills in Queens verdient hat. Ein

schwarzer Organisationspolitiker bekannte einem amerikanischen Journalisten gegenüber, me in seinem Leben in einem Slum gewesen zu sein. Einer der Pläne der Stadtverwaltung, Angehörige der schwarzen Mittelschichten mehr und mehr an Harlem zu binden und dem Viertel dadurch „ein stabiles Rückgrat“ zu verleihen, scheiterten. Wo Klassen- und Rassentrennung die gesellschaftliche Realität bestimmen, „verbinden“ allenfalls die Straßen die Gegensätzlichkeit der Welten zwischen Luxus und Slum. Fifth Avenue, die in einer Gegend kleiner Händler und Ladenbesitzer beginnt und an deren Mittelstrecke die teuersten Geschäfte und Wohnungen der Welt liegen, verläuft sich an ihrem nördlichen Ende in den Elendsquartieren von Harlem.

„Welcome to the Sunshine City“ grinst unser Shuttlefahrer Paul, als wir uns von ihm verabschiedeten. Der Himmel war grau und wolkenverhangen und das „City“ klang wie „shitty“ — (ms)

Anmerkungen:

(1) Die durchschnittliche schwarze amerikanische Familie verfügt über ein Jahreseinkommen von genau 54 Prozent dem einer weißen Durchschnittsfamilie. Etwa 10 Prozent der weißen, aber 32 Prozent der schwarzen Bevölkerung leben unter der amtlichen Armutsgrenze. Eine Regierungsstudie geht davon aus, daß im Jahr 2000 etwa 70 Prozent aller schwarzen Männer arbeitslos sein werden. Die umfangreichste Untersuchung über rassische Diskriminierung am Arbeitsplatz, die jemals in den USA durchgeführt wurde, ergab, daß zwei Drittel aller Schwarzen, Hispano-Amerikaner und Indianer keine angemessene Arbeit finden. Nicht, weil ihnen die Ausbildung oder die Fähigkeiten dazu fehlen, sondern weil sie rassistisch diskriminiert werden. In den Slums der Städte (die Untersuchung wurde in 123 Städten, 50 Staaten und 60 großen Industriebetrieben mit insgesamt 26 Millionen Beschäftigten durchgeführt) war fast jeder Einzelne, der einer Minderheit angehörte, davon betroffen. Die Gefangenenzustatistiken ergänzen dieses Bild: Wenn die derzeitigen Zuwachsraten anhalten, werden innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Million Menschen in US-Gefängnissen sitzen, die Hälfte davon Schwarze, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur etwa 12 Prozent beträgt. Ein schwarzer Mensch geht derzeit statistisch achtmal häufiger ins Gefängnis als ein weißer, von jeweils vier Schwarzen wird einer während seines Lebens eine Gefängnisstrafe verbüßen.

(2) Zu den Lebensbedingungen in den Slums stellte die Menschenrechtskommission schon 1959 fest: „Wohl man die Bevölkerungsdichte in einigen der verfallenen Harlem Blocks auf Gesamt-New York übertragen, könnte die gesamte Bevölkerung der USA in drei New Yorker Stadtvierteln untergebracht werden“.

(3) Eine Analyse des bekannten US-Kriminologen William Nagel über das Hochschnellen der Gefangenenzustatistiken ergab, daß es keinen Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsrate und den Gefangenenzustatistiken und ebenso wenig einen Zusammenhang zwischen der Kriminalitätsrate und der Anzahl inhaftierter Schwarzer gibt, sehr wohl aber eine augenfällige Verhältnismäßigkeit zwischen der Gefängnisrate und dem jeweiligen Bevölkerungsanteil Schwarzer. Auch die Zahl der inhaftierten Frauen ist innerhalb der letzten zehn Jahre sprunghaft — um 138 Prozent — gestiegen. Wie bei Männern befinden sich weit überdurchschnittlich viele Schwarze und „Latinos“ darunter: zwei Drittel davon unter 35 Jahre alt, 90 Prozent alleinstehende Mütter, davon 85 Prozent mit einem Jahreseinkommen von weniger als 2000 Dollar bis zu ihrer Inhaftierung.

(4) Die noch von Präsident Johnson eingesetzte Kerner-Kommission kam zu dem Ergebnis, die USA entwickelten sich in Richtung auf zwei voneinander vollkommen getrennte Gesellschaften: Eine schwarze und eine weiße. Ein Mitglied der Kommission forderte die „räumliche Dekonzentration“, d.h. die Entwicklung, mit anderen Worten: Die Massen der Armen und Farbigen zu den Zentren in die Peripherien — und damit in leichter management- und kontrollierbare Sektoren — zu verorten; die Ergebnisse sind heute in jeder großen Stadt der USA zu beobachten: in den schwarzen Siedlungen und Distrikten, ohne jede Fundamente sozialer Infrastruktur, ohne Schulen, ohne Feuerwehren, teilweise ohne gepflasterte Straßen.



internationalen Mietwagen-giganten hin und her befördert, wirklich verdammt Glück gehabt. Denn er ist Schwarzer. Und fast die Hälfte aller jungen Schwarzen ist gegenwärtig in der 7 1/2 Millionenstadt New York ganz ohne Arbeit, weit mehr als ein Viertel der schwarzen New Yorker/innen lebt — gegenüber etwa 10 Prozent der Weißen — von öffentlicher Wohlfahrt; und das heißt für die überwiegende Mehrzahl von ihnen: Ein Leben auf der Straße. Was allerdings absolut noch nicht das Schlechteste ist. Denn die letzte Station ist — für jede(n) vierte(n) Schwarze(n) in den USA — das Gefängnis. Und es sind, als Spiegelung ihrer Lebensbedingungen, in erster Linie die „Habenichtse“, die die Gefängnisse füllen. (1)

„Don't walk in the park after dark“

Wer sich — wie wir vollendeter Realitäten wegen am besten an einem kalten Wintertag — gegen 18 Uhr in die Gegend St. Marks Place/Tompkins Square Park/East 9th Street — zwischen Avenue A und B in der Lower East Side — begibt und wenigstens für kurze Zeit den jedem Reisenden mit auf den Weg gegebenen Rat vergessen kann, um Himmelswillen keinesfalls nach Einbruch der Dunkelheit durch einen New Yorker Park zu gehen, dem erschließt sich in unverhohlener Direktheit, welches

politisch/avantgardistische Kunstszene ansiedelte, zu schweren sozialen Unruhen kam, drosch die Polizei solange unterschiedslos auf alle ein, bis sich daraus eine schwere Straßenschlacht entwickelt hatte. Nicht nur Merian's New York-Führer rät wohl auch deshalb für das konfliktseptische Sightseeing: „Abends empfiehlt es sich, den Drang nach Osten zu zügeln und sich, sobald man den Tompkins Square erreicht hat, wieder westwärts zu wenden.“

Die Kunstaussstellung Politischer Gefangener aus dem schwarzen, weißen, indianischen und puertoricanischen Widerstand, die wir besuchten, befand sich östlich.

„A poor man's land“

„Take the A Train“ riet Duke Ellington in fröhlichen Synkopen, als er mit seinem Orchester in den 30er Jahren im Harlemer Cotton Club allabendlich auch eine Menge Weißer aus den besseren Vierteln in die Uptown zog. Die U-Bahn Linie A gibt es noch immer, doch heute fährt keiner mehr zum Vergnügen nach Harlem. „9 mile from New York“ verkündet ein historischer Meilenstein aus dem Jahr 1769 auf dem Grasvorplatz eines verfallenen Hauses in der 152. Straße. Aber die Entfernung zur Welt der Weißen ist eines Kontinents. Auch die traditionellen, besonders bei den weißen Amerikanern der upper-middle-

sind noch immer gut für den Reiz des Exotischen, bevor man zurückkehrt in die eigene Welt, die für manche nur eine Viertelstunde entfernt beginnt. Wer mit der U-Bahn in die direkter Nachbarschaft Harlems gelegene Columbia University ansteuert, wird auf Schildern gemahnt, den rechten Zug zu nehmen, um nicht unvermutet in Harlem zu landen. Solcher Irrtum soll ja schon manchen die Brieftasche, wenn nicht Schlimmeres gekostet haben. Man weiß schließlich: Rund 2000 Gewaltverbrechen werden in New York täglich (nach der Statistik von 1989) begangen, eine Viertelmillion Rauschgift-süchtige und an die 70 000 (geschätzten) Obdachlose machen die Straßen unsicher. Hinzu kommt die erst recht bedrohliche Tatsache, daß immer mehr Schwarze Buchhandlungen, Selbsthilfekomitees, Black Lawyer-Büros die Zeichen eines neuen und steigenden Bewußtseins verkünden, das die weiße Unterdrückung direkt für das eigene Elend verantwortlich macht. Dreimal schon ist Harlem „explodiert“: 1935, 1943 und 1964, einige Jahre darauf flammten in mehr als 120 Städten der USA die Feuer des schwarzen Widerstandes auf. So gesehen ist Harlem überall, wo Schwarze leben, auch in New York, in den Stadtteilen Brooklyn oder der South Bronx, wo neben Schwarzen vor allem Puertoricaner/innen zusammengepfercht sind.

nung, wenngleich sie dem Verbrechen kaum je persönlich begegnen. Der Statistik nach wird zwar jeder 70. Einwohner New Yorks irgendwann einmal geraubt, jeder zehnte Opfer einer schweren Straftat. Die meisten Verbrechen werden jedoch in einigen wenigen Bezirken begangen und die meisten davon wiederum liegen dort, wo die Spezies des besser verdienenden weißen Amerikaners eher rar ist. Und: Fast 50 Prozent der New Yorker Mordopfer sind ohnehin Schwarze, 30 Prozent Hispano-Amerikaner, allesamt Angehörige der Unterschicht. Die aber wohnt bekanntlich nicht in den schmucken „suburbs“, den Gartenstädten New Jerseys oder in Riverdale und betritt und verläßt die Stadt mit Beginn und Ende der Bürozeiten oder allenfalls nach dem shopping oder dem Theatervergnügen am Broadway. Wie in Amerikas Mitte der 60er Jahre von der Johnson-Administration in Gang gebrachten (und mit Billionen von Dollars finanzierten) „Krieg gegen das Verbrechen“ heißt nichtsdestotrotz ihre Losung „Support your local Police“: Mehr Polizei, mehr Gefängnisse, mehr Richter, mehr Bewährungshelfer ... Dasselbe Konzept, das auch dem von Reagan mit 21 Billionen Dollar verkündeten und von seinem Amtsnachfolger mit noch höheren Summen fortgeführten „Krieg gegen die Drogen“ zu-